

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

# Politische Berichte

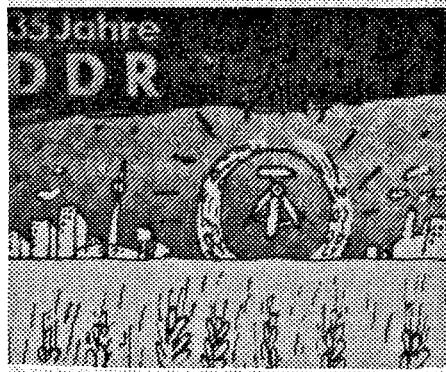


20. Oktober 1984  
Jg. 5 Nr. 21

G 7756 D Preis:  
2,50



Prozesse gegen RAF-Gefangene: Urteil per „Offenkundigkeitserklärung“ schon geschrieben Seite 10



DDR-Westhandel: Das „Überholen“ ist gescheitert, die Schulden sind hoch Seite 14



Frankfurter Appell: 30 lokale Dokumentationen, Aktionen gegen die Ausländergesetze Seite 20

---

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76  
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

---

<b>Aktuelles aus Politik und Wirtschaft</b>	
<b>Innere Sicherheit:</b> Regierung und Justizministerkonferenz: noch mehr V-Leute und kurzer Prozeß ..	4
<b>Ausländerpolitik:</b> Bundestag berät Ausländergesetz .....	7
<b>Leiharbeit:</b> Die 200000 "Illegalen" sollen legal werden .....	7
<b>Tarifbewegung Öffentl. Dienst:</b> Kann die Forderung nach dem Mindestbetrag noch verteidigt werden? .....	8
<b>Prozesse gegen RAF-Gefangene:</b> Urteil per "Offenkundigkeitserklärung" schon geschrieben	10
<b>Nikaragua:</b> Dauernder Terror gegen die Revolution – USA bereiten Intervention vor .....	11
Dokumentiert: Solidarität in den USA mit dem Kampf der Völker Zentralamerikas .....	12
<b>Auslandsberichterstattung</b>	
<b>DDR/Westhandel:</b> Das "Überholen" ist gescheitert, die Schulden sind hoch .....	14
<b>Azania:</b> Frauen im Befreiungskampf .....	15
<b>Ägypten:</b> Preiserhöhungen zurückgenommen .....	16
<b>Philippinen:</b> Die Armee hat Aquino exekutiert .....	16
<b>Frankreich:</b> Erfolge der Renault-Arbeiter .....	17
<b>Sozialistische Internationale:</b> Grundsätze zur Aufrechterhaltung der Verschuldung der Entwicklungsländer .....	17
<b>Internationale Meldungen</b> .....	18
<b>Reportagen und Berichte regional</b>	
<b>Frankfurter Appell:</b> 30 örtliche Dokumentationen, Aktionen gegen die Ausländergesetze .....	20
<b>Ausländische Arbeiter:</b> HAW – Widerstand gegen zunehmende Ausbeutung .....	22
<b>Krankenhausarbeitszeit:</b> Dienstvereinbarung abgeschlossen	22
<b>Banken:</b> 35-Stunden-Woche – Schalteröffnung .....	23

### **Ergebnisse der gemeinsamen Vollversammlungen der Leitungen von AFSB, BWK, FAU-HD(A), FAU/R, Kommunistische Gruppen (NHT), KPD und PA am 6./7. Oktober in Köln**

Die Vollversammlung wurde als ZK-Vollversammlung von BWK und KPD eröffnet. Anwesend waren auch Vertreter der Leitungen derjenigen Organisationen, die sich bereit erklärt hatten, die gemeinsame Beilage mit herauszugeben. Als Gäste nahmen auch Vertreter der Arbeitsgemeinschaft für revolutionäre Hochschulpolitik und ein Redakteur der "Roten Fahne" der MLPD teil.

Die Vollversammlung billigte den Tätigkeitsbericht des Präsidiums der Vollversammlung von BWK und KPD und billigte den Bericht der Redaktion der Beilage.

Danach verständigte sich die ZK-Vollversammlung darauf, daß eine Erweiterung der ZK-Vollversammlung um diejenigen Organisationen möglich ist, die die gemeinsame Beilage mit herausgeben wollen. Vertreter folgender Organisationen erklärten ihren Wunsch, sich an der ZK-Vollversammlung zu beteiligen: Anarchistische Föderation Südbayern (AFSB), Freie Arbeiter Union – Heidelberg, Anarchisten (FAU-HD(A)), Freie Arbeiter Union/Rätekommunisten (FAU/R), Kommunistische Gruppen (NHT) und Proletarische Aktion (PA). Daraufhin beschloß die ZK-Vollversammlung eine Erweiterung um diese Organisationen.

Die Vollversammlung, die jetzt aus den Leitungen von sieben Organisationen besteht, bestimmte ein Präsidium und eine Redaktion der gemeinsamen Beilage. Die Vollversammlung entlastete die Projektgruppe "Theoretische Zeitschrift". Die Vollversammlung beschloß über die mögliche Seitenzahl der Beilage zu den Publikationen: zwischen 4 und 16 Seiten. Die Projektgruppe "Revisionismus/Sozialismus" wurde erweitert.

Die Vollversammlung diskutierte über die Kampagne für die "35-Stunden-Woche" und faßte dazu einen Beschuß.

Die Vollversammlung beauftragte das Präsidium, noch in diesem Jahr ein Treffen von Vertretern der Organisationen der gemeinsamen Vollversammlung durchzuführen, um festzustellen, ob und welche gemeinsamen Aufgaben im Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit und im Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen (Verweigerungskampagne) bestehen.

Die nächste Vollversammlung der Leitungen findet im Januar 1985 statt.

Präsidium der gemeinsamen Vollversammlungen der Leitungen von AFSB, BWK, FAU-HD(A), FAU/R, Kommunistische Gruppen (NHT), KPD, PA.

\*

Am 6./7.10. diskutierten Leitungsmitglieder von AFSB, BWK, FAU-HD (A), FAU/R, Kommunistische Gruppen (NHT), KPD, Proletarische Aktion über die Einschätzung von Verlauf und Ergebnis der Tarifauseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich in der Metall-, Stahl- und Druck-Industrie.

Dabei wurde keine gemeinsame Einschätzung erzielt.

Betreffs der Aufgaben der revolutionären Sozialisten nach dem Kampf um die 35-Stunden-Woche wurde festgehalten, daß in folgenden zwei Punkten gemeinsame Aufgaben gesehen werden:

1. Hinsichtlich der Tarifbewegung im öffentlichen Dienst denken wir, daß sowohl in der Lohnfrage (Mindestbetrag) als auch in der Frage der Arbeitszeitverkürzung die ÖTV sowie die anderen Gewerkschaften in ihrem Kampf gegen die Wenderegierung und deren Ziele Unterstützung verdienen. Dies trotz des deutlichen Abgehens von der Forderung nach Wochenarbeitszeitverkürzung.

2. Im Bereich der IG-Metall in erster Linie wird es bei der Umsetzung des Tarifvertrages darum gehen, die 38,5-Stunden-Woche für alle durchzusetzen gegen die betrieblichen Differenzierungskonzepte der Unternehmer.

Dazu gehört, daß die Ausweitung der Wochenend- und Schichtarbeit bekämpft wird; ggf. in den Tarifvereinbarungen (ÖTV, HBV – Ladenschlußzeiten).

Im Vorfeld der geplanten Betriebsvereinbarungen wird es an einem Punkt sicher zu einem verstärkten Eingreifen kommen müssen: Beim Problem der Mehrarbeit und der Sonderschichten. Hier ist es notwendig, eine breite Front gegen diese Maßnahmen zu schaffen.

Im Zusammenhang mit den abzuschließenden Betriebsvereinbarungen stehen neben der allgemeinen Verkürzung zwei Probleme im Mittelpunkt.

Da ist erstens die Verhinderung der Leistungsverdichtung durch gekürzte Arbeitszeit. Damit eng zusammen hängt der zweite Punkt – die Durchsetzung des vollen Personalausgleichs für die verkürzte Arbeitszeit, die das entscheidende Mittel dieses Tarifvertrages zur Bekämpfung der Leistungsverdichtung ist.

## FLUCHTHILFEZAHLUNGEN DER BUNDESREGIERUNG

Nunmehr um 150 DDR-Bürger sollen sich nach Presseberichten in der BRD-Botschaft in Prag aufhalten, um eine Ausreisegenehmigung in den "Westen" zu erzwingen. In der westdeutschen Öffentlichkeit versucht die Bundesregierung den Eindruck zu erwecken, als seien ihr diese Art deutsch-deutscher Demonstrationen unliebsam. Windelen, Jenninger u.a. haben sich mehrfach an die "Deutschen" in Ost und West gewandt und aufgefordert, den Weg über die Botschaften nicht zu nehmen. Inzwischen muß man feststellen, daß diese Appelle höchstens die Ausreise-Erpressung populärer gemacht haben. Schließlich sind seit dem 24. Januar 1984, als zum ersten Mal zwölf DDR-Bürger die Ausreise über die BRD-Botschaft in Prag erzwangen, sechs weitere Male DDR-Bürger in die BRD-Botschaft in Prag und in die Ständige Vertretung in Berlin (DDR) gelangt, mit denen, die sich zur Zeit in der Prager Botschaft aufhalten, um die 300 Personen. Bis auf das allererste Mal hat die Bundesregierung jedesmal zwischen 100000 und 1 Mio. DM pro Person aufgebracht, um die Botschaftsflüchtlinge freizukaufen. Abgesehen davon, daß die Botschaft in Prag und bis vor kurzem auch die Vertretung in Berlin die DDR-Bürger bereitwillig aufnehmen, fördert die Bundesregierung die Fluchtunternehmen direkt durch den Freikauf. —(uld)

## VERWEIGERUNG GEGEN KRIEGSVORBEREITUNGEN

Am 6. Oktober haben in Bonn 150 Teilnehmer des Kongresses "Verweigert jetzt! – Widerstand gegen Militarisierung und Kriegsvorbereitung" beraten, wie der Bundesregierung die Zustimmung der Bevölkerung "und lang-

fristig die materielle und personelle Basis" für ihre militär-politischen Ziele entzogen werden können. Folgende Organisationen unterstützen die Kampagne: Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner, Initiative Kirche von unten, Bundeskonferenz unabhängiger Friedensinitiativen, Koordinationsstelle "Ziviler Ungehorsam", Die GRÜNEN, Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen, Anstiftung der Frauen für den Frieden, Selbstorganisation der Zivildienstleistenden. Die DKP, Aktion Sühnezeichen und der SPD nahestehende Organisationen nahmen nicht teil. In einer Entschließung zum Kongreß erklären die unterstützenden Organisationen: "Kriegsdienstverweigerung bedeutet für uns mehr als die Ablehnung des direkten Waffendienstes ... durch das Arbeitssicherstellungsgesetz können Männer und Frauen zu Kriegsführungszwecken in ein Arbeitsverhältnis verpflichtet oder an ihrem Arbeitsplatz festgehalten werden; Frauen können in das Lazarettwesen dienstverpflichtet werden; ... das neue Zivilschutzgesetz (Referentenentwurf Zimmermann) erfaßt das gesamte Gesundheitswesen für den Krieg, sieht die Heranziehung von Helfern für den Zivilschutz und die Dienstplicht für Beamte im Krieg vor; Zahlreiche Planungs- und Erfassungsvorhaben kommunaler und staatlicher Stellen dienen der Herstellung von Kriegsführungsfähigkeit." K. Mannhardt, Vorsitzender der DFG-VK, und C. Nickels für die GRÜNEN setzten sich in ihren Reden dafür ein, daß die Kampagne sich gegen die Notstandsgesetze als gesetzliche Grundlage aller dieser Kriegsvorbereitungsmaßnahmen wendet. Während örtlich organisierter "Tage der Verweigerung" vom 20. bis 24. November soll die Kampagne öffentlich bekannt gemacht werden. —(clm)

**Wirtschaftspolitik:** CDU NRW will "Freihandelszonen" .... 23

**Abgeordnetenwahl Westberlin:** Parteigründungen im rechten Spektrum – der CDU erwachsen neue Partner ..... 24

**Umweltschutz:** Aufgaben für BGS und Bundeswehr ..... 25

**Traditionsverbände:** Kolonialtruppen in Bad Lauterberg ..... 25

**Saisonarbeit:** Arbeitsbedingungen, die Blüm verallgemeinern will 26  
**Saisonarbeit:** Bestimmungen ..... 27

**Nachrichten aus der Arbeiterbewegung** ..... 28

**Dokumentation:** Antifaschistische Woche in Mannheim ..... 29

## Sozialstatistik

**Wochenarbeitszeit:** Metallkapitalisten legen Grundsätze für Betriebsvereinbarungen vor ..... 30

**Dokumentiert:** Flexi-Forderungen der Kapitalisten ..... 31

## Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

**Fernsehserie "Heimat":** Chauvinistische Besinnung statt konkreter Geschichte ..... 32

**Soldatinnen in der US-Armee:** Ein Film, der Interesse an der US-Soldatenbewegung weckt .. 32

**Theaterstück:** V.i.S.d.P.: Bundesverteidigungsministerium ..... 32

**Selbsthilfe:** In Konflikt zwischen Autonomie und staatlicher Integration ..... 33

**Chinesische Revolution:** Antijapanischer Krieg und antifaschistische Weltfront ..... 34

## Spezialberichte

**Junge Union Deutschlands (JU):** Reaktion betreibt Angleichung von Neokonservativismus und Neofaschismus ..... 36  
Unterstützung aus der CDU für faschistische Umrüchte in der JU ... 37  
Deutschlandtag der JU ermuntert Faschisten ..... 38  
JU: Antiparlamentarische Staats-theorie ..... 39

**Titelbild:** Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik, Köln 13.10.84, Foto: güv



Mit Böllerschüssen begrüßt und von Deng Xiaoping empfangen (Bild), eröffnete Kohl eine neue Offensive des BRD-Waren- und Kapitalexports auf dem chinesischen Markt. Die Voraussetzungen sind günstig: China hat 14 Hafenstädte, darunter Schanghai und Tianjin, ausländischen Anlegern zu Vorzugsbedingungen geöffnet. Ein Doppelbesteuerungsabkommen wird ausgehandelt. —(wom)

## Innere Sicherheit

## REGIERUNG UND JUSTIZMINISTERKONFERENZ: NOCH MEHR V-LEUTE UND KURZER PROZESS

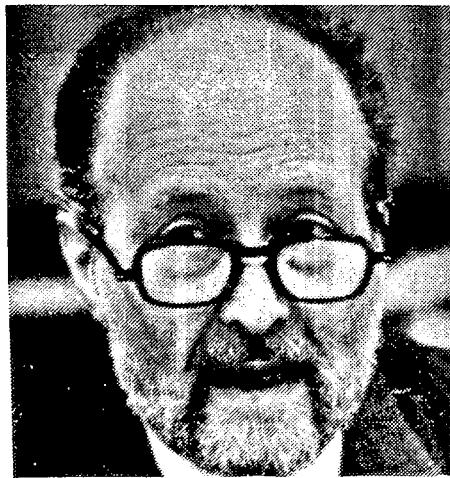
Vom 18. bis 20. September tagte in Saarbrücken die 55. Konferenz der Justizminister und -Senatoren. Die Konferenz beschloß:

1. Zivilprozesse sollen deutlich beschleunigt werden. Bundesjustizminister Engelhard kündigte dazu einen Gesetzentwurf an, den er schon in den nächsten Wochen im Bundeskabinett zur Beschlüffassung vorlegen will. Ein großer Teil der Zivilverfahren sind Mietrechtsprozesse, z.B. Räumungs-klagen. Schnellere Zwangsräumungen und häufigere Räumungsklagen von Vermietern wird also eine der Folgen der von den Justizministern gewünschten "Beschleunigung" der Zivilverfahren sein.

2. Der "Entwurf eines Gesetzes ... zur Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung" soll "dringlich" im Bundestag beraten und verabschiedet werden. Der Gesetzentwurf, den die Länderregierungen schon im März 1983 im Bundestag eingebracht hatten, soll vor allem solchen Kräften, die sich gegen umweltzerstörende und gefährliche große Bauprojekte wenden, die Möglichkeit und die Erfolgssicht für gerichtliche Klagen nehmen. Klagen gegen den Bau von Kraftwerken, gegen den Bau bzw. die Erweiterung anderer Kraftwerke, von Hydrierwerken, Raffinerien, Pipelines, Abfallbeseitigungsanlagen, Flughäfen, Bundesstraßen, Eisenbahnstrecken und Kanälen sollen danach künftig sofort vor Oberverwaltungsgerichten verhandelt werden. Die bisherige Möglichkeit der Klage vor Verwaltungsgerichten soll abgeschafft

werden. Außerdem sollen die Gerichte, sobald mehr als 50 Einzelkläger gegen ein solches Bauprojekt auftreten, diesen Klägern die Ernennung eines gemeinsamen "Bevollmächtigten" vorschreiben können. Das Gesetz soll den Länderregierungen und Polizeibehörden erleichtern, Protestbewegungen, die sich gegen solche Großbauvorhaben richten, rasch für illegal zu erklären und zu zerschlagen.

Eine ähnliche Einschaltung der obersten Landesgerichte als erste und damit auch einzige Tatsacheninstanz ist im Strafprozeßrecht bei Anklagen wegen Friedensverrat, Hochverrat, Landesverrat, Völkermord oder Nötigung von Verfassungsorganen vorgeschrieben, Anklagen also, bei denen hohe Freiheitsstrafen drohen und bei



Justizminister Engelhard, 1977 einer der Betreiber des "Kontaktsperrege-setzes", will den kurzen Prozeß.

denen die bürgerliche Klasse Wert legt auf den Einsatz von Richtern, deren kaltschnäuzige Rücksichtslosigkeit gegenüber politischen Gegnern der Kapitalisten durch lange Verurteilungspraxis erprobt ist. Im Verwaltungsrecht galt diese Regelung bislang nur bei Vereinsverböten bzw. bei Klagen gegen solche Verbote.

Am 20. Juni hat der Rechtsausschuß des Bundestags eine erste Anhörung über diesen Gesetzentwurf der Länderregierungen durchgeführt. Die Justizminister wünschen nun eine rasche Verabschiedung des Gesetzes.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt der Justizministerkonferenz galt der Prozeßkostenhilfe. Hier wünschen die Justizminister dringend eine Gesetzesänderung "mit dem Ziel, die Aufwendungen für die Prozeßkostenhilfe ... zu reduzieren." Insbesondere in "Familiensachen" sei diese zu teuer. Das Ergebnis wird sein, daß Lohnabhängige mit geringem Einkommen noch weniger Möglichkeiten haben werden, ihre Interessen vor Gerichten zu verteidigen, weil sie die Kosten der Verfahren nicht bezahlen können.

Schließlich hat die Justizministerkonferenz "Thesen zur Inanspruchnahme von V-Personen und Informanten" gebilligt. Diese Thesen legen fest, daß der Einsatz von V-Leuten "oft ... erforderlich" ist und ein "zulässiges Mittel der Strafverfolgung". Als wichtigste Einsatzbereiche für V-Leute nennen die Justizminister in ihrem Beschuß den "Bereich der Staatsschutzdelikte", der Schwerkriminalität, des "Berufsverbrechertums", des "organi-

### GROSSDEUTSCHES TREFFEN IN ITALIEN

Am 5./6.10. trafen in St. Lorenzen, Südtirol, Italien, die Generalsekretäre mehrerer christdemokratischer Parteien unter Führung von CDU und CSU zusammen. Die Generalsekretäre "der christdemokratischen Parteien Deutschlands, Österreichs, der Schweiz, Südtirols und Liechtensteins", so ist der Resolution der Konferenz zu entnehmen, versammelten sich zu einem "bereits traditionellen" Treffen von "Politikern aus den deutschsprachigen Ländern Mitteleuropas". Teilnehmer und Drahtzieher dieser Konferenz von seiten der BRD waren CDU-Generalsekretär Geißler und CSU-Generalsekretär Tandler. Außerdem nahmen Vertreter der ÖVP (Österreich), der CVP (Schweiz), zweier Parteien aus Liechtenstein und der Südtiroler Volkspartei teil. Angeblich diente die Konferenz der Be-

ratung von Fragen des "grenzüberschreitenden Umweltschutzes" sowie der Diskussion über die "aktuelle politische Situation in den einzelnen Ländern". Diese Pflege großdeutscher Interessen in "Mitteleuropa" knüpft direkt an faschistische Traditionen an. (Quelle: Resolution der Konferenz, 6.10.1984 – rül)

### DGB LEHNT ENTWURF ZUM ZIVILSCHUTZGESETZ AB

Der DGB-Bundesvorstand hat auf seiner Sitzung am 2.10. den vom Innenministerium vorgelegten Referentenentwurf eines Zivilschutzgesetzes (s. PB 18/84) einstimmig abgelehnt. Zur Begründung heißt es, ein Schutz der Zivilbevölkerung sei "unter den Bedingungen eines künftigen Krieges auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland, der mit hoher Wahrscheinlichkeit ein atomarer Krieg sein wird, unmöglich." So schwach diese Begründung ist, so erfreulich ist, daß

der DGB auch die geplanten neuen Möglichkeiten zur Anordnung von Zwangsarbeit ausdrücklich ablehnt: "Kritisiert wird in diesem Zusammenhang die vorgesehene dienstrechtliche Schlechterstellung der Beamten ... Auch die beabsichtigte Vorbereitung des Gesundheitsbereichs für den Kriegsfall und die Einführung einer der Wehrpflicht vergleichbaren Dienstplicht wird ... nachdrücklich abgelehnt." (DGB-Pressedienst, 4.10.84 – rül)

### UNTERSTÜTZUNG FÜR ANC UND SWAPO

Vom 12.-14.10. fand in Köln eine Konferenz "Frieden für das südliche Afrika! Solidarität mit dem Befreiungskampf der Völker von Südafrika und Namibia! Solidarität mit den Frontstaaten" statt. Veranstalter waren u.a. Anti-Apartheid-Bewegung, Jungdemokraten, Jungsozialisten. Die GRÜNEN nahmen als Beobachter teil.



Einsatz von Zivilpolizisten bei der Springer-Blockade in Hamburg, 1983. Selbst in der bürgerlichen Presse war der zunehmende Einsatz von V-Leuten der Polizei in letzter Zeit kritisiert worden. Nun hat die Justizministerkonferenz Grundsätze für einen noch häufigeren Einsatz dieser V-Leute beschlossen.

sierten Verbrechens" und der Kapitaldelikte. Aber auch gegen "mittlere Kriminalität" sei ein Einsatz von V-Leuten zulässig. Künftig kann jeder Leiter eines Dezernats der Staatsanwaltschaft bzw. der Polizei den Einsatz von V-Leuten anordnen. Weitere "Grundsätze" sollen auf der nächsten Justizministerkonferenz beraten werden. Schon der jetzige Beschuß wird eine bedeutende Ausweitung der polizeilichen Spitzel- und Provokateurs-tätigkeiten zur Folge haben.

Der bislang weitestgehende Angriff der Bundesregierung auf die Rechte von Angeklagten und ihrer Verteidiger und damit auf die Möglichkeit der Lohnabhängigen, ihre Interessen vor Gerichten gegen staatliche Verfolgung und Unterdrückung zu verteidigen, das sogenannte "Strafverfahrensänderungsgesetz 1984", wurde Ende Juni vom Bundestag in erster Lesung

beraten und liegt seitdem zur weiteren Ausfeilung im Rechtsausschuß des Bundestags. Termine für öffentliche Anhörungen zu dem Gesetzentwurf oder gar für eine abschließende Beratung seien noch nicht festgelegt, heißt es im Rechtsausschuß. Der Bundesregierung ist das ganz recht. Sie hat derweil Zeit, öffentlich für den Gesetzentwurf zu werben und noch vor seiner endgültigen Verabschiedung weitere Verschärfungen vorzubereiten.

Noch bei der ersten Beratung des Entwurfs im Kabinett Ende letzten Jahres konnte man den Eindruck haben, die Regierung werde gegenüber den massiven Protesten in der Öffentlichkeit, insbesondere von Anwälten, zurückstecken und die weitreichendsten Beseitigungen von Verteidiger-rechten nicht in den Gesetzentwurf aufnehmen. So war die Beseitigung von "Sprungrevisionen" gegen Urteile

von Amtsgerichten, die die Justizministerkonferenz schon zu Zeiten des SPD-Justizministers Schmude vorgeschlagen hatte, in dem Entwurf nicht mehr enthalten, ebensowenig die Einschränkung von Revisionsmöglichkeiten gegen Urteile von Landgerichten. Die von den Justizministern gewünschte Verurteilung zu Freiheitsstrafen auf Bewährung, ohne daß dazu überhaupt noch eine Hauptverhandlung stattfinden muß, fehlte ebenfalls. Die Justizminister hatten zur Begründung für solche "Freiheitsstrafen per Strafbefehl" ausdrücklich auf "massenhafte Fallgestaltungen", z.B. Anklagen gegen Teilnehmer von Demonstrationen, verwiesen. Auch diese Art des "kurzen Prozeß", um die Verurteilung von Lohnabhängigen vor bürgerlichen Gerichten zu beschleunigen und der polizeilichen Verfolgung und Einsperrung von Leuten wirksame gerichtliche Rückendeckung zu verschaffen, war in dem Gesetzentwurf nicht enthalten. Inzwischen zeigt sich, daß diese Bestimmungen im weiteren Beratungsgang des Gesetzentwurfs sämtlichst wieder eingefügt werden sollen. So hat der Bundesrat schon im April 20 Änderungswünsche angemeldet, darunter alle oben erwähnten Verfahren des "kurzen Prozeß". In ihrer Stellungnahme zu den Änderungswünschen des Bundesrats hat die Bundesregierung mit Ausnahme der Verurteilung zu Freiheitsstrafe per Strafbefehl den Bundesratswünschen nun weitge-hend zugestimmt.

Am 25.9. propagierte Helmut Kohl dieses Machwerk, mit dem die bürgerliche Justiz an den "Rechtsgrundsätzen" der Schnellverfahren zu Zeiten der Faschisten anknüpft, vor dem Deutschen Juristentag in Hamburg. Kohl: "Für Rechtssicherheit und wirk-samen Rechtsschutz kommt es nicht

Die 450 Teilnehmer beschlossen mehrheitlich die einseitige Unterstüt-zung von SWAPO (Namibia) und ANC (Südafrika). Zu begrüßen ist der Be-schuß, 1985 eine Aktionswoche gegen die militärische Zusammenarbeit BRD/Südafrika durchzuführen. — (uld)

#### DGB ZUM ARBEITS-ZEITGESETZ

Der DGB hat in einer Erklärung vom 1.10. Kritik an dem von Blüm vorgelegten Entwurf für ein Arbeitszeitgesetz geübt. Muhr, stellvertretender DGB-Vorsitzender, kritisiert darin die Beibehaltung der 48-Stunden-Woche als Regelarbeitszeit, die vorgesehene Möglichkeit, die Arbeitszeit über Wo-chenen hinweg auf zehn und damit die Wochenarbeitszeit auf 60 Stunden auszudehnen. Diese Regelungen schaffen den Unternehmern noch mehr Möglichkeiten als bisher, bei ho-hem Arbeitsanfall Überstunden durchzusetzen. Der DGB kritisiert

nicht, daß der Arbeitszeitgesetzentwurf Blüms weitgehende Öffnungs-klauseln enthält, die den Abschluß von schlechteren Regelungen per Tarif-vertrag ermöglicht. In der Begründung des Gesetzentwurfs heißt es z.B.: "Die Tarifvertragsparteien und unter be-stimmten Voraussetzungen auch die Betriebspartner können zur Anpas-sung der Grundnormen an die konkreten betrieblichen Erfordernisse Ab-weichungen ... zulassen". So darf bei Arbeitsbereitschaft die tägliche Ar-bbeitszeit über zehn Stunden betragen; auch die nächtliche Ruhezeit dürfe per Tarif gesenkt werden. — (alk)

#### EKD WIRBT FÜR REHABILITATION VON HESS

Der Rat der evangelischen Kirche (EKD) hat eine Initiative ergriffen, um internationale Unterstützung für die von der EKD mehrfach erhobene Forderung nach Freilassung des als Kriegsverbrecher zu lebenslanger

Haft verurteilten Rudolf Heß zu er-langen. Danach wandten sich die protestantischen Kirchen in Frankreich, den USA und Großbritannien mit einer gemeinsamen Erklärung an ihre Re-gierungen, die als alliierte Sieger-mächte gemeinsam mit der Sowjet-union die Aufsicht über Einhaltung der Urteile aus den Nürnberger Kriegs-verbrecherprozessen führen. Die aus-ländischen Kirchen erklären nach Mit-teilungen der EKD: "Einen alten Mann von über 90 Jahren weiterhin in fast totaler Isolierung zu halten, ist erniedrigend und unmenschlich, was im-mer er getan haben mag." Immerhin halten die ausländischen protestanti-schen Kirchen damit fest, daß Hess zu recht verurteilt worden ist. Die EKD jedoch nutzt die ausländische Unter-stützung für die Verbreitung von Zweifeln an der Rechtmäßigkeit sei-ner Verurteilung. Sie erklärt: "Für das Unheil jedoch waren viele verant-wortlich." — (uld)

nur auf die gelungene Regelung, sondern auch auf zügige und konsequente Durchsetzung des Rechts an ... Eine überlange Verfahrensdauer untergräbt das Vertrauen der Bürger in die Rechtspflege ... Die Bundesregierung hat daher Initiativen ergriffen, gerichtliche Verfahren zu vereinfachen und zu straffen" – nämlich eben das reaktionäre und an faschistische Rechtstraditionen anknüpfende "Strafverfahrensänderungsgesetz" sowie die von der Justizministerkonferenz geforderten bzw. ausdrücklich unterstützten anderen Gesetzesvorhaben.

Gegen wen sich diese Beschleunigung von Strafverfahren und Aburteilungen der bürgerlichen Gerichte richten soll, stellten Kohl und andere Redner auf dem Juristentag auch gleich klar. Kohl wies auf eine "Herausforderung ... an die Organe der Rechtspflege" hin: "Einzelne Gruppierungen setzen ihre eigene politische Meinung absolut und wollen sie ohne Rücksicht auf die geltende Verfassungsordnung durchsetzen. Mit den Zweifeln an der Geltung der Mehrheitsregel verbindet sich immer häufiger die Bereitschaft zu politisch motivierter Gewaltanwendung. Dadurch wird ein entscheidendes Element unseres demokratischen Rechtsstaates, seine innere Friedensordnung gefährdet ... Wer Kasernen blockiert oder Manöver behindert, handelt nicht gewaltfrei. Wer das Demonstrationsrecht des Grundgesetzes zum Rechtsbruch, ja zur Gewalttat mißbraucht, wendet sich gegen die Verfassung selbst."

Der Bonner Professor Karl Dietrich Bracher führte in einem weiteren Vortrag über "Politische Institutionen in Krisenzeiten", den Kohl ausdrücklich lobte, dann aus, welchen weiteren Gegnern der "Inneren Sicherheit"

Maßnahmen wie die Einführung des "kurzen Prozeß" und die Verschärfung der Strafgesetze gelten sollen.

Es sei an der Zeit, die "neuen Protestbewegungen ... in die verfassungsrechtlichen Schranken zu weisen und keine rechtsfreien Räume zu konzedieren ... Auch in den jüngsten Streik-Aktionen um Zeitungen und Druckhäuser, die sich als 'gewaltfreien Widerstand' ausgeben, kann man Tendenzen zu einem neuen 'Rechtsnihilismus' ... entdecken", erklärte

chen mit ihren Plänen und Ankündigungen. Die Beschlüsse der Justizministerkonferenz und die reaktionären Vorstöße auf dem Juristentag zeigen, daß die Bundesregierung in Wirklichkeit zügig die Verabschiedung ihrer reaktionären Gesetzesvorstöße vorantreibt.

Quellenhinweis: Beschlüsse der 55. Konferenz der Justizminister und -senatoren vom 18. bis 20.9.1984 in Saarbrücken; Entwurf eines Gesetzes zur Änderung ... der Verwaltungsge-



"Ein Combat-Team kurz vor der Bereitstellung zum Zugriff", aus: "GSG 9, Kommando gegen den Terrorismus", 1984. Mit der Einführung des kurzen Prozesses vor Strafgerichten werden auch die Verhaftungen und Überfälle durch Polizeikräfte bedeutend zunehmen.

Bracher. Gegen solche Entwicklungen müsse die "Wehrhaftigkeit unseres Rechtsstaates" erhalten werden.

In der bürgerlichen Presse ist aus Anlaß der "Halbzeitbilanz" der Regierung zwei Jahre nach ihrem Amtsantritt vielfach der Eindruck erweckt worden, als sei die Regierung insbesondere bei der Rechts- und Innenpolitik nicht sehr weit gekommen, vergli-

richtsordnung, BT-Drucksache 10/171, 16.6.83; Entwurf eines Strafverfahrensänderungsgesetzes, BT-Drucksache 10/1313 vom 13.4.84; Rede von Helmut Kohl bei der Eröffnungssitzung des Juristentags, in: Bulletin der Bundesregierung, 4.10.1984; Rede von K.D. Bracher; unveröffentlichtes Manuskript; Beschlüsse des 55. Juristentages, Hamburg 1984 – (rül)

## DEMONSTRATION GEGEN SS-TREFFEN

Mit der erfreulich großen Zahl von 700 Teilnehmern fand am 13. Oktober in Marktheidenfeld (Unterfranken) eine Demonstration gegen das "Kameradschaftstreffen" der 4. SS-Panzer-Grenadier-Division statt. Mehrere Kreisverbände von GEW und HBV aus Franken nahmen mit Transparenten teil. Auf der Kundgebung durfte zuerst der parteilose Marktheidenfelder Bürgermeister, ein Ex-CSUler, promovierter Historiker und Geschichtslehrer, sprechen. Er verteidigte das Treffen offen mit der "Unschuldsvermutung", die Massaker in Griechenland seien den einzelnen Mitgliedern der Division nicht nachgewiesen. Er kündigte unter Pfiffen und Buhrufen an, daß er auch diesmal auf dem "Treffen" ein Grußwort halte. Die folgenden Redner (IGM, Juso, SPD-MdB Lambinus) wandten sich

scharf gegen diese Haltung und forderten ein Verbot solcher Treffen. Der Vorsitzende der VVN Bayern, Oskar Neumann, arbeitete in seiner Ansprache heraus, daß die legalisierte Aufrechterhaltung faschistischer Traditionen, die aktuellen Veränderungen in der Arbeitsgesetzgebung und die Aufrüstung eine große Gefahr darstellen. – (diw)

## BFA: 1985 NOCH WENIGER ARBEITSLOSENGELD

Am 10.10. hat der Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit den Haushalt 1985 mit Einnahmen von 34,2 Mrd. DM ohne Gegenstimmen festgestellt. Der Haushalt muß noch von der Bundesregierung genehmigt werden. Der Verwaltungsrat geht davon aus, daß 1985 die Zahl der lohnabhängig Beschäftigten um 150000 auf 20,3 Mio. steigen wird. Er will 80000 arbeitslose Lohnabhängige in ABM-Programme pressen, 10000 mehr als 1984. Der Haushalt

1985 soll mit einem Überschuß von 1,5 Mrd. DM abschließen. Dieser Überschuß ist Ergebnis der weiteren Zerstörung der Arbeitslosenversicherung. 1985 sollen im Jahresdurchschnitt nur noch 810000 Arbeitslose Arbeitslosengeld beziehen, gegenüber 1,036 Mio. im Durchschnitt dieses Jahres. Bei vermutlich 2,3 Mio. offiziell gemeldeten Arbeitslosen bedeutet das, daß nur noch ca. 35% von ihnen auch Arbeitslosengeld bekommen. – (rül)

## STÄDTEBAUFÖRDERUNGS-GESETZ GEÄNDERT

Am 4.10.84 hat der Bundestag gegen die Stimmen von SPD und Grünen eine Änderung des Städtebauförderungsgesetzes beschlossen, die als ein Beitrag zur Beseitigung bürokratischer Hemmnisse verkauft wird. In Wirklichkeit geht es darum, Kapitalinteressen zur Durchsetzung zu verhelfen und die sanierungsbedingten Boden-

**Ausländerpolitik****BUNDESTAG BERÄT  
AUSLÄNDERGESETZ**

Zum Schutz der Bundesregierung verbreiten zahlreiche bürgerliche Zeitungen derzeit gezielte Falschmeldungen. "Zimmermann sei gescheitert", heißt es nach der Einigung unter den Regierungsparteien, das Nachzugsalter für Kinder ausländischer Lohnabhängiger vorerst nicht zu senken. Kein Wort an dieser Propaganda ist wahr. Am 5. Oktober debattierte der Bundestag über die Ausländerpolitik. Zimmermann:

"Ich werde in Kürze den Entwurf zur Neuregelung des Ausländerrechts vorlegen... Die Ausweisungstatbestände werden nach Schwere und Rechtsfolgen differenziert werden... bei Gewalttätigkeit und extremistischer Betätigung muß ein rascheres und wirksameres Handeln möglich sein... Ein wesentliches Elemente der Neuregelung des Ausländerrechts wird darin liegen, die bisherigen administrativen Regelungen durch Verwaltungsvorschriften und Erlasse in ein Gesetz einzuführen." Das neue Ausländergesetz wird also zügig vorgelegt werden. Die Sondergesetze gegen die ausländischen Lohnabhängigen werden verschärft und erweitert, die zahlreichen mit der Unterdrückung der ausländischen Lohnabhängigen befaßten Staatsorgane erhalten straffere gesetzliche Rückendeckung. Zum Kinder- und Familiennachzug führte Zimmermann aus:

"Die Bundesregierung hat sich darauf verständigt, an die Vernunft und an das Verantwortungsbewußtsein der Eltern und der sonstigen am Integrationsprozeß Beteiligten zu appellieren. Sie erwartet, daß dieser Appell

seine Wirkung nicht verfehlt. Nur unter diesen Umständen sieht die Bundesregierung keinen Anlaß für ein gesetzliches Verbot des Nachzugs von Kindern über sechs Jahren."

Ob das eine "Niederlage" Zimmermanns ist, wird man noch sehen. Zu befürchten ist eher, daß die Bundesregierung dem Innenminister in dem neuen Gesetz Vollmachten erteilen wird, diese "Nachzugsrechte" künftig per Verordnungen zu ändern – was Zimmermann erlauben würde, "bei Bedarf" Verordnungen zu erlassen, die noch weitgehender sind als die schon jetzt geltenden Beschränkungen.

Von Seiten der SPD-Fraktion ist kein Widerstand gegen diese Pläne zu erwarten. Sondergesetze zur Unterdrückung der ausländischen Lohnabhängigen müssen sein, nur "modern" sollen sie sein und von anderem "Geist" – so die Linie der SPD-Redner. Die Abgeordnete Dr. Däubler-Gmelin:

"Ein Ausländergesetz, das modernen Bedingungen gerecht wird, muß geprägt sein von einem Geist des Verständnisses, der Integrationsfreude... Wenn diese beiden Streitpunkte (gemeint sind der Kinder- und Familiennachzug, d. Verf.)... endgültig vom Tisch sind, bieten wir Ihnen die Zusammenarbeit an, um ein vernünftiges, verbessertes, neues Ausländergesetz zu bekommen; aber das brauchen wir bald."

Demagogisch polemisierte Zimmermann gegen die von der Fraktion der GRÜNEN in ihrem Gesetzentwurf zum Niederlassungsrecht (1) geforderte weitgehende rechtliche Gleichstellung der ausländischen mit den westdeutschen Lohnabhängigen:

"Der Vorschlag, den hier lebenden Ausländern ein besonderes Niederlassungsrecht zu gewähren, ... würde dazu führen, daß die Ausländereigen-

schaft der Berechtigten über Generationen hinweg erhalten bleibt... Die Bestrebungen des Gesetzentwurfs würden den Bemühungen der Bundesregierung um eine erfolgreiche Integration klar zuwiderlaufen." Der CDU-Abgeordnete Olderoog lehnte jedes Wahlrecht für ausländische Lohnabhängige ab. Auch der frühere Innenminister Baum (FDP) lehnte den Gesetzentwurf der GRÜNEN ab.

Die Koalition hält an ihren Plänen für ein neues Ausländergesetz fest. Der "Kompromiß" unter den Regierungsparteien in Sachen Kinder- und Familiennachzug sollte lediglich den kirchlichen Kritikern an der Ausländerpolitik einen Anlaß bieten, zu verstummen. Nur die Fraktion der GRÜNEN griff in der Debatte die Ausländerpolitik der Regierung an. Ihr Abgeordneter Fischer wies dabei darauf hin, schon das geltende Ausländergesetz knüpfe "in seinen wesentlichen inhaltlichen Bestimmungen an die nationalsozialistische Ausländer-Polizeiverordnung von 1938 an".

Quellenhinweis: (1) Politische Berichte 9/84; BT-Protokoll, S. 10.84 – (rül)

**Blüms Leiharbeitsbericht****DIE 200000 "ILLEGALEN"  
SOLLEN LEGAL WERDEN**

Bundesarbeitsminister Blüm hat den fünften Bericht "über Erfahrungen bei der Anwendung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes – AÜG – sowie über die Auswirkungen des Gesetzes zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung – BillBG" vorgelegt. Danach ist die Zahl der Firmen, die die Erlaubnis zum Verleih von Lohnabhängigen haben, zwischen 1980 und 1983 mit 1205 bzw. 1194 nahezu gleichge-

wertsteigerungen nicht mehr abschöpfen zu müssen. Allerdings ist dieses Ziel in den beschlossenen Änderungen nur sehr unvollkommen verwirklicht und soll neben anderen Zielen in dem Baugesetzbuch umfassend verwirklicht werden. Ende 1985 soll dies von der Bundesregierung als Entwurf verabschiedet werden. Durch die jetzt beschlossenen Änderungen werden Bebauungspläne nicht mehr zwingend gefordert, der Entscheidungsspielraum der Verwaltung bei Planung und Baugenehmigung wird erheblich erweitert, und damit die Notwendigkeit der Bürgerbeteiligung erheblich eingeschränkt. Gleichzeitig werden die Abschreibungsmöglichkeiten nach § 82d (Modernisierung) um schätzungsweise das drei- bis vierfache ausgeweitet, Bodenwertsteigerungen nicht mehr voll ausgeschöpft und die Bundesmittel für Sanierung um 40 Mio. DM auf 320 Mio. DM erhöht. – (jeb)



Die Absicht Blüms, die Schwerbehindertenbescheide von 4 Mio. Schwerbehinderten überprüfen zu lassen (s. Pol. Ber. 19/84), stößt auf heftigen Widerstand. Der Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner (VdK) und der Reichsbund der Kriegsopfer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen fordern die ersatzlose Streichung dieser Vorschrift in Blüms Entwurf eines neuen Schwerbehindertengesetzes. Bild: VdK-Kundgebung gegen die Angriffe der Bundesregierung auf Behinderte und Rentner. – (rül)

blieben. Diese Kapitalisten haben 1980 erheblich mehr Lohnabhängige legal verliehen als 1983. Waren im Juni 1980 mehr als 50000 Arbeiter und Angestellte als Leiharbeiter gemeldet, so betrug ihre Zahl im Juni 1983 nur noch 26705. Dieser Rückgang ist auf das 1982 im Arbeitsförderungsgesetz aufgrund von Urteilen des Bundesverfassungsgerichts eingeführte Verbot von Leiharbeit auf Baustellen zurückzuführen.

37,3% der Lohnabhängigen in Leiharbeit sind Frauen. Sie arbeiten überwiegend als Büroangestellte. Die meisten männlichen Leiharbeiter, über 50%, arbeiteten 1983 in Metallberufen. In den Sommermonaten nimmt der Umfang der gesetzlich erfaßten Leiharbeit sprunghaft zu, so waren z.B. 1983 im Januar nur 15415 gegenüber 26910 im Juli gemeldet.

Die Angaben des Berichtes bieten jedoch höchstens einen Anhaltspunkt über die Verbreitung von Leiharbeit. Ca. 200000, der weitaus größte Teil also, schätzt Blüm, sind als "illegale" Leiharbeiter beschäftigt. Außerdem fehlen Angaben über Firmen und deren Beschäftigte, die aufgrund von Werksverträgen an andere Kapitalisten verleihen bzw. verliehen werden. Blüm geht in seinem Bericht davon aus, daß weitaus mehr Lohnabhängige als die bei Leihfirmen gemeldeten dieser Form der Leiharbeit unterworfen sind.

Im Beschäftigungsförderungsgesetz ist geplant, daß ein Kapitalist künftig einen Leiharbeiter nicht nur bis zu drei, sondern bis zu sechs Monate beschäftigen darf. Damit können die Kapitalisten ihre saisonbedingten Anforderungen auf jeden Fall mit Leiharbeitern abdecken, ob die Saison nun drei oder fünf Monate dauert. Zweitens will Blüm die illegalen Leiharbeiter und die aufgrund von Werksverträgen verliehenen Arbeiter in legale Leiharbeitsverhältnisse überführen. Hunderte von Beschäftigten der Arbeitsämter sind abgestellt, illegale Leiharbeiter aufzuspüren und zu überprüfen, ob Werksverträge nicht eigentlich Leiharbeitsverträge sind. Häufig beschäftigen Leiharbeitsfirmen neben Legalen eine weitaus größere Zahl von Illegalen. Diesen Kapitalisten wird nur selten die Lizenz entzogen, wenn sie außer Geldbußen nachträglich Sozialversicherungsbeiträge und Steuern zahlen. Die Umwandlung von Werksverträgen in Leiharbeitsverträge bedeutet Beseitigung des Tarifschutzes für Tausende von Arbeitern.

Gegenüber dem DGB, der das Verbot der Leiharbeit fordert, führt Blüm demagogisch die hohe Zahl der "illegalen" Leiharbeiter ins Feld. Diese illegale Leiharbeit kann aber gerade darum blühen, weil Leiharbeit überhaupt erlaubt ist.

Quellenhinweis: Bundestagsdrucksache Nr. 10/1934 – (uld)

## Tarifbewegung im öffentlichen Dienst

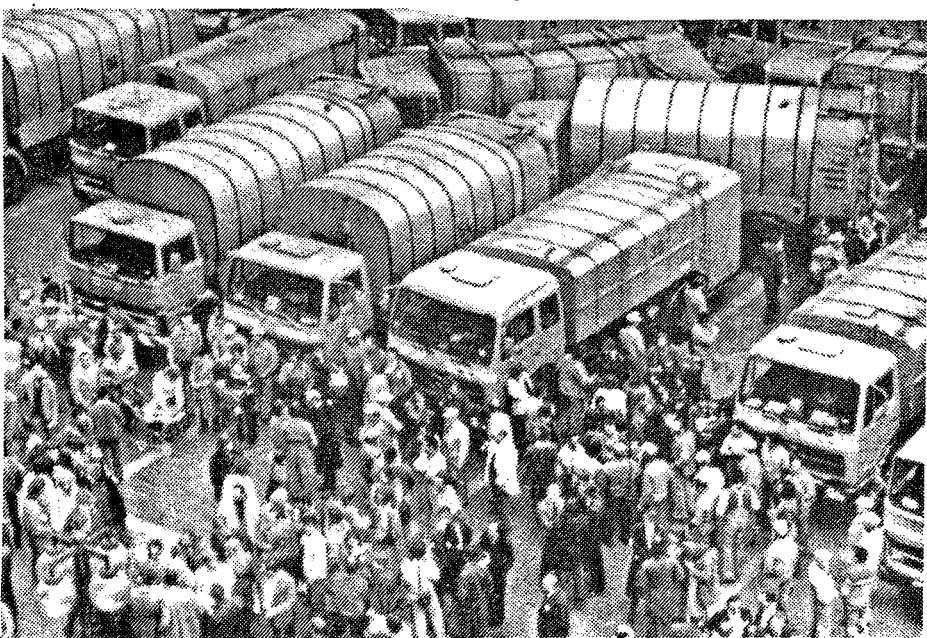
### KANN DIE FORDERUNG NACH DEM MINDESTBETRAG NOCH VERTEIDIGT WERDEN?

In der zweiten Verhandlungsrunde hat Zimmermann sein angekündigtes Angebot vorgelegt: Für die Monate September bis Dezember 1984 eine Abschlagszahlung von 180 DM und ab ersten Januar 1985 eine Einkommenserhöhung um 2,8 %. Die Ausbildungsvergütungen sollen nur um durchschnittlich 2,64 % erhöht werden. Eine besondere Anhebung der niedrigen Einkommen verweigert Zimmermann. Ein Angebot für eine Verkürzung der Arbeitszeit hat er auch nicht vorgelegt. Die Laufzeit soll 12 Monate betragen, bis zum 31. August 1985. Die Kosten des Angebots bezifferten Bund, Länder und Gemeinden auf 6,3 Mrd. DM für das Jahr 1985 und auf 1 Mrd. DM für dieses Jahr. Bemerkenswert ist, daß in diese Kostenrechnung eine gleichartige Erhöhung der Beamtenbezüge bereits eingegangen ist.

Dieses Verhandlungsangebot wird von der Vorsitzenden der Gewerkschaft ÖTV bereits als ein Teilerfolg gefeiert, die Nullrunde sei vom Tisch. Aber was ist auf dem Tisch? Zimmermann verweigert mit Blick auf das 13.

Einkommen sind 36 DM zwar mehr als 1,5%, aber diejenigen, die diesem Elendsstandard unterworfen sind, werden von den Preissteigerungen auch überdurchschnittlich getroffen. Das heißt, zu keinem Zeitpunkt würde von Zimmermanns Angebot auch nur die geringste Entspannung ausgehen, weiterhin würde das reale Einkommen von Monat zu Monat geringer.

Dennoch besitzt Zimmermann die Dreistigkeit zu verkünden, mit dem Festbetrag für 1984 werde der Situation der unteren Einkommensgruppen besonders Rechnung getragen. Als ob sich ein Beschäftigter im einfachen Dienst eine einzige Scheibe Wurst mehr kaufen könnte, nur weil der höhere Dienst sich in 1984 ebenso mit 180 DM Abschlag zufrieden geben soll! Es sind ganz andere, denen Zimmermann besonders Rechnung trägt. Alle, deren Einkommen 3930 DM übersteigt, sollen durch die 2,8 %ige Erhöhung einen Einkommenszuwachs von 110 DM und mehr erhalten. Damit will Zimmermann zweierlei erreichen. Einerseits will er die Dienstauf-



1980: Warnstreik gegen die Lohnsenkungsabsicht im öffentlichen Dienst

Monatsgehalt die Tariferhöhung zum 1. September 1984. Berücksichtigt man das 13. Monatsgehalt, muß die Abschlagszahlung von 180 DM auf fünf Monatsgehalter verteilt werden. Das sind ganze 36 DM pro Monatseinkommen. Dadurch wird nicht einmal die aktuelle durchschnittliche Preissteigerungsrate, die derzeit mit 1,5 % angegeben wird, ausgeglichen, geschweige denn die vergangenen Einkommensverluste. Auf ein Bruttoeinkommen von 2400 DM machen 36 DM gerade 1,5 % aus. Bei den niedrigeren

sicht für ihre Antreiberei und kleinlich gehässigen Schikanen auszeichnen, andererseits soll das gut verdienende akademische Personal, das keine Dienstaufsichtsfunktion ausübt, vom gewerkschaftlichen Kampf abgespalten werden.

In der Kritik der ÖTV-Vorsitzenden Wulf-Mathies an Zimmermanns Angebot findet die Mindestforderung nach 110 DM keinen Platz mehr. Die 2,8 % kritisiert sie zwar als zu niedrig, an der Abschlagszahlung für 1984 bemängelt sie aber nur noch, daß 180 DM

weniger als 2,8 % ausmachen. Sie hat sich bereits auf das Prinzip der Abschlagszahlung als sozialer Komponente eingelassen und den gegen die Vorstellungen des geschäftsführenden Hauptvorstandes gefaßten Beschuß der Großen Tarifkommission für einen Mindestbetrag "verdrängt".

Das herausragende Ereignis der zweiten Verhandlungsrunde ist deshalb nicht etwa, daß die Nullrunde vom Tisch ist, sondern daß es Zimmermann leichter als erwartet gelungen ist, die Verhandlungskommissionen der DGB-Gewerkschaften dazu zu bringen, die Mindestforderung fallen zu lassen. Anders ist der Beifall der bürgerlichen Öffentlichkeit für Zimmermanns Verhandlungstaktik nicht zu verstehen: "Zimmermanns taktisches Meisterstück reduziert die Streikmöglichkeiten der ÖTV auf die Arbeitszeitfrage" ("Westdeutsche Allgemeine Zeitung"). Und die "Süddeutsche Zeitung" bemerkt hämisich: "Jetzt soll die ÖTV erst einmal in den eigenen Reihen sondieren, ob sie für die ferne Taube auf dem Dach, für die Arbeitszeitverkürzung, einen Kampf riskieren will, in dessen Verlauf der Spatz in der Hand Federn lassen müßte." Tatsächlich hat Zimmermann eine Arbeitszeitverkürzung, die innerhalb des vorgeschlagenen Gesamtvolumentums von 2,8 % ausgehandelt würde, nicht völlig ausgeschlossen. Noch steht zwar das Wort der ÖTV-Vorsitzenden, daß zwei Forderungen (Einkommen und Arbeitszeit) auch zwei Angebote verlangen. In der Zeitschrift für Funktionäre "ÖTV-Argu-

mente" wird aber schon signalisiert: "Die ÖTV ist bereit, über die Kosten eines vollen Personalausgleichs am Verhandlungstisch zu reden."

Die Hoffnungen, daß die Streikmöglichkeiten der ÖTV auf die Arbeitszeitfrage reduziert worden seien, beruhen nicht ausschließlich auf Zimmermanns Verhandlungsgeschick, sondern auch auf der Bereitschaft des geschäftsführenden Hauptvorstandes der ÖTV, die – insbesondere für den einfachen und mittleren Dienst – dringend notwendige Einkommenserhöhung dem Fetisch Arbeitszeitverkürzung zu opfern. Niemand sollte darüber Zweifel hegen, daß Zimmermann auch auf dem Gebiet der Arbeitszeitverkürzung durchaus flexibel ist. Es ist ihm das Angebot eines Vorrustandsmodells zuzutrauen, das die Zusatzversorgung weiter zerstört und dadurch das bisherige Angebot nicht verbessert, sondern verschlechtert. Dann wäre die Streikmöglichkeit der ÖTV auch auf dem Gebiet der Arbeitszeitverkürzung, für zehn freie bezahlte Tage, in Frage gestellt. In der ÖTV gibt es eine Minderheit, die ein Vorrustandsmodell favorisiert und die auf dem ÖTV-Gewerkschaftstag durch ca. 20 % der Delegierten repräsentiert war. Darüberhinaus geben die DAG und der DBB einem Vorrustandsmodell den Vorzug.

Alles deutet darauf hin, daß die Bundesregierung mit den DGB-Gewerkschaften im öffentlichen Dienst wird Fangball spielen können, wenn auf der Einkommensseite nachgegeben wird.



ÖTV-Vorsitzende rückt von Mindestforderung ab.

Für ein Einkommen von 2200 DM hat Zimmermann ab 1985 eine Erhöhung von 60 DM (= 2,8 %) angeboten. Die DGB-Gewerkschaften haben 110 DM gefordert. Mitteilungen an Bund, Länder und Gemeinden, wie auch an die Großen Tarifkommissionen der DGB-Gewerkschaften, daß diese Differenz von 50 DM durchaus ein Streikgrund sind, sogar der stärkste Grund für einen Streik bei der insgesamt schwachen Tarifforderung, könnten von Nutzen sein, um die Ansprüche der unteren Lohngruppen in den Mittelpunkt dieser Tarifbewegung zu stellen.

Quellenhinweis: Verschiedene Tageszeitungen vom 12.10.84; "ÖTV-Argumente", Zeitschrift für Funktionäre der ÖTV – (kar/alk)

### Beispiele für die preisbereinigte Nettoeinkommensentwicklung im öffentlichen Dienst 1980-1985 (Forderung ÖTV: 5% mindestens 110 DM ab 1.9.84, Angebot Zimmermann einmal 180 DM für 1984, 2,8% ab 1.1.85)

Einkommen eines ...	1980	1981	1982	1983	1984		1985	
					ÖTV-Ford.	Angebot	ÖTV-Ford.	Angebot
Diplom-Ingenieur	Brutto 4950,11	5158,91	5335,07	5494,50	5638,29	5562,43	5824,43	5704,49
BAT Ia in Preisen '84	Netto 3443,46	3588,96	3663,31	3782,02	3787,49	3736,53	3904,13	3825,49
Verlust gegenüber '80	4052,95	3973,86	3853,18	3850,72	3787,49	3736,53	3810,26	3733,50
Oberlokmelder	Brutto 2387,45	2497,79	2544,06	2624,74	2699,89	2665,06	2799,56	2722,39
führer	Netto 2135,65	2226,49	2266,96	2329,74	2387,09	2360,06	2464,96	2405,59
A 7 in Preisen '84	2513,66	2465,26	2384,46	2372,07	2387,09	2360,06	2405,68	2347,74
Verlust gegenüber '80	–	– 79,01	– 199,77	– 202,23	– 265,46	– 316,42	– 242,69	– 319,45
Müllarbeiter	Brutto 2068,21	2168,72	2234,29	2300,36	2361,68	2337,97	2441,05	2389,90
Netto 1540,83	1596,46	1635,30	1679,73	1718,32	1702,51	1767,74	1735,85	
LG III in Preisen '84	1813,53	1767,28	1720,34	1709,97	1718,32	1702,51	1725,31	1694,19
Verlust gegenüber '80	–	– 46,28	– 93,22	– 103,59	– 95,24	– 111,05	– 88,24	– 119,37

Quellen: Tarifinformationen der ÖTV, Lohnsteuertabellen – eigene Berechnungen

Die Forderung der ÖTV reicht nicht aus, die Reallohnverluste seit 1980 wettzumachen, brächte allerdings eine reale Lohnerhöhung gegenüber 1983. Das Angebot Zimmermanns bedeutete für alle Einkommensbereiche eine Fortsetzung der ReallohnSenkung. – Die Bruttogehälter sind jeweils für einen 39jährigen, verheiratet, mit einem Kind, berechnet. Erschwernis-, Nacht- und Schichtzulagen

sind nicht enthalten. Die Nettolöhne sind berechnet mit dem Beitragssatz der Barmer Ersatzkasse; bei den Steuerabzügen ist ab 1983 für den Lokführer die Sondertabelle für Beamte verwendet. Die Preisbereinigung erfolgte über den Preisindex des Stat. Bundesamtes; für 1985 wurde 2,5 % Inflation geschätzt. Die Verluste gegenüber 1980 sind die in Preisen von 1984 ausgedrückten Nettolohnneinbußen.

## Prozesse gegen RAF-Gefangene

### URTEIL PER "OFFENKUNDIGKEITS-ERKLÄRUNG" SCHONGESCHRIEBEN

Nach über 50 Verhandlungstagen im Prozeß gegen B. Mohnhaupt und Ch. Klar in Stammheim, noch längerer Verhandlungsdauer gegen A. Schulz und R. Wagner in Düsseldorf und mehrmonatiger Verhandlung gegen G. Dutzi in Frankfurt ist in der bürgerlichen Presse – wenn überhaupt – zu lesen, die Prozesse ergingen sich in langwieriger, kriminalistischer Kleinarbeit.

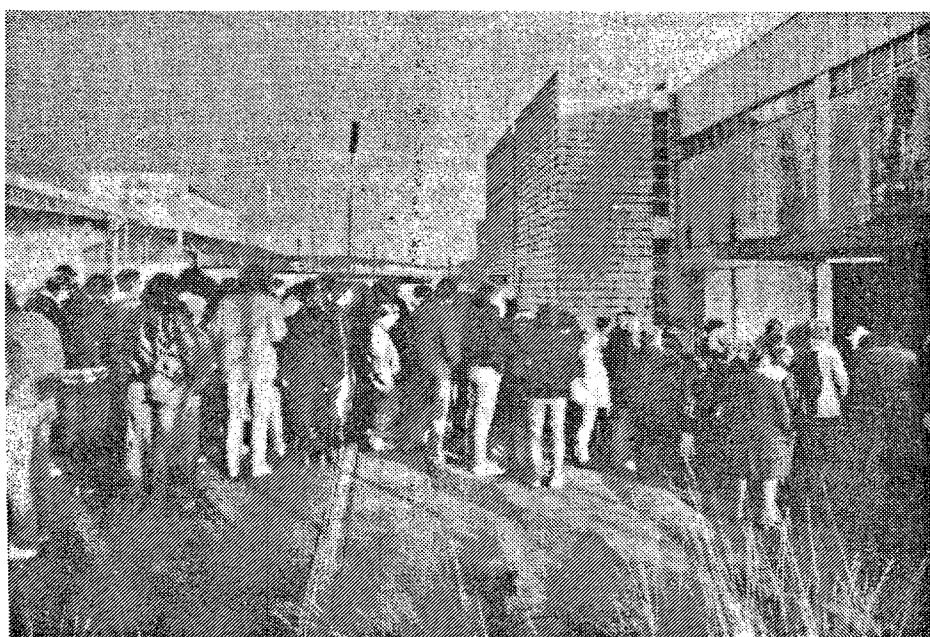
Solche Darstellungen vermögen jedoch nur mühsam die Fadenscheinigkeit der als Rechtsfindung deklarierten Veranstaltungen zu bemänteln. Die Gerichte haben, der Linie von Regierung und Bundesanwaltschaft seit Beginn des Prozesses gegen A. Baader, U. Meinhof u.a. folgend, den gesamten politischen Inhalt aus den Prozessen entfernt. Dementsprechend sind die Prozeßakten gesäubert, enthalten nichts zur politischen Konfrontation. Alle wesentlichen Elemente für eine Verurteilung werden vom Gericht im Prozeß per Erklärung als "offenkundig" angesehen, um so die Beweisaufnahme zu umgehen.

Schließlich werden, wie in Düsseldorf, die Angeklagten schlicht wegen "ordnungswidrigem Benehmen" bis zum Ende der Beweisaufnahme ausgeschlossen. Isolationshaft von 24 Stunden, ständig weitere Einschränkung des Empfangs von Briefen etc., Einleitung von Ermittlungsverfahren nach § 129a gegen Personen, die engeren Besuchs- und Briefkontakt zu den Gefangenen herstellen, sollen neben ihrer entscheidenden Funktion, die Ge-

fangenen zu brechen und zugrundezurichten, die Möglichkeit ihres wirkungsvollen Eingreifens in der Verhandlung ausschalten. Die permanente Ausweitung des Ausschlusses von Verteidigern unter Berufung auf das Mehrfachverteidigungsverbot des § 146 – etwa jetzt nach den neuen Festnahmen – soll auch die Herausbildung einer effektiven Verteidigung zunichte machen. Gegenüber dem zentralisierten Apparat von Bundesanwaltschaft und Justiz müssen so ständig neue Anwälte antreten.

Parallel werden die Verteidiger mit Strafverfahren wegen Aufbau eines illegalen Informationssystems und mit Standesverfahren bedroht – so kürzlich die vier Vertrauensanwälte in Stammheim, die in einem Leserbrief in der TAZ die Wurzel des Konzepts der "wehrhaften Demokratie" im Faschismus gesehen hatten. Da so, gestützt auf 13jährige Abstempelung der RAF und anderer militanter Bewegungen zu "besonders gefährlichen Gewaltkriminellen", der politische Gehalt der Auseinandersetzung RAF vs. Staat aus dem Verfahren ausgeschlossen ist, bleibt nichts anderes übrig als ein trübes Gewese der Richter um Flugbahnen von Projektilen usw.

Am 11.10. haben die Verteidiger in Stammheim zu einer Mitteilung des



Zuhörereinlaß vor dem Stammheimer Justizbunker: Jeder wird durchgefiltzt

#### BESCHLAGNAHMT, ZURÜCKGEWIESEN

Die Abschottung der politischen Gefangenen von der Außenwelt wie auch untereinander wird ständig perfekter. Nachfolgend Beispiele aus verschiedenen Beschlüssen, hinsichtlich der Verteidigerpost von den sog. Kontrollrichtern, im übrigen vom Ermittlungsrichter des BGH:

"Die Weitergabe der Verteidigerpost bezüglich der Dokumentation 'Todeschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigerrecht' wird zurückgewiesen... Es handelt sich um Ablichtungen fremder maschinenschriftlicher Texte. Die Weitergabe solcher Texte... kann dazu dienen, versteckte Nachrichten zu übermitteln."

"Die Aushändigung des Schriftstücks 'Erklärungen der Gefangenen aus der RAF in den Prozessen in Düsseldorf und Stammheim' an den Be-

schuldigten wird abgelehnt... Diese Schriftstücke sind auch vom Standpunkt des Verteidigers aus gesehen nicht geeignet, die Verteidigung des Beschuldigten zu fördern, sondern dienen lediglich dem Informationsaustausch der inhaftierten Mitglieder der RAF."

Die meisten Briefe von draußen werden angehalten, z.B. weil "die Unterrichtung der Beschuldigten über Ereignisse aus dem 'antiimperialistischen Widerstand' sie in ihrer Haltung als überzeugte Anhängerin der RAF bestärken" könnte, oder, wie eine immer wiederkehrende Formel lautet, weil "der Verfasser sich zum 'antiimperialistischen Widerstand' bekannte".

Und ebenso geht es auch den allermeisten Briefen der Gefangenen nach draußen: "Diese Ausführungen laufen darauf hinaus, die Eltern der Beschuldigten für die Ziele der RAF zu gewinnen... Weiterleitung kann

nicht in Betracht kommen." Oder: "Dem Empfänger wird auch keine Ablichtung des Briefes zugeleitet. Die Beschuldigte schildert die Haftbedingungen agitatorisch entstellt, um Sympathie für die RAF-Mitglieder zu erzeugen. Dies aber würde den Zweck der Untersuchungshaft gefährden."

Sämtliche Zeitungsartikel, Broschüren oder Bücher, die den westdeutschen Staatsapparat angreifen, werden nicht weitergeleitet: "Die Postsendung der GNN an den Beschuldigten darf diesem nur ausgehändigt werden, wenn zuvor aus den 'Politischen Berichten' Nr. 17 die Seiten 4-6 entfernt werden. In dem Beitrag 'Schnellere Gesetzesänderung...' wird in negativ verzerrender, Bundesregierung und Polizei verunglimpfender Weise über ein Gesetzesvorhaben auf dem Gebiet des Demonstrationsrechts berichtet."

§. Strafsenats über von diesem für "offenkundig" gehaltene Tatsachen Stellung genommen: "Es handelt sich um einen offenkundigen Versuch, unter der Hand eine Reihe reaktionärer Legenden über die RAF und ihre Mitglieder zur Verfahrensgrundlage zu machen unter eklatanter Verletzung der geltenden strafprozessualen Bestimmungen, allerdings in eindeutiger historischer Tradition der 'inneren Feindbekämpfung' ... Gleich zu Anfang wird als 'offenkundige Tatsache' behauptet, erstmals seit Beginn der 70er Jahre sei in der BRD eine RAF genannte 'terroristische Vereinigung' in Erscheinung getreten. Damit wird sogleich eine politische Kategorisierung und zugleich eine strafrechtliche Einordnung i.S.d. § 129a getroffen, die dem Propaganda-Jargon der NATO-Richtlinien entstammt. International ist der Begriff 'Terrorismus' heftig umstritten. In der Debatte der UNO-Vollversammlung, wo die BRD mit ihrem Versuch der Durchsetzung einer sog. Konvention gegen Terrorismus scheiterte, haben viele Dritte-Welt-Länder als Bestimmung des Begriffs 'Terrorismus' definiert: 'Terrorismus ist die Unterdrückung persönlicher Freiheit seitens einer Regierung oder eines Militärregimes.'"

Als weitere Legenden nennt die Verteidigung: Schußwaffengebrauch gegen Polizeibeamte und Banküberfälle als Kampfmittel zur Zerstörung der fdgo; Konstruktion der "legalen RAF" und der "RAF im Gefängnis"; Hungerstreik als RAF-Aktion. Die Verteidigung wies auf den Zusammenhang mit der Kommunistenverfolgungs-Rechtsprechung hin: "Seit Beginn der 70er Jahre diente die Methode der Offenkundigkeits-Behauptung ... dazu, gängige antikommunistische Klischees der Regierungspropaganda" (z.B. Fernlenkung der Kommunisten in der BRD durch die SED) "als feststehende Tatsachen zu behandeln".

Von großer Bedeutung ist, daß die Gefangenen aus der RAF und dem antiimperialistischen Widerstand durch Zusammenlegung in großen Gruppen die Möglichkeit zur politischen Auseinandersetzung erhalten. Widerwärtig ist demgegenüber der Versuch der Bundestagsfraktion der GRÜNEN, sich mittels kleiner Anfrage an die Bundesregierung für eine möglichst noch nach "Lossagung" differenzierte Lockerung der Haftbedingungen auszusprechen, "um den Auflösungsprozeß zu fördern, da bekanntmaßen ein wesentlicher Begründungszusammenhang für die terroristischen Aktivitäten die Haftbedingungen sind."

Quellenhinweis: Kleine Anfrage der GRÜNEN, BTDRs. 10/1956 — (mis,mim)

## Nikaragua

### DAUERNDE TERROR GEGEN DIE REVOLUTION — USA BEREITEN INTERVENTION VOR

Gut fünf Jahre haben die nikaraguanschen Arbeiter und Bauern bis jetzt die Bemühungen der inneren und äußeren Reaktion abwehren können, die Regierung der Patrioten Front zu stürzen. Dieser Regierung gehören zur Zeit drei Parteien an: die FSLN (Sandinistische Befreiungsfront), die PPSC (Christlich-Soziale Partei) und die PSN (Sozialistische Partei). Im Kampf gegen die Reaktion hat die Regierung die Unterstützung der PCN (Kommunistische Partei) und der MAP-ML (Marxistisch-leninistische Volksbewegung) (1). Alle fünf Parteien wollen die Errungenschaften der Revolution gegen die einheimische Bourgeoisie und gegen die Angriffe der Imperialisten verteidigen.

Zwar ist die Regierung der Patrioten Front angetreten mit einem Programm, in dem sie den Großgrundbesitz und den Besitz des ausländischen und inländischen Kapitals garantierte. Die noch dauernde Agrarreform hat dennoch für einen großen Teil der landlosen und armen Bauern und Landarbeiter Fortschritte gebracht. Gehörte vor 1979 ca. 80% des landwirtschaftlich genutzten Bodens einigen wenigen Großgrundbesitzern und Agrarkapitalisten vorwiegend aus den USA, so sind inzwischen knapp 20% des Landes in Staatsbesitz, 30% ist an arme und landlose Bauern verteilt und 10% gehört Kooperativen der Landarbeiter und landlosen Bauern, die das Land gemeinschaftlich bewirtschaften und besitzen. Das Land gehörte geflohenen Großgrundbesitzern bzw. ist von ihnen enteignet worden, weil sie es brachliegen ließen. Parallel dazu haben die Landarbeiter, die unter Somoza über eine kleine illegale

Organisation verfügten, eine Gewerkschaft aufgebaut, der etwa die Hälfte der bei Agrarkapitalisten arbeitenden Landarbeiter angehören.

Einen großen Fortschritt haben die Gewerkschaften der Lohnabhängigen in Industrie und Handwerk erreichen können. Der sandinistische Gewerkschaftsverband CST hat ca. 80% der städtischen Lohnabhängigen organisiert. Der gesetzliche Mindestlohn wurde 1979 verdoppelt und seine Gültigkeit auch für die Landarbeiter festgelegt. Die Arbeitsgesetzgebung sieht seit 1981 Kontrollbefugnisse der Arbeiter vor, nach denen sie sowohl berechtigt sind, über die Gestaltung der Arbeit und der Entlohnung in den Betrieben zu entscheiden wie auch Kontrolle gegen die illegale Ausfuhr von Kapital auszuüben.

In einer großen Alphabetisierungskampagne konnte die Analphabetenquote von ca. 50% auf 13% gesenkt werden. Der Schulbesuch ist seit 1979 kostenlos. Seit 1979 ist ein kostenloses Gesundheitswesen eingerichtet. Die Regierung hat Tausende von Gesundheitsarbeiterinnen ausgebildet, die regelmäßig auch die kleinsten Dörfer besuchen sollen.

Die einheimische Kapitalistenklasse und höhere Angestellte von Monopolen aus den USA entzogen der Regierung bald ihre Unterstützung. Sie hatten in den letzten Jahren den Kampf gegen das Somoza-Regime unterstützt, weil der Somoza-Clan, der die Staatsgewalt, 10% des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens, alle inländischen Banken und die inländischen Handelsunternehmen kontrollierte, daran ging, die inneren Konkurrenten zu vernichten. Sie sind zu er-



Die Kaffee-Plantagen geflohener Großgrundbesitzer sind in Staatseigentum überführt und produzieren für den Export. Bild: Sortieren in der Ernte



Protest vor der UN-Mission der USA am 9.6.83 gegen die Ausweisung von Diplomaten Nikaraguas aus den USA



US-Gewerkschaftsdelegation in El Salvador im Juni 1983



4000 demonstrierten am 26.10.83 in New York vor dem UN-Gebäude gegen die US-Invasion von Grenada



Nationale Demonstration in Washington, D.C., am 12. November 1983 gegen die US-Intervention in Zentralamerika und der Karibik

## SOLIDARITÄT IN DEN USA MIT DEM KAMPF DER VÖLKER ZENTRALAMERIKAS

Mit dem Anwachsen der Solidaritätsbewegung seit 1979 in den USA haben sich drei nationale Organisationen herausgebildet: CISPES (Committee in Solidarity with the People of El Salvador), NISGUA (National Network in Solidarity with the People of Guatemala) und NNSNP (National Network in Solidarity with the Nicaraguan People). In ihrer Arbeit konzentrieren sie sich auf ein Land, alle drei unterstützen jedoch die Befreiungsbewegungen in allen Staaten Zentralamerikas und bekämpfen die US-Interventionspolitik in der Region. Lokale Gruppen arbeiten oft mit allen drei Organisationen zusammen.

Seit Antritt der Reagan-Regierung haben vier nationale Protestdemonstrationen in der US-Hauptstadt gegen die US-Interventionspolitik und zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen in der zentralamerikanischen Region stattgefunden. Hunderte von lokalen und regionalen Organisationen haben dazu aufgerufen und mobilisiert: 1981, im Mai, 100000 Teilnehmer; 1982, im März, 40000; 1983, im Juli, 10000; im November 40000.

National wurde die Solidaritätsbewegung mit dem Volk von Nicaragua im Februar 1979 zusammengefaßt. Die Organisation hat heute über 60 lokale Komitees. Ihre beiden Hauptziele sind: Stopp der US-Intervention in Nicaragua und ganz Zentralamerika und Aufbau einer Freundschaftsbewegung zwischen den beiden Völkern.

### Unterstützung aus den Gewerkschaften

1981 gründeten drei hohe Gewerkschaftsfunktionäre, darunter D. Fraser, damaliger Präsident der Automobilarbeitergewerkschaft UAW, das nationale Gewerkschaftskomitee zur Unterstützung von Demokratie und Menschenrechten in El Salvador. In Opposition zu Regierungsberichten über angebliche Fortschritte in Sachen Demokratie und Menschenrecht sandte das nationale Gewerkschaftskomitee im Juni 1983 eine eigene Untersuchungskommission, bestehend aus führenden Gewerkschaftsfunktionären, nach El Salvador. Diese Delegation erstellte einen Untersuchungsbericht, der weite Verbreitung in den Einzelgewerkschaften hat, und forderte darin ein Ende der US-Intervention in El Salvador.

Heute gehören dem nationalen Gewerkschaftskomitee 22 Gewerkschaftspräsidenten auf nationaler Ebene an, sie vertreten sieben Millionen Arbeiter, ein Drittel der organisierten Arbeiterbewegung in den USA. Auf lokaler Ebene haben sich seit Juni 1983 20 weitere gewerkschaftliche Komitees gebildet. Ihre Arbeit konzentriert sich derzeit noch auf El Salvador, und ihre Hauptforderung richtet sich gegen US-militärische Einmischung in El Salvador. 1984 haben jedoch mehrere dieser Komitees Reisen von Gewerkschaftsdelegationen nach Nicaragua organisiert, und lokale Programme zur materiellen Hilfe für das Volk von Nicaragua werden initiiert.

### Asyl für Flüchtlinge aus Zentralamerika

Im Juli 1984 war die Zahl der Kirchen, die Flüchtlingen aus Zentralamerika und der Karibik Schutz vor Verfolgung durch die Einwanderungsbehörden bieten, auf 137 angestiegen. Öffentlich angekündigte Fahrten mit Flüchtlingen zu dem "heiligen Zufluchtsort" Kirche und materielle Unterstützung der Flüchtlinge werden organisiert. Und obwohl erwartet wird, daß die Einwanderungsbehörden einen Plan zur Zerschlagung dieser Bewegung vorbereiten, ist innerhalb des letzten Jahres diese Bewegung stark angewachsen und auch nicht beschränkt auf die großen Städte. Die Bevölkerung kleiner Orte im mittleren Westen und Südwesten der USA gewährt politischen Flüchtlingen Asyl in ihren Kirchen.

Quellenhinweis: Rundbriefe der NNSNP, The Guardian, lokales Gewerkschaftskomitee von Philadelphia

bitterten Gegnern der nikaraguanischen Regierung geworden. So hat z.B. der Verband der Privatindustrie COSEP, der 1978 noch in gemeinsamen Erklärungen mit der FSLN den Sturz Somozas gefordert hatte, seine unversöhnliche Feindschaft zur Regierung erklärt, nachdem sie mit den Arbeitsgesetzen, Gesetzen zur Landreform und Gesetzen zur Kontrolle des Außenhandels und der Devisenausfuhr eindeutig klarstellte, daß sie den Kapitalisten jedenfalls nicht ermöglichen würde, einfach in die Fußstapfen des Somoza-Clans zu treten. Die COSEP arbeitet mit den konservativen Kräften der katholischen Kirche und Konterrevolutionären, die von Costa Rica aus operieren, zusammen.

Somoza und seine Anhänger, die 1979 zusammen mit ihm in die USA flohen, hatten schnell eine bewaffnete Söldnertruppe aufgebaut. Sie versuchten von Anfang an, mit Terroranschlägen innerhalb und von außerhalb ihre alte Position wieder zu errichten.

Noch eine dritte Kraft fand sich zu einem Bündnis mit den US-Imperialisten gegen die Revolution bereit: die Pfaffen der mährischen Kirche, die ihre alten Positionen als Dorfoberehäupter der Indianervölker an der Atlantikküste gefährdet sahen. Sie hatten seit Jahrzehnten mit den US-amerikanischen und britischen Konzernen zusammengearbeitet, die die Gold-, Silber- und Kupferminen besaßen und die Indianervölker in den Bergwerken ausbeuteten; die bei Bedarf an Land für Bananen- und Kaffeefeldplantagen das Indianerland enteigneten, mit extensivem Landbau verwüsteten und die Indianer zu Landarbeitern preßten. Die protestantischen Pfaffen, über vielfache Bande mit den protestantischen Kirchen in den USA und Europa verbunden, besetzten die Vorstände der Indianerorganisation und schwangen sich zu vorgeblichen Hütern der Interessen der Indianer gegen die sandinistische Regierung auf. Von diesen Pfaffen, die inzwischen offen mit konterrevolutionären Söldnern zusammengehen, stammen die Greuelgeschichten über angebliche Massaker an den Indianern.

Die US-Imperialisten hatten das Somoza-Regime bis zum Schluß unterstützt, und nach dem Sturz Somozas hatte die Carter-Regierung zunächst versucht, durch Unterstützung der konservativen Kräfte in der Regierung und massive "Entwicklungshilfe" für die COSEP die Bourgeoisie zu stärken und die angeschlagenen Positionen des US-Imperialismus wieder zu festigen. In der gleichen Richtung, wenn auch nicht in so großem Umfang, waren die westeuropäischen Imperialisten tätig. Sobald allerdings feststand, daß die nikaraguanische Revolution dem Treiben der Imperialisten im Land und vor allem der US-amerikanischen Vorherrschaft energische Schranken setzte, die nikaraguanische

Regierung Verbindungen zu Staaten des RGW und Kuba aufnahm und die FSLN begann, in Regierungserklärungen als nächstes Ziel den Aufbau eines sozialistischen Nikaragua zu propagieren, verstärkten die US-Imperialisten ihre Unterstützung für die Söldner des Somoza-Clans, die sich als FDN (Demokratische Front) organisiert haben und von Honduras aus operieren, und für die konterrevolutionären Truppen der ARDE (Antisandinistische Front), die in Costa Rica ihre Basis hatten. Beide Organisationen operieren seit Juni auch offiziell gemeinsam. Sie wurden von der US-Regierung mit Waffen im Wert von mindestens 20 Mio. US-\$ ausgerüstet und verfügen nach eigenen Angaben über 18000 Soldaten. Der Terror-Krieg der Konterrevolutionäre, der nach Angaben der nikaraguanischen Regierung inzwischen über 4000 Armee- und Milizsoldaten das Leben gekostet hat, die Umsiedlung ganzer Dörfer aus der

punkt verwandelt. 3000 US-Soldaten sind dauernd dort stationiert, US-Flugzeugträger mit mindestens 12000 Soldaten kreuzen seit einem Jahr vor beiden Küsten Nikaraguas. Die USA haben den Militärpakt CONDECA, 1964 zur Bekämpfung kommunistischer Aufstände gegründet, dem bis 1979 auch Nikaragua angehörte, wiederbelebt und so Guatemala, El Salvador und Honduras in ein Bündnis gebracht, das einen förmlichen "Hilferuf" an die USA, ähnlich dem "Hilferuf" der karibischen Inselstaaten vor der US-Invasion nach Grenada, ausspielen kann. Die europäischen Imperialisten können es sich in dieser Lage leisten, den Friedensplan zu unterstützen, den die Regierungen von Mexiko, Panama, Venezuela und Kolumbien, die nach ihrem ersten Treffpunkt so genannte Contadora-Gruppe, vorgelegt haben. Dieser Plan, dem die nikaraguanische Regierung zugesagt hat, sieht den Abzug aller



Gegen die dauernden Terrorüberfälle kämpfen zur Zeit 21000 Soldaten und ca. 40000 Milizangehörige. Bild: Rückkehr von Reserve-Soldaten nach Managua, die fünf Monate im Einsatz waren.

Grenzregion zu Honduras nötig machte und immer wieder Produktionsstätten, Verkehrswege, Schulen und Krankenhäuser zerstört, hat dennoch die gewünschte Wirkung bislang nicht erzielt. Die nikaraguanische Regierung hat für den 4. November, zwei Tage vor den US-Wahlen, allgemeine Wahlen angesetzt. Die reaktionären und konservativen Parteien, die zunächst Wahlen zum Gradmesser der Demokratie erklärt hatten, wollen nicht mehr kandidieren. Sie müßten mit einer empfindlichen Wahlniederlage rechnen.

Die US-Imperialisten bereiten unterdessen die direkte Intervention vor, obwohl sie mit einem langwierigen Krieg gegen die bewaffneten Arbeiter und Bauern rechnen müssen. Sie haben das an Nikaragua angrenzende Honduras in einen US-Militärstütz-

fremden Truppen und die Einstellung aller Militärhilfe in ganz Zentralamerika vor und die Abhaltung von freien Wahlen in El Salvador und Nikaragua. US-Außenminister Shultz hat den vorliegenden Vertragsentwurf lediglich als "Verhandlungsvorschlag" bezeichnet und erklärt, es gebe keine Möglichkeit, seine Einhaltung zu kontrollieren, außerdem sei bei Entfall der US-Waffenhilfe die Regierung Duarte in El Salvador gefährdet.

Die westdeutsche Friedensbewegung ruft dazu auf, am 3. November in Bonn gegen die Interventionsvorbereitungen der USA zu demonstrieren.  
(1) siehe dazu: Roter Morgen, Nr. 40/84; weiterer Quellenhinweis: Archiv der Gegenwart, Nr. 17, 22, 33, 35/84; T. Barry, B. Wood, D. Preusch, Dollars & Dictators, Albuquerque 1982 – (uld, her)

## DDR-Westhandel

DAS "ÜBERHOLEN" IST GESCHEITERT,  
DIE SCHULDEN SIND HOCH

Am 2. Oktober hat die Bundesregierung eine "Zwischenbilanz" über ihre Arbeit in den letzten zwei Jahren vorgelegt. Darin schreibt sie: "Der innerdeutsche Handel bildet eine wichtige Klammer für die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR ... Mit dem im Sommer vergangenen Jahres von den Banken gewährten und von der Bundesregierung garantierten Milliardenkredit an die DDR und mit dem jüngsten Bankenkredit von 950 Millionen Mark konnten entscheidende Anstöße für eine Fortentwicklung der innerdeutschen Beziehungen auf breiter Ebene gegeben werden."

Unter der Rubrik "Konkrete Fortschritte für die Menschen" zählt der Bericht eine Reihe von vollendeten oder noch laufenden Erpressungen auf. Die Regierung der DDR habe sich zu einer Minderung der Kontrollen an ihrer Grenze drängen lassen, der Reiseverkehr sei erleichtert, der Mindestumtauschsatz sei gesenkt worden und die Aufenthaltsdauer bei Besuchstreisen verlängert. Auf Drängen der Bundesregierung habe die DDR mit dem Abbau der Selbstschußanlagen begonnen.

Mußte die Regierung der DDR diese – wenn auch geringen – Zugeständnisse machen, weil sonst die Kreditgeschäfte geplatzt wären? War die DDR auf diese Kredite angewiesen? Wie westabhängig ist die DDR durch die Ausweitung des Handels mit den imperialistischen Ländern geworden?

Seit Ende der sechziger Jahre hat die DDR den Handel mit diesen Ländern von 6 000 Millionen Valuta-Mark 1968 auf 40 845 Millionen Valuta-Mark 1982 sprunghaft ausgedehnt. Die Regierungen der Länder des RGW beabsichtigten, mit einer solchen Politik der "wirtschaftlichen Zusammenarbeit" mit den kapitalistischen Ländern einen "entscheidenden Einfluß auf das Weltgeschehen" auszuüben. "Wirtschaftspolitik wirkt in diesem Sinne als friedenserhaltender, die internationale Zusammenarbeit von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung fördernder Faktor." "Diese Zusammenarbeit dient der Entwicklung des real existierenden Sozialismus, da die Ausnutzung der internationalen Arbeitsteilung für die Produktivkraftentwicklung der sozialistischen Länder von Vorteil und unumgänglich ist." (1) Geplant war, so die Überlegenheit der sozialistischen Planwirtschaft zur Geltung zu bringen, die Wirtschaft der kapitalistischen Länder zu überholen und so dort die Bedingungen für einen "friedlichen Übergang zum Sozialismus" zu ver-

bessern.

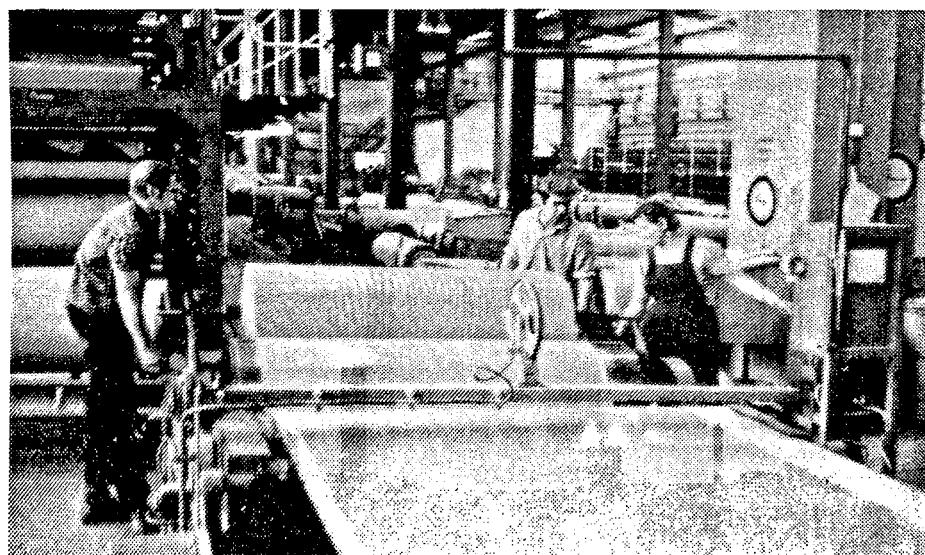
Die Hoffnung, mit Krediten Importe zu finanzieren, die eine rasche Produktivitätssteigerung und somit schnelle Rückzahlung der Kredite ermöglichen, hat sich nicht erfüllt. Die Nettoverschuldung der DDR stieg von 1,4 Milliarden US-Dollar 1971 auf 12 Milliarden US-Dollar 1981. Im selben Jahr mußte die DDR von 5,46 Mrd. US-Dollar Exporterlösen allein für Zinszahlungen 1,29 Milliarden Dollar aufbringen.

Die DDR konnte mit ihren Exporten in die kapitalistischen Ländern nicht die gewünschten Erlöse erzielen. In wichtigen Teilbereichen ihres Exports ist sie sogar zu erheblichen Preiszugesständnissen gezwungen. Das "Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung" deutet für die landwirtschaftlichen Produkte an, warum: "Ein großer Teil der hohen Produktionskosten in der DDR beruht auf der wirtschaftspolitischen Entscheidung, die Einkommen der in der Landwirtschaft Tätigen zu erhöhen. Die DDR kann somit kaum damit rechnen, daß sie diese

Schichtarbeit viel geringer ist als in den kapitalistischen Ländern.

Anstrengungen der Führung der DDR, die Exportgüterindustrie zu stärken, führten zu Einseitigkeiten in der Produktion und in einigen Industriezweigen zur Zerstörung des Produktionszusammenhangs. Nicht wenige Produktionsbereiche sind von Lieferungen aus den imperialistischen Ländern abhängig, insbesondere aus der BRD, die 1982 64% aller Waren aus imperialistischen Ländern lieferte.

Die westdeutschen Imperialisten verfolgen die Entwicklung dieser Abhängigkeit sehr genau. So hat das DIW eine Untersuchung über "die Bedeutung des Innerdeutschen Handels für die Wirtschaft der DDR" durchgeführt. Darin stellt es die Abhängigkeiten der verschiedenen Industriebranchen der DDR von Vorprodukten, die aus der BRD geliefert werden, zusammen. Danach werden z.B. in der Chemischen Industrie der DDR 6% aller Vorleistungen, die aus der Branche der Chemischen Industrie kommen, 11% der Vorprodukte aus der Metallurgie und 8% der notwendigen Produkte aus dem Maschinenbau aus der BRD geliefert. Ebenso liefert sie an brachenmäßig untergliederten Vorerzeugnissen



Im Chemiekombinat Buna werden Fußbodenbeläge für den Handel mit den kapitalistischen Ländern produziert.

aus einkommenspolitischen Gründen überhöhten Erzeugerpreise auch in ihrem Außenhandel erlöst." Das bedeutet, daß die leitende Klasse in der DDR die Löhne in der Landwirtschaft auf das gleiche elend niedrige Niveau wie in Westdeutschland drücken müßte, um Konkurrenzfolge erzielen zu können. Ähnliches gilt auch für die anderen Wirtschaftszweige. Die Erfolge im Export blieben aus, weil in der DDR der Raubbau an der Gesundheit der Arbeiter durch unzumutbare Intensität der Arbeit, durch Nacht- und

in der:

- Energieindustrie bis zu 9%
- Metallurgie bis zu 6%
- Maschinenbauindustrie bis 4%
- Elektroindustrie bis zu 6%
- Handel bis zu 11%
- Übrige Industrien bis zu 23%
- Besonders gefährlich ist die Abhängigkeit der Fleischproduktion von westlichen Futtermittellieferungen, die 17,3% des Bedarfs decken.
- Weil sich diese Importe zur Sicherstellung der laufenden Produktion kurz- und mittelfristig kaum ein-

schränken lassen, bleiben der DDR kaum noch Mittel zum Einkauf solcher hochentwickelten Technologie, deswegen sie ursprünglich den Handel mit den westlichen Ländern überhaupt ausgedehnt hatte. Der Kauf solcher Anlagen und Maschinen ist rückläufig.

Das Konzept der DDR-Führung ist also ganz offensichtlich gescheitert. Die Folge davon ist eine gewachsene Abhängigkeit der Wirtschaft der DDR von den Imperialisten. Die leitende Klasse in der DDR befindet sich in einer schwierigen Lage. Sie muß vermeiden, daß die Imperialisten ihre Verschuldung ausnutzen, die Produktion behindern, Versorgungsschwierigkeiten provozieren und so Unruhe schüren. Deshalb muß sie Zumutungen, wie sie im Bericht der Bundesregierung aufgezählt sind, hinnehmen. Um in der Konkurrenz besser dazustehen, hat die Führung der DDR in den letzten fünfzehn Jahren zwar Schicht- und Nachtarbeit ausgedehnt und die Arbeit intensiviert. Sie kann aber keine erhebliche Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse er-

zwingen, ohne ihre Herrschaftslegitimation, die ja gerade darin besteht, daß die Lebensverhältnisse der Arbeiter besser als unter kapitalistischer Herrschaft sind, zu gefährden.

Obwohl die DDR-Regierung in der Theorie nach wie vor eine weitere Ausdehnung des Handels mit den westlichen Ländern anstrebt, ist sie mehr und mehr bestrebt, ihre Verschuldung abzubauen und bestehende Abhängigkeiten zu mildern. Sie konnte die Schulden in den letzten Jahren senken und ihren Handel auf mehr kapitalistische Länder verteilen, den Handel mit den Entwicklungsländern steigern und in Zusammenarbeit mit dem RGW Störungen im Wirtschaftsablauf vermeiden.

Im Gegensatz zu Ländern, die sich in weitgehender Abhängigkeit von den Imperialisten befinden, macht die DDR-Regierung keine prinzipiellen Zugeständnisse. "Versuche, mittels ökonomischer Zusammenarbeit auf das sozialistische Gesellschaftssystem Einfluß zu nehmen — etwa auf die sozialistische Planwirtschaft oder



Kohl, Bush und Weizsäcker begutachten am 1.2.1983 die DDR

das Außenhandelsmonopol des sozialistischen Staates — werden konsequent zurückgewiesen." (1)

(1) Günter Söder, Gesellschaftliche Aspekte der Wirtschaftsstrategie der SED in "Einheit" 6/84. Weitere Quellenhinweise: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Sonderheft 138, 1983; DDR-Handbuch, rororo; Statistisches Jahrbuch der DDR 1983; Berichte des ZK der SED an den VII., VIII., IX. und X. Parteitag; Gesetz über den Fünfjahrplan der Volkswirtschaft der DDR 1981 bis 1985. — (clm)

### AUSSENHANDEL DER DDR (in Mrd. Valuta-Mark)

	1960	1970	1975	1980	1981	1982
Einfuhr						
Alle Länder	9,22	20,36	39,29	62,97	67,00	69,88
RGW-Länder	6,13	13,45	24,95	37,92	42,80	45,77
kapitalist. Länder	2,03	5,44	11,45	19,19	19,76	19,06
dar. BRD u. Westberlin	0,90	2,16	3,49	4,91	5,38	6,14
Entwicklungsländer	0,40	0,70	1,68	3,69	2,33	2,97
Ausfuhr						
Alle Länder	9,27	19,24	35,10	57,13	65,93	75,23
RGW-Länder	6,37	13,21	24,33	37,38	41,55	45,73
kapitalist. Länder	1,87	4,21	7,92	13,77	18,08	21,79
dar. BRD u. Westberlin	1,01	1,89	2,98	5,17	5,67	6,39
Entwicklungsländer	0,39	0,81	1,50	3,64	4,21	5,46

### VERSCHULDUNG DER DDR

	in Mrd. US-Dollar					
	5,67	7,32	8,72	9,93	10,19	8,39
Ges. Nettoverschuldung	0,30	0,43	0,71	1,06	1,37	0,90
Zinszahlungen	2,51	2,86	3,57	4,52	5,45	6,27
Relationen						
Nettoverschuldung	je Einwohner in US-\$	338	437	521	593	609
in % der Exporte (1)		226	256	244	220	187
Zinszahlungen	in % der Exporte (1)	12	15	20	23	25
						14

(1) Exporte in die kapitalistischen Länder

Quellenhinweis: Statistische Jahrbücher der DDR; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Handbuch der DDR-Wirtschaft, erscheint Dez. 1984 bei rororo (Fahnenabzug)

### Azania

#### FRAUEN IM BEFREIUNGSKAMPF

Von Ende Oktober bis Ende November wird die Azania-Koordination in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis AKAFRIK Münster eine Informationsreise mit einer Vertreterin der Schwarzen Frauenorganisation Black Women Unite durchführen.

"Die Black Women Unite ist eine Black Consciousness (Schwarzes Bewußtsein)-Gruppe, der es hauptsächlich um die Rolle der Frauen im nationalen Befreiungskampf geht. Sie führt Programme und Projekte in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Ernährung durch." "Die Vertreterin wird über die Lage der Frauen und Familien in den Zwangsumsiedlungsgebieten berichten und Fragen zur aktuellen Situation in ihrem Land beantworten. Weitere Themen sind Streiks und Demonstrationen der letzten Wochen zur "Verfassungsreform" und zu den Schülerstreiks, bei denen mehr als 30 Schwarze von der Polizei ermordet wurden." (aus einem Flugblatt der Azania-Koordination vom September 1984).

Die schwarzen Frauen in Azania führen einen langandauernden Kampf gegen das weiße Rassistenregime, das

den Schwarzen das Land weggenommen hat. Paßgesetze und Polizeiapparat sind Instrumente des Rassistenregimes, um die schwarzen Frauen als billige Arbeitssklaven in den Homelands zu halten. Für die riesige Reservearmee der Frauen in den Homelands steht nur die Arbeit auf den Farmen der weißen Ausbeuter offen. Die Mehrheit der Frauen in den Städten fristen ein elendes Leben als Hausangestellte bei weißen Siedlern. Ihre eigenen Kinder leben von ihnen getrennt. Der Lohn beträgt oft nur 10 Rand. 12% der Frauen in den Städten arbeiten in Fabriken, wie Nähereien oder in der Möbel- und Elektroindustrie. 57% der afrikanischen Frauen leben derzeit in den Homelands, abgeschoben und getrennt von ihren Männern und Freunden in den Städten.

Schon im Jahr 1913 haben die schwarzen Frauen gegen die Paßgesetze protestiert. 1952 führten die Frauen die Defiance Campaign (die Trotz-Kampagne) gegen die Gesetze des weißen Rassistenregimes durch. Schwarze setzten sich auf Parkbänke mit der Aufschrift "Nur für Europäer". Seit 1960, dem Massaker von Sharpville, nach der Bannung von ANC und PAC, schlossen sich die schwarzen Frauen dem bewaffneten Kampf an. Es wurden Frauenorganisationen verboten, Frauen gebannt und eingesperrt. Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre nahm die Frauenbewegung einen neuen Aufschwung. Sie kämpft gegen Zuzugskontrollen, steigende Lebenshaltungskosten, elende Wohnbedingungen, für Kindergärten und Schulen. Der Kampf der schwarzen Frauen für ihre Befreiung ist ein Teil des nationalen Befreiungskampfes. — (anr)

## Ägypten

### PREISERHÖHUNGEN ZURÜCKGENOMMEN

Nach großen Arbeiterdemonstrationen am 30. September in Kafr El Dau war nahe Alexandria nahm die ägyptische Regierung unter Präsident Mubarak Preiserhöhungen für die staatlich subventionierten Grundnahrungsmittel zurück. Zwei Tage später erhöhte sie die Steuern für höhere Einkommensklassen.

Um die Subventionen gibt es seit mehreren Jahren Auseinandersetzungen zwischen Ägypten und internationalen Organisationen wie dem Weltwährungsfond, geführt von den US-Imperialisten. Dahinter steht der Versuch des imperialistischen Kapitals, besser in Ägypten eindringen zu können.

Fast 70% der Industrieproduktionen werden im staatlichen Bereich hergestellt. Staatliche Betriebe bildeten die Grundlage der Industrialisierung

Ägyptens seit dem Sturz des Königs Faruk im Jahre 1953. Der öffentliche Bereich beschäftigt mehr als vier Millionen der insgesamt etwa 10 Mio. Werktätigen des Landes (einschließlich der Armee von 450.000 Mann).

Die Löhne im staatlichen Bereich sind aber erbärmlich niedrig, ein Industriearbeiter verdient etwa 130 Ägyptische Pfund im Monat, das sind circa 320 DM.

Diese niedrigen Löhne sind aber begleitet von Arbeitsgesetzen, die im staatlichen Bereich bestimmte Rechte garantieren, z.B. ist es sehr schwierig, einen Arbeiter zu entlassen. Universitätsabgänger und diejenigen, die ihren Wehrdienst abgeleistet haben, müssen einen Arbeitsplatz in einem staatlichen Betrieb erhalten. Außerdem gibt es (für alle Beschäftigten) verpflichtende Sozial- und Krankenkassen.

Möglich sind die Niedrigstlöhne überhaupt nur, weil Grundnahrungsmittel wie z.B. das Fladenbrot bezuschußt sind. Es kostet einen Piaster, das sind etwa 2,5 Pfennig.

Der Versuch der Regierung, die Subventionen abzubauen, traf also einen großen Teil der Arbeiterklasse. Mubarak handelte unter zunehmendem Druck, vor allem von den USA, die gern den "privaten Bereich" stärken wollen.

Seit 1973 betreibt Ägypten eine "Politik der offenen Tür". Ausländisches Kapital kann im Land angelegt werden, solange Ägypter mehr als 50% des Kapitals einer Firma halten. Die Folge war, daß — neben und gegen die Offiziers- und Beamenschicht, die den staatlichen Bereich leitet — eine Klasse von Privatkapitalisten entstand, die schnell ungeheure Profite einsackte und jetzt auf weitere "Liberalisierung" drängt. Für diese Betriebe der "offenen Tür" gelten die Beschäftigungs-Schutzgesetze nicht. Aber sie zahlen in der Regel weitaus höhere Löhne als die staatlichen Firmen.

Die Folge: Die staatlichen Betriebe (deren Leiter nicht besser bezahlt werden als ein qualifizierter Angestellter in einem Privatbetrieb) leiden noch stärker unter der Auszehrung qualifizierter Arbeitskräfte, die schon bisher zu großer Zahl in andere arabische Länder als Arbeitskräfte gingen. Andererseits fühlen sich die Privatkapitalisten durch Preiskontrollen und Versuche, die Produktion zu planen, beeinträchtigt. Abschaffung des staatlichen Sektors, Überführung in Privateigentum und Abschaffung der Subventionen ist ihr Schlachtruf, Marktkräfte müßten diese Preise regeln. Denn die gegenwärtigen Regelungen "fördernden Konsum" (Handelsblatt) der Arbeiter in Ägypten.

Quellenhinweis: Handelsblatt, S. u. 9. 10., BFAI Marktinformation, Ägypten - Wirtsch. Entw. 1983 - (hef)

## Philippinen

### DIE ARMEE HAT AQUINO EXEKUTIERT

Mehr als 13 Monate nach der Ermordung des philippinischen Oppositionsführers Benito Aquino auf dem Flughafen von Manila, als er nach drei Jahren Exil aus den USA zurückkehrte, sind die Ergebnisse der von Präsident Marcos eingesetzten Agrava-Kommission über den Mord an Aquino teilweise bekanntgeworden. Entgegen der vom Marcos-Regime gleich nach dem Mord veröffentlichten Version, daß ein politischer Extremist namens Guzman den Mord verübt hätte, lastet die Kommission nach ihren Untersuchungen Militärcräisen die Verantwortung für den Mord an. Noch gleich auf dem Flughafen hatten Soldaten



Demonstration am 21. August dieses Jahres in Manila

den angeblichen Mörder Guzman erschossen und damit einen möglichen Zeugen beseitigt. Dessen Frau wurde Tage darauf zum Generalstabschef Ver geladen und ist seitdem verschwunden. Philippinische Regierungsbeamte wie auch Beamte des US-Außenministeriums gehen übereinstimmend davon aus, daß Generalstabschef Ver zusammen mit der Präsidentengattin Imelda Marcos höchstpersönlich den Mord an Aquino veranlaßte aus Furcht, Aquino könnte mit US-Unterstützung die bürgerliche Opposition einigen und die Nachfolge des kranken Diktators Marcos für sich entscheiden. Aquino als erstes Opfer des Machtkampfes innerhalb der Marcos-Clique?

Zwangsläufig wird die Veröffentlichung des Agrava-Berichtes die Auseinandersetzungen in der Marcos-Clique und innerhalb der herrschenden Klassen auf den Philippinen, der Großgrundbesitzer und der Kompradorenbourgeoisie, noch einmal verschärfen und die Stabilität des angeschlagenen Regimes weiter erschüttern. Wie wenig Vertrauen die Stützen des Regimes noch in die Zukunft der Marcos-

Diktatur haben, beweist der illegale Kapitalabfluß, der auf jetzt fünf Millionen US-\$ täglich geschätzt wird, sowie der Rückgang der Investitionstätigkeit 1984 gegenüber dem Vorjahr um über 30%. Gleichzeitig ist das Regime immer weniger in der Lage, die Massenbewegung zum Sturz der Diktatur durch Verbote und durch Polizei- und Armeeinsatz zu unterdrücken.

Am Jahrestag der Ermordung Aquinos, am 21. August, demonstrierten in Manila eine halbe Million Menschen gegen das Regime. Das Regime hatte die Demonstration zunächst verboten, mußte das Verbot aber schließlich aufheben. Auf der Demonstration überwogen zum ersten Mal rote Fahnen und revolutionäre Parolen; gemäßigte Oppositionspolitiker wie der kürzlich von US-Vizepräsident Bush empfangene Senator Laurel wurden ausgebuht. Das von der US-Regierung und Präsident Marcos mit der Wahlfarce vom Mai dieses Jahres verfolgte Kalkül, die Oppositionsbewegung zu spalten und die Linke, insbesondere die Kommunisten zu isolieren, ist bislang offensichtlich nicht aufgegangen.

Nach einer neuen CIA-Studie, die nach dem für die US-Regierung unerwarteten Verfall des Marcos-Regimes in Auftrag gegeben worden war, kontrolliert die kommunistische Neue Volksarmee inzwischen 17% aller Dörfer und Landstädte auf den Philippinen; die Kommunistische Partei hat außerdem ihren Einfluß in den großen Städten des Landes innerhalb der letzten zwölf Monate rapide ausgebaut. Die Studie rät dazu, daß die US-Armee dringend nach neuen Basen im Pazifik Ausschau halten soll – als Ersatz für den Luftwaffenstützpunkt Clark und die Marinebasis Subic Bay bei Manila.

Quellenhinweis: Far Eastern Economic Review, 30.8. und 4.10.84; Economist, 22.9. – (wom)

## Frankreich

### ERFOLGE DER RENAULT-ARBEITER

Auch unter schwierigen ökonomischen und ideologischen Bedingungen sind Kampferfolge möglich. Das haben die Arbeiter des zweitgrößten französischen Automobilkonzerns Renault mit ihren jüngsten Streiks bewiesen. Am 20.9., zwei Wochen nach der Niederlage der Citroen-Belegschaft (s. Politische Berichte 19/84), stellten die Produktionsarbeiter im Renault-Werk Le Mans die Bänder ab. Der Anlaß schien eher geringfügig – die Werksleitung wollte alle Beschäftigten zwingen, ihre fünfte Urlaubswoche zwischen Weihnachten und Neujahr zu nehmen – die Forderungen der Arbeiter gingen dann jedoch erheblich über diesen

Punkt hinaus: Die Geschäftsleitung solle alle Entlassungspläne aufgeben sowie in Verhandlungen über Lohnerhöhungen eintreten.

Nach zwei Tagen Streik gab der Konzern bei Urlaub und Arbeitsplätzen eine Garantieerklärung ab und versprach eine einmalige Sonderprämie von 300 FF. Der Ausstand wurde beendet. Doch schon am 21.9. hatten die Lohnabhängigen fünf anderer Werke mehrstündige Warnstreiks durchgeführt, die an den folgenden Tagen auf nahezu alle Betriebsstätten des Konzerns übergriffen. Die Forderungen waren mit denen von Le Mans identisch, wobei der Gesichtspunkt des ungenügenden Lohns im Verlaufe der Streiks immer mehr in den Vordergrund trat. Organisiert wurden die Kämpfe vor allem von der Gewerkschaft CGT, aber auch die (rechtssozialdemokratische) force ouvrière (FO) unterstützte die Lohnforderungen. Seit Beginn des Jahres hatte das Renault-Kapital ganze zwei Prozent Lohnerhöhung zugestanden, die in vielen Fällen allein durch die Anfang September staatlicherseits verfügten Tariferhöhungen für Telefon, Elektrizität und bei den Verkehrsbetrieben

aufgefressen wurden.

Noch Anfang Oktober wußte die bürgerliche Presse zu berichten, daß "die große Mobilisierung der CGT nicht gelungen" sei. Tatsächlich aber stand die Konzernleitung von vornherein unter starkem Druck, u.a. da soeben die Produktion des neuen Modells des R 5 angelaufen war und nun starke Verluste gegenüber der Konkurrenz drohten. Die relative Geschlossenheit von Arbeitern und Gewerkschaften gab dann den Ausschlag: Am 3.10. verkündete Generaldirektor Hanon: 1. Renault zahlt ab 1.10. 1% mehr Lohn und zusätzlich eine Prämie von 320 FF für alle; Verhandlungen über weitere Lohnerhöhungen beginnen am 4.10. 2. Die fünfte Urlaubswoche kann von den Beschäftigten nach Belieben genommen werden. 3. Die geplanten technologischen Umwälzungen werden ohne Entlassungen durchgeführt. In einigen Werken wurde zudem die geplante Kurzarbeit annuliert. *l'Humanité*, die Zeitung der PCF, titelte am folgenden Tag: "Nach dem Streik – Wachsamkeit". Dies dürfte die Lage und die Erfordernisse ziemlich genau charakterisieren.

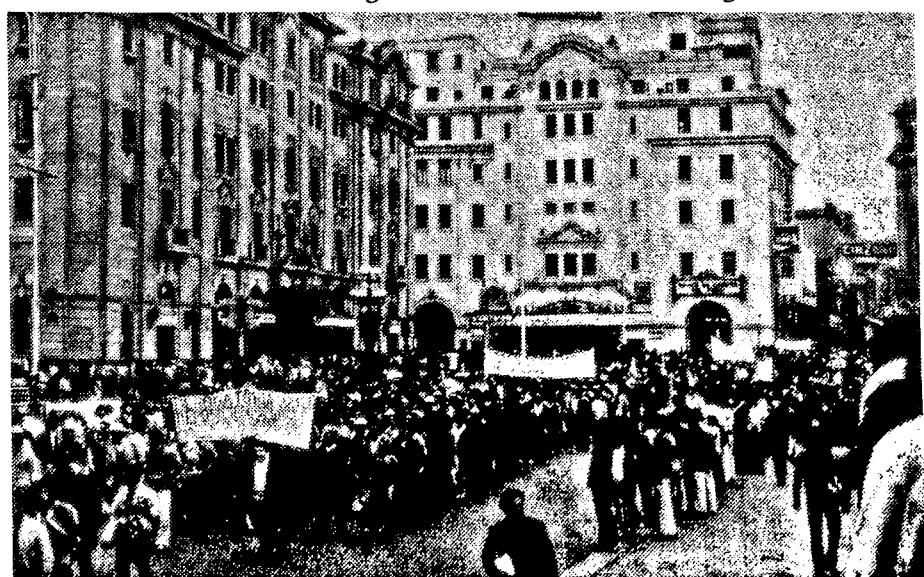
Quellenhinweis: *l'Humanité* – (pel)

## Sozialistische Internationale

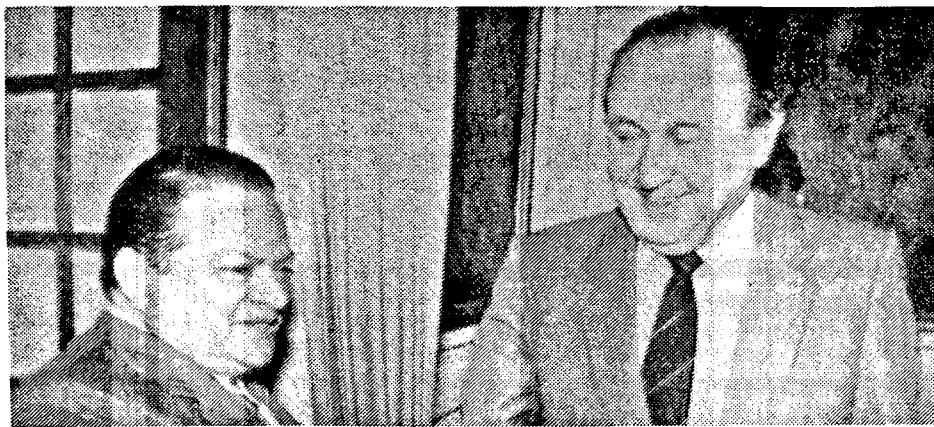
### GRUNDSÄTZE ZUR AUFRECHTERHALTUNG DER VERSCHULDUNG DER ENTWICKLUNGSLÄNDER

Am 1. Oktober 1984 tagte das Büro der Sozialistischen Internationale erstmals außerhalb Europas, nämlich in der Hauptstadt Brasiliens. Von der Universität in Rio de Janeiro erhielt der Vorsitzende der SI, Willy Brandt, den Ehrendoktor wegen seiner "außergewöhnlichen Verdienste um den Frieden". Brandt legte bei Entgegennahme dieser Würde die Ziele der SI bezüglich der Entwicklungsländer dar. Die Industriestaaten müßten zu folgenden

Hilfsmaßnahmen greifen: finanzielle Unterstützung seitens der Regierungen, neue Finanzmittel der privaten Banken, längere Fristen für die Rückzahlung der Kredite, direkte ausländische Investitionen in den Entwicklungsländern. Die Schuldnerländer müßten die Möglichkeit erhalten, ihre Exporte zu steigern, sonst sei an Schuldenabbau nicht zu denken. Der internationale Währungsfonds (IWF) sei reif für eine "tiefgreifende Struk-



Demonstration gegen IWF-Programme in Peru 1979



"Eine gute Grundlage für unseren europäischen Auftrag, zum Frieden in aller Welt beizutragen", hat Genscher die am 28. und 29.9. in Costa Rica durchgeführte Konferenz der EG mit den zentralamerikanischen Staaten Costa Rica, Guatemala, Honduras, El Salvador, Nikaragua und Panama sowie mit Mexiko, Kolumbien und Venezuela genannt. Wichtigstes Ergebnis der Konferenz: Die EG strebt ein Abkommen über "handelspolitische, wirtschaftliche und entwicklungspolitische Zusammenarbeit" mit den sechs zentralamerikanischen Staaten an. Vorbedingung ist "ausreichender Investitionsschutz" für imperialistisches Kapital sowie – in Nikaragua – "freie Wahlen". Die BRD-Imperialisten wollen sich mit EG-Hilfe in Zentralamerika stärker festsetzen. Bild: Genscher und der Regierungschef Costa Ricas, Monge. – (rül)

### GM-TARIFVERTRAG ANGENOMMEN

Mit 57% Ja-Stimmen und 43% Nein-Stimmen haben die Mitglieder der US-Automobilarbeitergewerkschaft UAW bei General Motors dem neuen Tarifvertrag zugestimmt. Der Dreijahres-Vertrag sieht eine sofortige Lohnerhöhung vor, gestaffelt von 1% für ungelernte Arbeiter bis 3,5% für hochqualifizierte Facharbeiter. In den nächsten beiden Jahren zahlen die Kapitalisten nur jeweils einen Abschlag von 2,25% auf den jährlichen Lohn. GM wird in den nächsten sechs Jahren einen Fonds mit 1 Mrd. Dollar für Umsetzung und Umschulung von entlassenen Arbeitern einrichten. Dabei ist festgelegt, daß die Kapitalisten und

die UAW in den einzelnen Betrieben Vorschläge entwickeln, "um die Effektivität der Produktion zu verbessern." – (gba)

### USA: INDIANERFÜHRER VERURTEILT

Am 8.10. hat ein Gericht in Custer (South Dakota) den Indianerführer Dennis Banks zu drei Jahren Haft verurteilt. Banks hatte 1973 an der Besetzung von Wounded Knee und an einer Kundgebung in Custer teilgenommen. 1975 war er daraufhin unter fadenscheinigen Vorwürfen verurteilt worden. Seitdem war er auf der Flucht, bis er vor wenigen Wochen festgenommen wurde. 1,4 Mio. Menschen hatten die Zurücknahme des Urteils gegen Banks gefordert. – (rül)

turreform". Bei seinen Auflagen müsse er die sozialen Verhältnisse stärker berücksichtigen. Diese dürften sich nicht verschlechtern und die Reallöhne nicht sinken. Von einer Steigerung der Löhne sprach Brandt nicht. Nur die weitere Senkung zu verhindern, ist angesichts zahlreicher Hungerrevolten, die der IWF durch seine Auflagenpolitik zu verantworten hat, starker Zynismus.

Brandt erklärte, die Sozialistische Internationale wolle Lateinamerika neben Europa zu ihrem "zweiten Pfeiler" machen. Die Auslandsschulden der lateinamerikanischen Staaten sind auf über 350 Milliarden Dollar angewachsen. In Peru gab Brandt den Vorschlag der SI zur Lösung dieses Problems bekannt: 1. Zahlungsaufschub für die ärmsten Länder, 2. Höchstgrenze für die Schuldzinsen, 3. Kopplung des Schuldendienstes an die Exporteinnahmen dieser Länder. Dieses Konzept entspricht dem langjährigen

Bemühen der SI, sich auch politisch in diese Länder einzumischen und nach Kräften solche Regierungen zu fördern, die garantieren, daß die Kuh nicht krepiert, die auf unabsehbare Zeit gemolken werden soll. Der von den Entwicklungsländern erhobenen Forderung nach Schuldenstreichung, die für die ärmsten Länder sofort nötig wäre, stehen Brandt und Konsorten feindlich gegenüber, wie auch ihr ganzer Plan vom Standpunkt eines Gläubigers entwickelt ist, der Zinsen eintreiben will und die Bedingungen diktiert, unter denen er die Eintreibung für gesichert hält. Das ganze Geschrei, daß Protektionismus nicht geduldet werden solle, richtet sich nicht gegen die imperialistischen Länder, die schon immer an billigem Import von Rohstoffen und Waren interessiert waren, sondern gegen Bestrebungen der Entwicklungsländer, den Import von bestimmten Waren und von Kapital zu verhindern. Daraus erklärt

### ITALIEN: VEREINIGUNG AUF DER LINKEN

Die Partei der proletarischen Einheit PdUP will sich in die KPI auflösen. Dafür hat sich nach einer Konsultation der Mitgliedschaft die Leitung der PdUP ausgesprochen. Endgültig wird eine Delegiertenkonferenz entscheiden. Über die Modalitäten des Beitritts werden jetzt Verhandlungen mit der KPI geführt, die den Beschuß begrüßt hat. – Die PdUP ist mit knapp 10000 Mitgliedern die zahlenmäßig größte Kraft der italienischen revolutionären Linken. Sie ist 1973 aus der Vereinigung der 1969 aus der KPI ausgeschlossenen Gruppe "Manifesto" mit einem Teil der früheren linksozialistischen PSIUP, der viele linke Gewerkschafter angehörten, entstanden. 1981 hatte sich der MLS, der aus



der ML-Bewegung kam, der PdUP angeschlossen. Seitdem die KPI 1981 den Kurs eines "historischen Kompromisses" mit den Christdemokraten aufgegeben hat, haben sich PdUP und KPI angenähert. Bei den Parlamentswahlen 1983 hat die PdUP auf den KPI-Listen kandidiert und (wie vorher allein) sechs Mandate errungen. – (ulg)

sich schließlich der Schrei der Sozialdemokraten, daß die Rüstung in die Auflagenpolitik des IWF einbezogen werden müsse. Denn wo Handel und Wandel friedlich gedeihen sollen, begiehen die Entwicklungsländer, die sich verteidigungsfähig machen, einen Affront gegen den Frieden.

Für die westdeutsche Sektion der SI und die speziellen Interessen ihrer Bourgeoisie legte sich die Parlamentsfraktion der SPD ins Zeug anlässlich der Debatte der Regierungserklärung über die Jahresversammlung des IWF am 3.10. im Bundestag. Die SPD-Abgeordnete Matthäus-Maier erklärte, sie sei weitgehend einverstanden mit den Ergebnissen der Konferenz, was die Aufstockung von Sonderziehungsrechten und die Verlängerung des sogenannten erweiterten Zugangs betreffe. Leider fehle eine "politische Lösung" des Schuldenproblems. Zu der von der SPD geforderten, aber von der IWF-Tagung bereits

## TÜRKEI: ILYAS HAS HINGERICHTET

Am Morgen des 7.10. wurde Ilyas Has, Angeklagter im Dev Yol Prozeß in Izmir, hingerichtet. Hidir Aslan, der schon am 6.7.81 zum Tode verurteilt worden war und dessen Todesurteil nun vom türkischen Parlament bestätigt wurde, droht ebenfalls die Ermordung. In der BRD gab es zahlreiche Proteste. U.a. forderte das NRW-Koordinationsbüro "Marsch gegen Rassismus" sofortige Generalamnestie und Einstellung der Türkeihilfe durch die Bundesregierung. — (eve)

## SPANIEN: KAPITALISTEN ERZWINGEN SOZIALPAKT

Der Abschluß eines "Sozialpaktes" zwischen dem Kapitalistenverband (CEO), der Gewerkschaft der regierenden PSOE — der UGT — und der Regierung steht nach fünfmonatigen Verhandlungen vor der Unterzeichnung. Am 20.10. will die UGT endgültig über ihre Zustimmung entscheiden. Der Generalsekretär der Comisiones Obreras (CCOO) verurteilte den Vertrag als eine "schwere Verantwortungslosigkeit in einem Land mit 2,7 Mio. Arbeitslosen", denn der "Pakt" enthält als Hauptpunkte die Erleichterung von Massenentlassungen und die Festsetzung einer Lohnleitlinie für 1985/86. Massenentlassungen nach "Europäischem Recht", ohne die bisherige Genehmigungspflicht, waren das wichtigste Verhandlungsziel der Kapitalisten. Als Lohnleitlinie wurden 5,5 bis 7,5 % für 1985 und 6 % für 1986 beschlossen. Die Inflationsrate: 10 bis 12 %. Jetzt versuchen Kapitalisten und Regierung, die Comisiones Obreras doch noch unter den "Pakt" zu nötigen, weil er sonst die zu erwartenden gewerkschaftlichen Kämpfe auch nicht ver-

hindern würde. Sofort nach der Unterzeichnung des vorläufigen Abkommens gab die Regierung bekannt, daß in den Stahlbetrieben demnächst 8 000 Lohnabhängige entlassen werden sollen. — (chc)

## TORY-PARTEITAG: THATCHER ANGESCHLAGEN

"Wir müssen nur einmal, Margaret Thatcher muß immer Glück haben". Mit dieser Mitteilung deutete die IRA nach der Bombenexplosion im Grand Hotel in Brighton an, daß sie ihre Angriffe gegen die britische Regierung

solang fortsetzen will, solange Nordirland britische Kolonie ist. Nicht nur wegen der Bombe wirkte Margaret Thatcher angeschlagen. Der Streik der Bergleute hat nicht, wie die Regierung vorhersagte, nach zwei Monaten mit einer verheerenden Niederlage geendet. Die kritischen Anmerkungen der Bischöfe gegen Thatcher zeigen, daß die Tory-Regierung Probleme mit ihrem traditionellen Klientel hat. Die Arbeitslosigkeit trifft inzwischen mehr Angestellte, die nördlichen Bezirke veröden. Die Arbeitslosigkeit beträgt 13,5 %. — (hef)



Die britische Kohlebehörde mußte im Streik der Bergarbeiter inzwischen in einem wichtigen Punkt nachgeben. Sie stimmte am 12.10. "im Prinzip" einer Regelung zu, nach der sie nicht allein über Zechenstillegungen bestimmt, sondern Schließungen von gemeinsamen Kommissionen aus Gewerkschaft, Kohlebehörde und dem staatlichen Schlichtungsausschuß ACAS Zeche für Zeche beraten werden. Ob dabei etwas für die Bergarbeiter herauptspringt, wird man sehen. Jedenfalls kann eine solche Regelung ein Ende des acht Monate alten Streiks bedeuten. Denn die Kohlebehörde hatte bis jetzt darauf bestanden, daß sie allein aus ökonomischen Gründen Stillegungen vornehmen kann. Die NUM war gegen Stillegungen, es sei denn, die Zechen seien erschöpft. Bei Redaktionsschluß stand die Antwort der NUM noch aus. — Weil der Streik illegal sei, hat ein Londoner Gericht die NUM zu 76000 DM und den NUM-Präsidenten Arthur Scargill zu 3800 DM Geldstrafe verurteilt, denn NUM und Scargill haben weiter öffentlich zum Streik aufgerufen. Weitere Geld- und Gefängnisstrafen können folgen, wenn die Gewerkschaft den Streik trotz des Gerichtsurteils nicht einstellt. — (hef)

abgelehnten Schuldenkonferenz erhob sie drei Forderungen: gemeinsames Vorgehen gegen die hohen US-amerikanischen Zinsen und die Höhe des Dollars, Vorgehen gegen den Protektionismus, Einbeziehung der Rüstungsausgaben in die Schuldendiskussion. Angesichts der zunehmenden Unfähigkeit von Entwicklungsländern, den Schuldendienst zu leisten, da die ihnen aufgedrängten Kredite zumeist in Dollar gezahlt werden und daher ihre Zinsschuld in unvorhergesehenem Maß steigt, sah sie die nationalen Interessen der westdeutschen Bourgeoisie gefährdet: "Ein deutscher Bundeskanzler, der ... in der Wirtschafts- und Finanzpolitik einer Meinung mit den USA ist, vertritt nicht ausreichend deutsche Interessen." Als besonderen Skandal führte sie Peru an, das in einer "wirklich schwierigen Situation" 26 Flugzeuge Mirage 2000 beschaffte. Die SPD sieht hierdurch ihr Ziel, in Peru die Sozialdemokraten an

die Macht zu bringen, gefährdet, da neuerdings ein Präsidentschaftskandidat auftritt, der für Unabhängigkeit vom Imperialismus eintritt, und da alle Verteufelung der Befreiungsbewegung "Leuchtender Pfad" nichts genutzt hat.

Die SPD treibt dazu, über den IWF Rahmenvereinbarungen zu erreichen, die gerade Länder, in denen die Herrschaft des Kapitalismus nicht gesichert ist, entwaffnen, damit sie auf "friedlichem" Weg für westdeutsches Kapital aufgebrochen werden können. Unmißverständlich trat die SPD für die Aufrechterhaltung der Schuldverhältnisse ein: "Selbstverständlich ist die Nullverschuldung der Entwicklungsländer kein vernünftiges Ziel. Kapitalimporte in diese Länder sind sozusagen normal." Aber sie warnt auch, daß "die Leidensfähigkeit vieler Entwicklungsländer bald erschöpft sein wird und zu für uns alle katastrophalen Auswirkungen führen wird".

Die Verhütung von Revolutionen ist eines der Hauptziele der Sozialistischen Internationale. Sie warnte schon 1976: "Die neidischen Blicke, die die Darbenden der südlichen Hemisphäre auf den Überfluß der nördlichen Hemisphäre werfen, sind zudem eine stets gegenwärtige Gefahr für die Stabilität und den Frieden der Welt." Die SI forderte schon damals eine Ergänzung der wirtschaftlichen Maßnahmen gegen die Entwicklungsländer. Eine "internationale Aktion" zur Herstellung "ausgeglichener Beziehungen" reiche nicht aus, "es sei denn, sie wird durch nationale politische Strategien in jedem Staat ergänzt ... Nur durch das Zusammenspiel nationaler und internationaler Politik ... und in Zusammenarbeit mit der Natur ... können Frieden und Gerechtigkeit gesichert werden." Quellenhinweis: Bundestagsprotokoll 10/84; MSZ 4/83; Kölner Stadtanzeiger vom 8.10.1984 — (anl)

**Frankfurter Appell****30 ÖRTLICHE DOKUMENTATIONEN,  
AKTIONEN GEGEN DIE AUSLÄNDERGESETZE**

3.10. in Hannover



5./6.10. in Stuttgart



13.10. in Köln

Mit einer Demonstration und Abschlußveranstaltung endete am 13. Oktober die Aufklärungskampagne des "Frankfurter Appell", der "Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik" in Köln. An der Demonstration beteiligten sich ca. 3000 Leute. Alle bekannten westdeutschen und türkischen Arbeitervereine, sozialistischen, kommunistischen und antifaschistischen Organisationen waren mit Abordnungen oder einer größeren Teilnehmerzahl vertreten. Seit dem 28. September zogen zwei Marschsäulen von Norden und Süden Richtung Köln/Bonn und wurden begrüßt durch zahlreiche örtliche Veranstaltungen. Die Reaktion reagierte gereizt. In der Bundestagsdebatte über die Ausländerpolitik am 5. Oktober erklärte CDU-Senator Fink aus Westberlin: "Was bewegt die Initiatoren dieser Märsche? Glauben sie wirklich, dem friedlichen Zusammenleben zwischen Deutschen und Ausländern zu dienen, wenn sie ein dramatisches und, wie ich meine, höchst einseitiges Bild zeichnen?" Und der Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion Oldenroth meinte erbost: "Sozialdemokraten haben den Frankfurter Appell gegen ausländerfeindliche Politik mitunterzeichnet und dem Bundesinnenminister in diesem Papier Rassismus vorgeworfen. Das ist kein Mißverständnis mehr, das ist Diffamierung des politisch Andersdenkenden." Die Aktivitäten des "Frankfurter Appell" haben die Bundesregierung bei ihrer Demagogie, daß an den Nachzugsbestimmungen für Ehegatten und Kinder angeblich nichts geändert wird, gestört. Die Aktionen sind ein wichtiger Beitrag im Kampf für die Gleichberechtigung der Ausländer. Auffallend ist, daß sie vor allem auch in Betrieben und Gewerkschaften auf Interesse stießen.

Auf der Abschlußveranstaltung in Köln zog der Koordinationsausschuß des "Frankfurter Appell" eine erste Bilanz: Die bisherigen Veranstaltungen waren eine "erste Etappe". Etwa 20000 haben sich den Marsch angesehen oder an Versammlungen teilgenommen, und Verbindungen zu den Gewerkschaften bestehen jetzt auch. Die Aktionseinheit kann mittlerweile in 70 Städten Aktivitäten durchführen. Dokumentationen über die örtliche Ausländerpolitik wurden dem "Marsch" in 30 Orten übergeben. Bemängelt wurde, daß die Veranstaltungen "nicht weit über das bisherige Spektrum hinaus" unterstützt wurden.

Zwei Diskussionsbeiträge von Rednern auf der Abschlußveranstaltung waren interessant und unterstützenswert: Karam Khella (Hamburg) betonte, daß die Ausländerfeindlichkeit mit der Arbeitslosigkeit nichts zu tun habe und daß gegen dieses Vorurteil Aufklärung nötig sei. Rainer Roth (Frankfurt) erklärte, daß die Forderung nach doppelter Staatsbürgerschaft verbreitet werden müsse. Insbesondere die Forderung nach kommunalem Wahlrecht sei wichtig und der Gesetzentwurf der GRÜNEN zum Niederlassungsrecht von Interesse. — Der "Frankfurter Appell" wird Ende November über weitere Aktivitäten beraten.

**Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik**

**2.10. Lüneburg**  
Vom "Lüneburger Arbeitskreis Ausländer und Deutsche — gleiche Rechte" wurde eine Demonstration und Kundgebung organisiert. Etwa 150 nahmen trotz Werktag und Mittagszeit daran teil. Auf der Kundgebung wurde die Abschiebung des Kurden H. Coskun durch die Lüneburger Ausländerbehörde angegriffen. Vom Veranstalter wurde der Marschleitung eine Dokumentation zum Fall Coskun

übergeben. Die Ortsgruppe Lüneburg der Volksfront übergab eine Übersicht über ausländerfeindliche Urteile des Lüneburger Oberverwaltungsgerichts und einen Pressepiegel.

**3.10. Bremen**  
Hier beteiligten sich etwa 150 Menschen. Der DGB/Bremen erklärte in einem Brief, daß er den Marsch und die Ziele unterstützt. Am nächsten Morgen fand ein Empfang bei Jugendsenator Henning Scherf statt, dem eine ausführliche Dokumentation übergeben wurde. (aus: Roter Morgen)

**3.10. Hannover**  
Ein Vertreter der VVN be-

grüßte den Marsch. In den Redebeiträgen wurden Parallelen zwischen den gegenwärtigen Ausländergesetzen und deren Verschärfung und der Rechtlosigkeit der Fremdarbeiter während der faschistischen Herrschaft in Deutschland gezogen. Überreicht wurde den Marschteilnehmern eine Dokumentation des Ausländertribunals.

**3.10. Heidenheim**  
Die IGM-Verwaltungsstelle Heidenheim hatte zu einer Kundgebung aufgerufen und bei Bosch-Haushaltsgeräte Giengen Flugblätter verteilt. Es kamen ca. 50 zur Kundgebung. Der Vorsitzende des IGM-Ausländerausschusses Pedros Karanatsios und der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Karl Maier sprachen. Maier forderte, daß nach fünfjährigem Aufenthalt in der BRD den ausländischen Arbeitern das aktive und passive Wahlrecht gewährt werden sollte.

**4.10. Detmold**  
Der DGB-Kreisvorsitzende Klaus-Peter Henning begrüßte den Marsch. Auf Demonstration und Kundgebung folgte abends noch eine Informations- und Diskussionsveranstaltung, wo der Film "Angst - Isolation - Ausweisung" gezeigt wurde. (aus: Roter Morgen)

**5.10. Bielefeld**  
"Diese Republik stinkt vor Geld, mit dem sich Arbeit und Leben aller bezahlen ließe." – Diese Worte hielt DGB-Sekretär Jürgen Frodermann auf dem Marschempfang der Behauptung entgegen, die Ausländer belasten unser Sozialsystem. Etwa 300 Menschen beteiligten sich in Bielefeld an einer Demonstration durch die Innenstadt. (aus: Roter Morgen)

**4.10. Reutlingen**  
Am Donnerstag mittag waren die Teilnehmer der Südroute des Marsches vor dem Haupteingang des Bosch-Werkes in Reutlingen zu einer Kundgebung eingetroffen. Schnell füllte sich der Werkshof hinter dem Tor mit vielen Kolleginnen und Kollegen. Immerhin sind 50 Prozent der Belegschaft in diesem Betrieb Ausländer. Der Betriebsrat kritisierte scharf die ausländerfeindliche Politik der Bundesregierung. (aus: UZ)



Diese und weitere Materialien sind zu erhalten bei: Volksfront, Marienhilfstr. 31, 5100 Aachen.

#### 31.5./6.10. Stuttgart

Etwa 50 Leute beteiligten sich am Empfang des Marsches am Stuttgarter Asylantenlager mit einer Kundgebung, anschließend fand ein Autokorso zum Rathaus und die Übergabe einer Resolution an Oberbürgermeister Rommel statt, in der die Ausländerpolitik der Stadt angegriffen wurde.

An der Demonstration und Kundgebung am folgenden Tag nahmen ca. 400 teil. In den Kundgebungsreden wurden Landes- und Bundesregierung als Verursacher der wachsenden Ausländerfeindlichkeit gekennzeichnet. Lehmann vom Hauptvorstand der Drupa sprach sich für das Kommunalwahlrecht für Ausländer aus.

#### 6.10. Dortmund

Etwa 300 Menschen beteiligten sich an der Demonstration, darunter zahlreiche Ausländer. Nach der Demonstration fand eine Kundgebung mit anschließendem Fest auf dem Alten Markt statt.

#### 8.10. Rüsselsheim

Am Montag machte der Marsch Station vor dem Opel-Werk in Rüsselsheim, wo die Teilnehmer von der Betriebsrätin Liane Steinleiter im Namen des Vertrauensleutekörpers und des Betriebsrates herzlich begrüßt wurden. Bei einer Ansprache vor dem Opel Hauptportal betonte sie, eine ausländerfeindliche Politik schwäche die Arbeiterbewegung und müsse deshalb energisch bekämpft werden. (aus: UZ)

**9.10. Bochum**  
Ein Sprecher der Initiative erklärte auf einer Kundgebung vor der NPD-Zentrale, die Neonazis seien auch die

"Hilfstruppen des Bonner Innensenators Zimmermann bei seiner ausländerfeindlichen Politik". Unter Beifall rief er aus: "Wir Bochumer und Wattenscheider Antifaschisten werden solange kämpfen, bis das braune Haus hier geschlossen wird und skandalöse SA-Auftritte ihr Ende finden." Bei seiner Ankunft in Bochum war der Marsch von hunderten Bürgern, Vertretern des AStA der Universität, der Gewerkschaften sowie dem Ensemble des Schauspielhauses empfangen worden. (aus: UZ)

#### 9.10. Essen

Morgens fand eine Kundgebung am Rathaus Essen statt, in der von der Stadt Essen insbesondere gefordert wurde, zwei türkischen Familien die Aufenthaltserlaubnis trotz Sozialhilfebezugs zu verlängern. Meys, SPD-Stadtrat und Vorsitzender des Ausländerbeirates, der den Zug im Namen der Stadt begrüßte, verteidigte das bisherige Verhalten der Verwaltung, sagte aber zu, sich für die Verlängerung der Aufenthalterlaubnis der beiden

#### Weitere Orte: Hildesheim

30 Besucher zählte die Veranstaltung des DGB gegen die Novellierung des Ausländerrechts am 26.9. Ratsherr Caspar (CDU) sprach sich für eine Verschärfung des Asyl- und Ausländerrechts, gegen ein kommunales Wahlrecht aus. J. Eckel, Landesbezirk Hannover des DGB, trat für ein Niederlassungsrecht und kommunales Wahlrecht für Ausländer ein. Ratsherr Rössing (SPD) sprach sich lediglich dafür aus, daß die Mitglieder des Ausländerbeirats gewählt werden sollten.

#### Freiburg

Ca. 50 Leute nahmen in Freiburg an einer Veranstaltung zum Thema "Rassismus und Ausländerfeindlichkeit" teil. Auf der Veranstaltung referierte E. Stöltzlin, Soziologe aus Erlangen. Er stellte den Zusammenhang zwischen Eugenik und dem Rassismus dar und zerfleckte das rassistische Heidelberg Manifest.

#### Dachau

Die GRÜNEN, Kreis Dachau, führten eine Woche gegen Ausländerfeindlichkeit durch. Am 6.10. fand dazu



13.10. in Köln

Familien einzusetzen. Anschließend zogen die etwa 100 Teilnehmer der Kundgebung in einem spontanen Demonstrationszug auf die Einkaufsstraße, um gegen die Hinrichtung von Ilyas Has in der Türkei zu protestieren. Am Abend fand eine Solidaritätsveranstaltung mit ca. 150 Teilnehmern statt, auf der IG Metall-Bevollmächtigter Völker ausdrücklich die Grüße der Essener IG Metall überbrachte.

ein Infostand in der Altstadt statt, am 9.10. eine öffentliche Mitgliederversammlung zu diesem Thema. Anlaß ist, daß die Stadt Dachau den Baugrund für ein "Haus der internationalen Begegnung" für Deutsche und Ausländer nicht genehmigt hat. Quellenhinweis: Nachrichten "Kommunalverbände" u.a. Woche 42/1984; Roter Morgen 41/1984; "Unsere Zeit, UZ" vom 1. bis 13. Oktober; Bundestagsprotokolle vom 5.10.84. – (jöd, eve, wof, mow, err)

## Ausländische Arbeiter

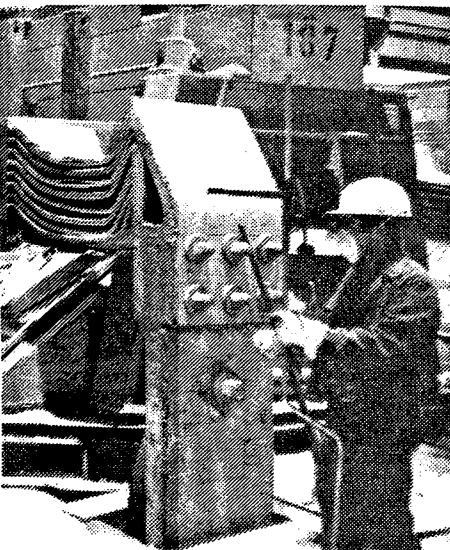
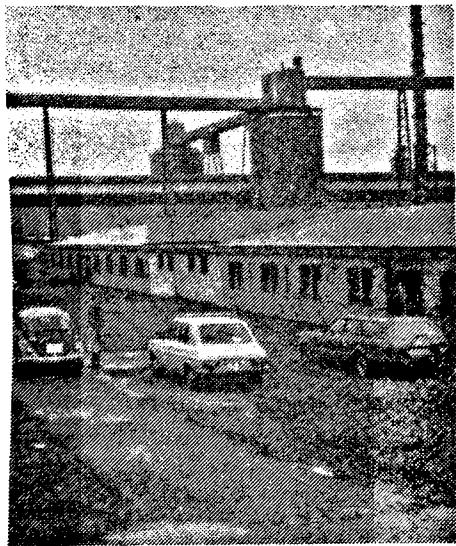
### HAMBURGER ALUMINIUM WERKE: WIDERSTAND GEGEN ZUNEHMENDE AUSBEUTUNG

**Hamburg.** Von den 780 Arbeitern und Angestellten der Hamburger Aluminium Werke (HAW) sind über 300 ausländische Arbeiter: tunesische, jugoslawische und vor allem türkische (mehr als 200). In den Produktionshallen sind zu 90% ausländische Arbeiter beschäftigt. Unter den Handwerkern gibt es nur wenige, unter den Angestellten fast gar keine Ausländer. Vorwiegend also in den unteren Lohngruppen sind ausländische Arbeiter eingruppiert.

Seit die Aluminiumhütte betrieben wird, ist die Ausbeutung ausländischer Arbeiter für die HAW-Kapitalisten ein lohnendes Geschäft. Bei Inbetriebnahme der Hütte (Anfang 1970) zeigte sich gleich, daß westdeutsche Arbeiter zu den angebotenen Arbeitsbedingungen in den Produktionshallen nicht

te die Aluminiumhütte in Betrieb genommen und gleichzeitig das Lohnniveau und die Arbeitsbedingungen unter den allgemeinen Stand gedrückt werden.

Die ausländischen Arbeiter wurden in ehemalige Baubaracken gepfercht. 15 qm große Zimmer für zwei Mann bei 150 DM Miete. Jederzeit einsetzbare Arbeiter, zur Tag- und Nachtzeit abrufbar, standen den HAW-Kapitalisten zur Verfügung. Das war besonders wertvoll zu einer Zeit, als die Öfen angefahren wurden und häufig Störungen auftraten. Überstunden, Wochenendarbeit, zusätzliche Nacharbeit – das wurden die allgemeinen Arbeitsbedingungen im Hamburger Aluminiumwerk. Fast paradiesische Zustände für die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft. Ohne Zweifel wä-



90% ausländische Arbeitnehmer in den Produktionshallen. Bis 1980 waren 200 von ihnen in ehemaligen Baubaracken untergebracht.

arbeiteten. Die meisten verließen nach kurzer Zeit die Hütte. Dennoch mußten die Aluminiumkapitalisten die Löhne nicht erhöhen und die Arbeitsbedingungen nicht verbessern, um Arbeitskräfte anzuwerben. Die Ausländergesetze spülten ihnen ausländische Arbeiter zu. Ein Beispiel: Die bei HAW beschäftigten tunesischen Arbeiter kamen fast ausnahmslos von VW. In Tunesien von VW angeworben, wurde ihnen nach einem Jahr wieder gekündigt. Sie mußten in der ganzen BRD nach Arbeit suchen, weil das Arbeitsamt Wolfsburg keine andere Arbeit nachweisen konnte als bei VW. Vor Ablauf der einjährigen Arbeitsberechtigung mußten die tunesischen Arbeiter Arbeit nachweisen, damit die Aufenthaltserlaubnis verlängert wurde. Also nahmen sie Arbeit an, die sich ihnen bot. Auf diesem Wege konn-

te es ohne die Ausländergesetzgebung nicht möglich gewesen, den gesellschaftlich erkämpften Standard an Arbeitsbedingungen derart zu unterlaufen.

Doch die ausländischen Arbeiter halten nicht, was sich die Kapitalisten von ihnen versprechen: billige und fügsame Arbeitsklaven zu sein. Zimäßig rasch beginnen sie, ihre Interessenvertretung aufzubauen. Sie beteiligen sich an den Betriebsratswahlen und sind seit 1973 ständig im Betriebsrat vertreten. Heute sind von elf BR-Mitgliedern fünf ausländische Arbeiter. 1975 beteiligen sich die ausländischen Arbeiter an einem Streik gegen Lohnsenkungsabsichten. Ende der 70er Jahre organisieren sie einen Überstundenboykott, um Lohnerhöhungen durchzusetzen. Energische Auseinandersetzungen führen sie um

Pausen und um die Forderung nach gleicher Bezahlung für gleiche Arbeit.

Der immense Verschleiß der Arbeitskraft bleibt nicht ohne Folgen für die Gesundheit der Arbeiter. 20% Krankenstand in den Produktionshallen wird zum Normalzustand. Die Kapitalisten beginnen mit unterschwelliger Hetze gegen ausländische "Krankmacher" und beginnen, ausländischen Arbeitern zu kündigen. Der Betriebsrat antwortet mit einer Kampagne gegen die Arbeitsbedingungen, die gemeinsam von ausländischen und deutschen Arbeitern unterstützt wird, und erreicht, daß Krankheitskündigungen heute nur noch schwer gegen die Belegschaft durchzusetzen sind.

Seit 1982 entsteht eine sogenannte Rückkehrwilligkeit unter den ausländischen Arbeitern. Vor allem alte und kranke Arbeiter lösen ihre Arbeitsverträge. Blüms "Rückkehrhilfegesetz" fördert diesen Vorgang. Die Personalleitung führt Listen, wen sie loswerden will. Etwa 10% der türkischen Arbeiter lösen ihre Arbeitsverträge. Freigewordene Arbeitsstellen haben die HAW-Kapitalisten entweder nicht wieder besetzt oder aber junge Arbeiter eingestellt, oft junge Facharbeiter für ungelernte Tätigkeiten. Vor der Einstellung mußten Nachweise der Krankenkasse über die Krankentage der letzten drei Jahre vorgelegt werden. – (güt)

## Krankhausarbeitszeit

### DIENSTVEREINBARUNG ABGESCHLOSSEN

**Stuttgart.** Eine "Vereinbarung über Grundsätze für die Erstellung von Rahmendienstplänen für die Mitarbeiter städtischer Krankenhäuser" schlossen die Stadt Stuttgart und der Gesamtpersonalrat (GPR) vor kurzem nach mehrjährigen Verhandlungen ab. Anlaß dazu war, daß Dienstpläne durch die Krankenhauspersonalräte abgelehnt wurden und Beschäftigte gegen angeordnete Arbeitszeiten arbeitsgerichtlich vorgingen. Der Streitpunkt bestand darin, ob für die Arbeiter und Angestellten der städtischen Krankenhäuser die günstigeren Regelungen der Arbeitszeitordnung (AZO) mit ergänzenden tarifvertraglichen Festlegungen Anwendung finden oder die Krankenhausarbeitszeitordnung (KRAZO), die 1924 vom Reichsminister in Kraft gesetzt wurde. In der jetzt unterzeichneten Dienstvereinbarung konnte der GPR teilweise bessere Arbeitszeitregelungen als die derzeit praktizierten durchsetzen. Einige Beispiele:

– "Die tägliche Arbeitszeit beträgt 8 Stunden; sie kann auf höchstens 10 Stunden festgesetzt werden." Die KRAZO läßt 10 und mehr Stunden zu.

— "Die wöchentliche Arbeitszeit soll 56 Stunden nicht überschreiten." Die KRAZO läßt 60 Stunden zu.

— "Eine Dauerbeschäftigung im Nachtdienst ist für 2 Jahre möglich. Eine Verlängerung ist im Benehmen mit der Personalvertretung im Einzelfall zu regeln." Nach dem Tarifvertrag sind unbegrenzte Dauernachtwachen möglich.

— "Vorhersehbare Überstunden ... bedürfen der Zustimmung des Personalrats." Außerdem muß er künftig über Umfang und Ursache sonstiger Überstunden informiert werden. Entsprechendes sieht zwar das Landespersonalvertretungsgesetz Baden-Württemberg bereits vor — die Praxis war jedoch nicht danach ausgerichtet.

— "Bereichsübergreifende Bereitschaftsdienste sind grundsätzlich nicht zulässig." Einzelne Ausnahmen können mit dem Personalrat vereinbart werden. Arbeitsrecht und Tarifvertrag beinhalten keine derartige Einschränkung.

Ferner wird in den angefügten Erläuterungen auf die Zielsetzung des Bereitschaftsdienst-Tarifvertrags verwiesen, die Belastungen des Bereitschaftsdienstes zu vermindern. Festgelegt ist, daß nach Rufbereitschaft oder Bereitschaftsdienst freigegeben werden muß, wenn keine zusammenhängende Ruhezeit von mindestens 6 Stunden gegeben war. Diese Regelung geht über den Tarifvertrag hinaus. — (evs)

## Banken

### 35-STUNDENWOCHE — SCHALTERÖFFNUNG

**Frankfurt.** Im Januar kündigte der "Marktführer" Deutsche Bank eine Verlängerung der Filialöffnungszeiten von 30 auf 35 Stunden an. Erreicht werden sollten die neuen Zeiten durch Verkürzung der Rüstzeiten auf täglich einmal eine halbe Stunde und durch Einführung von versetzten Mittagspausen, während derer die Filialen künftig geöffnet bleiben sollten; kurz: eine bedeutende Intensivierung der Arbeit im Kundenservice.

Daß die Deutsche Bank mit den mehrheitlich von der DAG beherrschten Betriebsräten leichtes Spiel haben würde, war abzusehen. Der DAG-Betriebsrat Frankfurt begrüßte den Vorschlag des Vorstandes auf einer Betriebsversammlung: "Allein die Politik, immer der erste auf dem Markt zu sein, sichert unsere Arbeitsplätze." Leider wurde dieser Beitrag der Deutschen Bank zum Kampf um die 35-Stundenwoche auch von der HBV nicht in der notwendigen Schärfe beantwortet. Allein die Betriebsräte der Deutschen Bank-Niederlassungen wurden unterrichtet und über ihre rechtlichen Möglichkeiten aufgeklärt.

Inzwischen sind u.a. Filialen der Deutschen Bank in Frankfurt, Bad Homburg, Wiesbaden und Darmstadt über Mittag geöffnet, im Zuge eines Neubaus soll auch in Kassel geöffnet werden. Das ließ natürlich die Konkurrenz nicht ruhen: Ohne Widerstand des (HBV-)Betriebsrates wurden die Filialen der Dresdner Bank am Roßmarkt und in der Schweizer Straße in Frankfurt geöffnet, in Darmstadt und Bad Homburg zog die Dresdner ebenfalls nach. In Wiesbaden will die Nassauische Sparkasse, mit über 1000 Beschäftigten die größte Bank am Ort, in die Filialöffnungskonkurrenz einsteigen. Die Dresdner rationalisiert gleich die Arbeit des Kassierers. Um die Abschlußarbeiten zu verkürzen, werden Geldscheinzählausautomaten eingesetzt, Geldbomben sollen nur noch zentral gezählt werden.

Erst beim mehrheitlich mit HBV-Kollegen besetzten Commerzbank-Betriebsrat sind die Bankkapitalisten auf nennenswerten Widerstand gestoßen. Vorstöße in Rüsselsheim und Hofheim wurden abgewehrt. Pfiffig argumentierte der Betriebsrat in Bad Homburg: Erst sollten die Angestellten die gleichen Gehaltserhöhungen wie die Vorstände bekommen — 24% in diesem Jahr! Wie will die Filialleitung eine Vertretung organisieren, wenn der eine Kassierer Pause macht und der zweite krank oder im Urlaub ist? Über eine Kundenumfrage soll das Projekt hinausgezögert werden. Auch auf die Unfallverhütungsvorschrift Kassen wird verwiesen, wonach bei Öffnung einer Kasse zusätzlich mindestens sechs Beschäftigte anwesend sein müssen.

Das Betriebsverfassungsgesetz gibt den Betriebsräten ein Mitbestimmungsrecht bei Festlegung der Länge und Lage von Pausen. Um die Bankangestellten aber aus der Konkurrenz der Banken herauszuhalten, ist überbetriebliche Zusammenarbeit notwendig. Ein gutes Beispiel ist eine Initiative in Bonn, wo ÖTV und HBV zusammen eine Erklärung von Betriebsräten zustande brachten: Eine Stunde Schalterschluß über Mittag! — (gst)

## Wirtschaftspolitik

### CDU NRW WILL "FREIHANDELSZONEN"

**Düsseldorf.** Über 4% Verluste mußte die CDU bei den Kommunalwahlen in NRW hinnehmen, die FDP sank erneut unter 5%. Die Kommentare der bürgerlichen Presse beschäftigen sich vielfach mit der Frage, wie vor allem die CDU ihr Ziel der Regierungsbildung bei den Landtagswahlen im Mai 1985 dennoch erreichen kann. "Persönliches Profil ist also das Problem, das über die 1985er Chancen der an Sachaussagen nicht armen CDU in

NRW mitentscheidet", schreibt das "Handelsblatt" vom 2.10. dem CDU-Spitzenkandidaten Worms ins Stammbuch. Die "Sachaussagen" sollen demnach nicht korrigiert werden.

Eine davon: Worms hat sich kurz vor den Wahlen erstmals für "Freihandelszonen" besonders im Ruhrgebiet ausgesprochen. In einem Beschuß des Landesparteitages der CDU Rheinland vom 8.9.1984 zur Wirtschaftspolitik mit dem Titel "Überwindung der Arbeitslosigkeit in NRW" heißt es dazu: "Über die dargestellten Maßnahmen hinaus ist zu prüfen, wie auslandsorientierte Aktivitäten durch die



CDU-Blüm mußte eine Kundgebung in Dortmund wegen massiver Störung nach 15 Minuten abbrechen.

Einrichtung von Freihandelszonen in Hafengebieten an Rhein und Ruhr ... gefördert werden können."

Dies hört sich nur scheinbar harmlos an. Als Freihandelszonen werden z.B. Hongkong und Singapur bezeichnet, in Großbritannien und in den USA, z.B. im New Yorker Stadtteil Bronx, wurden ähnliche Gebiete eingerichtet. Gemeint ist damit: Für die Ansiedlung von Industrie in bestimmten, umgrenzten Gebieten sollen von den Kapitalisten zu zahlende Steuern weitgehend erlassen werden und gesetzliche Mindeststandards in punkto Luftverschmutzung, Gesundheitsschutz, in baurechtlicher Hinsicht usw. außer Kraft gesetzt werden. Nicht zuletzt sind in den existierenden Freihandelszonen Tarif- und Kündigungsschutzrechte zumindest teilweise beseitigt.

Offensichtlich läßt der CDU-Beschluß absichtlich offen, wie solche Freihandelszonen im einzelnen ausgestaltet werden sollten. Die Aufruforderung des DGB-Landesbezirks zu einer "eindeutigen Klarstellung" ließ Worms unbeantwortet. DGB-Landesvorsitzender Geuenich: "Ein solcher Kurs würde die von den Gewerkschaften entschieden bekämpften sogenannten beschäftigungssichernden Maßnahmen der Bundesregierung negativ fortsetzen und auf die Spitze treiben." — (wof)

**Abgeordnetenhauswahl****PARTEIGRÜNDUNGEN IM RECHTEN SPEKTRUM –  
DER CDU ERWACHSEN NEUE PARTNER**

**Westberlin.** Der Wahlkampf zu den am 10. März 1985 stattfindenden Wahlen der Bezirksverordneten und des Abgeordnetenhauses ist eröffnet. Die CDU tritt mit Diepgen als Regierendem Bürgermeister auf großformatigen Werbetafeln in Erscheinung: "Berlin ist wieder da!" Die Bilanz, die die CDU für ihr Wahlmotto zieht, findet in den großen bürgerlichen Presseorganen ein anerkennendes und bestätigendes Echo, mündet allerdings auch in der Einschätzung, daß die CDU ihre Position als stärkste Fraktion im Abgeordnetenhaus zwar behaupten wird, daß ihre Stärke allein jedoch nicht ausreichen wird, die Senatsbildung zu gewährleisten unabhängig von anderen Bedingungen. Und eben die Unsi-

dieses jüngste und sicher nicht ohne Grund nach der NRW-Wahl bekanntgegebene Parteigründungsunternehmen eine Probe darauf, wieweit der Zulauf zu den Grünen abgefangen werden kann durch eine Partei, die Beweggründe grüner Wählerschaft anerkennt, um dieser die Berechtigung zu einer gesellschaftlichen Oppositionsbewegung abzusprechen. Nach Mitteilung der CDU hatte sich Bahner vergeblich um eine Mehrheit in der CDU für eine solche Politik bemüht. Daß eine solche Probe zu den Wahlen in Westberlin Gründe hat, ergibt sich sowohl aus der Beschäftigungsstruktur (mehr im öffentlichen Dienst Beschäftigte als in der Industrie, überproportional viel Beschäftigte in Wis-

mit einer völlig anderen Zusammensetzung. Es ist der Rest der "sozialliberalen Kräfte", der die Nichtbeteiligung an der Wahl verlangt. Die übrigen, und das sind im wesentlichen neue, aber bestimmende Kräfte, behaupten extrem rechte Positionen, so daß sie nicht einmal bereit sind, die bisherigen FDP-Senatoren bzw. Senatsdirektoren als Kandidaten der FDP erneut aufzustellen. Stattdessen kandidieren z.T. Personen, die "wegen des Verdachts rechtsradikaler Tendenzen" 1980 von der CDU nicht aufgenommen wurden und sodann ihre politische Tätigkeit im Rahmen der FDP organisiert haben. Die Personalrotation hat ein solches Ausmaß, daß die "neue FDP" als rechte Flügelpartei nahezu vollständig mit neuen Kandidaten sich der Wahl stellt.

Durch ihr Programm zeichnet sich die Soziale Volkspartei (SVP) deutlich als rechtsradikale Neugründung aus. Die NPD selbst ist in Westberlin durch alliierte Verordnung von den Wahlen ausgeschlossen. Die erst wenige Monate alte SVP gibt als Hauptziel an, eine "verantwortungsvolle Staatsgesinnung zu fördern". Sie wendet sich insbesondere gegen die Feinde des Rechtsstaats, führt u.a. eine Spendensammlung bei Westberliner Unternehmen durch, um wirkungsvoll den DGB bekämpfen zu können, und beklagt auch bei staatlichen Amtsträgern eine "Bindungs- und Gesinnungslosigkeit". Die Gesinnung dieser Gruppierung spiegelt sich trefflich im Teil "Ausländerpolitik" ihres Programms wieder, wo aufgrund des Zuzugs von Ausländern von "einer Veränderung des ethnischen Bildes Deutschlands und Mitteleuropas" die Rede ist und um die "Wesenseinheit der deutschen Nation als Voraussetzung für eine künftige Wiedervereinigung" gebangt wird.

Zusammengefaßt drückt sich in den Bewegungen des Parteienganges in Westberlin aus, daß der Reaktion nach den Wahlergebnissen in NRW keineswegs die Puste ausgeht. Vielmehr scheint es den reaktionären politischen Kräften möglich, die Brandtsche These von der "Mehrheit links von der CDU" umzukehren. Die Profilierung einer nach links offenen Volkspartei CDU ist dafür ein ebenso deutliches Anzeichen wie die Gewährung und Förderung extrem rechter politischer Gruppierungen hin zu eigener parteipolitischer Existenz. Diese politischen Umstände fordern ein anti-reaktionäres Bündnis oder eine Front gegen die Reaktion geradezu heraus. Auch wenn diese Front am 10. März 1985 noch nicht gebildet ist, ist dafür die Stellung jener politischen Kräfte, die sich auf die Arbeiterbewegung beziehen, doch von erheblicher Wichtigkeit.

Quellenhinweis: zur "USA": Morgenpost v. 14.10.84; zur FDP: Spandauer Volksblatt v. 4.7.84; Parteiprogramm der SVP – (brr, haj)



CDU-Wahlslogan: "Berlin ist wieder da!" – Lauter Angebote für Anlage suchendes Kapital

cherheit dieser Bedingungen ist inzwischen Anlaß geworden für einige Bewegung im Gefüge der bürgerlichen Parteien.

Am sensationellsten in dieser Hinsicht ist die Ankündigung des bisherigen Kreisvorsitzenden der CDU Wedding Dietrich Bahner, eine eigene Partei zu gründen: "Umweltschutz-, Steuerzahler- und Arbeitsplatzpartei" (USA). Sie solle zu den "etablierten Parteien als Alternative" und "zur AL in Konkurrenz" auftreten. Bahner weist Umfrageergebnisse vor, die einem unter obigen Schlagworten konzipierten Parteiprogramm über 20% Stimmen am Wahltag in Aussicht stellen. Eine ganzseitige Anzeige der "Morgenpost" verspricht am 14. Oktober die Aufstellung eines 50köpfigen Landesvorstandes u.a. mit 26 Frauen und 10 "unabhängigen Betriebsräten". Nach der Zielsetzung zu urteilen ist

senschafts-, Forschungs- und Lehrtätigkeiten), aber auch durch die Art, wie die CDU-Politik z.B. für "Standortvorteile" für die Anlage suchenden Kapitale sorgt: durch die Förderung "qualifizierter Arbeitsplätze". Diese Bereiche lohnabhängiger Intelligenz sind Schwerpunkt der Rekrutierung grüner Wählerschaft.

Die Ankündigung einer "Konkurrenz" zu den Grünen geht parallel zu dem Abschluß einer Änderung der Position der FDP. Parlamentarisch droht der FDP nach Umfrageergebnissen das "Aus". Ihr Tiergartener Bezirk trat nach der Wahl in NRW mit der Forderung an die Öffentlichkeit, sich an den Wahlen zum Abgeordnetenhaus seitens der FDP gar nicht mehr zu beteiligen. Vier weitere FDP-Bezirke von insgesamt zwölf schlossen sich dieser Forderung an. Zuletzt hatte die FDP etwas über 5% erhalten, und das

**Umweltschutz****AUFGABEN FÜR BGS  
UND BUNDESWEHR**

**Schleswig.** Im Juli 1982 wurde von der Bundesregierung eine Verordnung erlassen, wodurch bisherige Aufgaben der Wasserschutzpolizei zusätzlich vom Bundesgrenzschutz (BGS) und Zoll ausgeführt werden. Der § 1 Abs. 3 Punkt 1 und 2 besagt, daß "zur Beseitigung einer bereits eingetretenen Störung der Sicherheit oder Leichtigkeit des Schiffsverkehrs und ... zur Abwehr einer unmittelbar bevorstehenden Gefahr" alles Notwendige zu tun ist. So mit haben BGS und Zoll auf dem Gebiet der Seeschiffahrt Polizeifunktionen erhalten.

Die Verordnung ist im Februar 1984 von allen Nordseebundesländern außer Schleswig-Holstein angenommen worden. Im Juli wurde nun eine Zusatzvereinbarung getroffen, die die Aufgaben von BGS und Zoll ausweitet. So sollen sie zukünftig ihre "Ermittlungen für ihre Untersuchungen führen (Art. 1/1a)." Weiter ist vorgesehen, daß "Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Seeschiffahrt auch durch andere Vollzugsorgane des Bundes" durchgeführt werden können. Diese Gesetze werden in der Öffentlichkeit verkauft als Initiative, um Umweltsünder aufzuspüren.

Aber schon vorher waren BGS und Zoll tätig. Im 1. Halbjahr 1984 wurden bei 581 Kontrollfahrten und 64 Hubschraubereinsätzen 136 Verunreinigungen aufgedeckt. Bei 38 wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. 1983 wurden bei 1139 Fahrten und 72 Hubschraubereinsätzen 188 Verunreinigungen entdeckt. Von 73 Proben konnte der Verursacher ermittelt werden, wovon fünf ein Ermittlungsverfahren erhielten und einer mit 3000 DM Geldbuße belegt wurde. Bei einer Reinigung des Schiffes hätte der Reeder 30000 DM zahlen müssen. 27000 DM Extraprofit bei Nordsee-verunreinigung läßt sich kein Reeder entgehen.

Ab Ende 1984 soll vom Marinefliegerhorst Nordholz die Bundeswehr mit 2 DO 28, die für 9 Mio. DM umgebaut werden, die Luftüberwachung durchführen. Die DO 28 werden mit Fernerkundungsgeräten ausgerüstet und sollen auch bei Nacht und Nebel eingesetzt werden. Laut Betriebshandbuch haben sie allerdings bei Windstärke 6 Rollverbot. Nach Auskunft der Bund-Länder-Kommission sollen sie auch nur bis Windstärken 4 bis 5 eingesetzt werden. In den kälteren Monaten, wenn erfahrungsgemäß höhere Windstärken sind und die Nordseeverunreinigung am größten, können die DO 28 nicht eingesetzt werden.

Kritiker der Umweltpolitik der Landes- und Bundesregierung werden seit



Zimmermann will für den BGS Boote mit Hubschrauberlandeflächen.

zwei Jahren auf die Nordseeschutzkongferenz verwiesen. Zu dieser Konferenz, die am 30.10./1.11.1984 in Bremen stattfindet, hat die schleswig-holsteinische SPD einen Beschußantrag im Landesparlament vorgelegt. Die CDU-Landesregierung konnte diesen Forderungen nicht zustimmen, sonst müßten Taten folgen. Also brachte sie einen Gegenantrag ein, der zu nichts verpflichtet. Es ist also gleichgültig, ob die Konferenz durchgeführt wird oder nicht, die Ausweitung der Aufgaben von BGS und Zoll ist festgelegt. Die Bundeswehr soll folgen. Das steht schon heute fest. Die Politiker der hiesigen Bourgeoisie wollen auf dieser Konferenz die anderen zwingen, ebenso zu verfahren. — (ale)

**Traditionsverbände****KOLONIALTRUPPEN  
IN BAD LAUTERBERG**

**Bad Lauterberg.** Am 13. Oktober trifft sich zum wiederholten Male der Traditionsverband ehemaliger Schutz- und Überseetruppen/Freunde der früheren deutschen Schutzgebiete e.V. zu seiner Jahreshauptversammlung in Bad Lauterberg. In Bad Lauterberg steht das Denkmal "Deutschlands ersten Kolonialsoldaten", Hermann von Wissmann. Diesmal wurde Kai Uwe von Hassel als Festredner eingeladen. Von Hassel hat selber die ehemalige Kolonialschule in Witzenhausen besucht und will über die deutsche Kolonialgeschichte erzählen. Sicher wird auch Bothas Vorschlag, westdeutsche Truppen als "Friedentruppen" nach Namibia zu schicken, auf der Tagesordnung stehen.

Das paßt, hat es sich der Verein doch zur Aufgabe gemacht, die deutsche Kolonialgeschichte ins rechte Licht zu rücken. So erklärte der damalige Verbandsvorsitzende Oberst a.D. Richelmann zum Gedenken des 75. Todestages von Wissmann in Bad

Lauterberg: "... daß man die deutsche Kolonialzeit nicht verfälschen, sondern vielmehr zur Geschichtsaufklärung beitragen wolle. Häufig wird behauptet, Deutschland habe nur deshalb Kolonien erworben, um die Länder und die schwarze Bevölkerung auszubeuten. Richelmann stellte fest, daß sich die Schutztruppler schützend vor die Eingeborenen bei Übergriffen verbrecherischer Aufständler gestellt haben" ("Harzkurier", 20.9.80). Als sich 1904 das Volk der Herero gegen die deutschen Imperialisten erhob, wurden 60000 bis 70000 Herero von den reichsdeutschen Schutztruppen niedergemetzelt.

Ausdrücklich begrüßt der Traditionsverband die Überfälle Südafrikas auf Angola, die Befreiungsbewegung SWAPO wird als "Faust Moskaus in Afrika" diffamiert. In ihrem vereinsinternen Mitteilungsblatt werden Artikel aus den 20er und 30er Jahren unkommentiert abgedruckt, wo über die "liberianischen und amerikanischen Hosenneger", die "traurigen Abstufungen europäischer und farbiger Blutmischungen" und über "die deutsche Erziehungsarbeit an den afrikanischen Negern" geschrieben wird. Die NSDAP unterhielt den Reichs-Kolonialbund, um das "deutsche Volk" für die Rückgewinnung der Kolonien zu gewinnen. Dem Kolonialtruppenverband kann man gleiche Absichten nicht absprechen.

Gegen das Kolonialtruppentreffen in Bad Lauterberg wird ein Flugblatt vom Antifaschistischen Arbeitskreis Bad Lauterberg und Eichsfeld, der Frauengruppe und der Schwulen-Initiative Clausthal sowie der Volksfront (Kreis Goslar) herausgegeben. Informationsstände werden in Bad Lauterberg durchgeführt und eine Veranstaltung organisiert, die die Kolonialpolitik während des Faschismus besonders berücksichtigt.

Quellenhinweis: Verschiedene Publikationen des Antifaschistischen Arbeitskreises Bad Lauterberg — (thh)



Wissmann-Denkmal, das "die Erinnerung an seine Taten für alle Zeiten wachhalten soll".

## Saisonarbeit

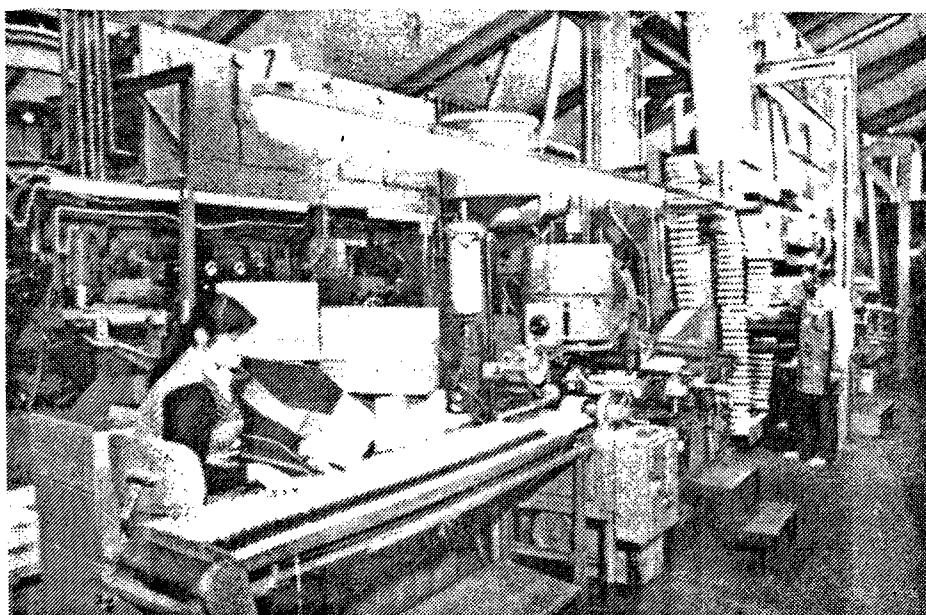
## ARBEITSBEDINGUNGEN, DIE BLÜM VERALLGEMEINERN WILL

**Regensburg.** Ende Juni ist Saisonbeginn bei Hengstenberg, Arbeitsbeginn für etwa 100 Frauen und Männer. Einkleidung mit Gummistiefeln, Gummischürzen, Gummihandschuhen, Arbeitszeug – dann: Einteilung. Zum Sortieren, an verschiedene Abfüllbänder, zum Etikettieren. Wie sieht die Arbeit aus? Beim Sortieren z.B. kommen die Gurken in rasender Geschwindigkeit auf dem Band daher, die Arbeiterinnen müssen kaputte und krumme Gurken auslesen, die übrigen nach Größen sortieren. Beim Abfüllen laufen die maschinell vorgefüllten Gläser auf dem Band vorbei, Gurken müssen hineingestopft, zuletzt direkt reingehauen werden. Die fertigen Gläser müssen von Hand in Metallkäfige eingeschichtet werden, z.B. bei 720 ml Gläsern ca. 1000 je Käfig, und dies 30- bis 40mal am Tag oder mehr. Die Käfige werden dann im heißen Wasserbad sterilisiert; diese Schinderei kommt immer noch billiger, als die Einrichtung eines Pasteurisierofens mit automatischem Durchlauf. Täglich gegen drei die Umfrage der Vorarbeiter: Wer bleibt freiwillig länger? Die Gurken müssen verarbeitet werden. Mit den Bauern der Umgegend bestehen Abnahmeverträge für die ganze Ernte, mit Ausnahme unbrauchbarer Größen. Je besser diese ausfällt, desto mehr steigt der Arbeitsdruck. Wer Überstunden verweigert, wird in diesem Betrieb nicht alt. Die Einrichtung einer "Hausfrauenschicht" abends bedeutet für die betroffenen Stammarbeiter ("Käfig"arbeiterinnen, Schlosser, Putzer, Vorarbeiter) Arbeitszeiten von täglich 10-11 Stunden. Samstagsschichten werden kurzfristig vereinbart, Erscheinen ist Pflicht. Schon nach zwei bis drei Wochen wird gekündigt, wer "zu wenig" arbeitet.

Zum Ende der Gurkenzeit lässt der Druck vorübergehend nach. Kann sein, daß mal kein Gemüse da ist und man unbezahlt heimgeschickt wird. Ende September beginnt dann die Krautsaison. Wer zum Kraut eingeteilt wird, kann hoffen, bis Januar beschäftigt zu werden. Die andern müssen Paprika und Rote Bete oder andere Gemüse putzen und abfüllen. Mitte Oktober werden die ersten entlassen: "Arbeitsmangel". Krauthaus: Was in modernen Sauerkrautfabriken maschinell geschieht: hier stehen 20 bis 25 Frauen, bewaffnet mit Schlächtermessern, zu beiden Seiten des Bands, links und rechts kaum Abstand. Die Krautköpfe werden zuerst am Strunk angebohrt, dann fallen sie aufs Band, müssen mit der linken Hand herausgerollt, mit der rechten rundum geputzt und wieder reingeworfen werden. Ab-

wechselnd muß jede Frau eine Stunde lang "einschmeißen", die geputzten Köpfe in rotierende Messer werfen, die ungeputzten aufs Band zurück. Ohne drei bis vier Köpfe zugleich zu packen, kommt man nicht mit. Nach jedem LKW entsteht eine kurze Pause, in der Frauen unters Band kriechen und den Abfall ins Freie schippen müssen, wobei man tropfnaß werden kann. Früher wurden 90 t täglich eingeschnitten, heute sind es 120 bis 130 t. Diese Steigerung erfolgte durch Be seitigung von Produktionsstörungen,

erst recht der Nettolohn sind in dem Zeitraum eher gesunken. Die übertariflichen Zulagen wurden gekürzt (für LG 4a von 1979 40 Pf auf 1982 4 Pf), ferner wurden eine "freiwillige Jahressonderzuwendung" (200 DM für Neue, mehr für länger Beschäftigte) und eine "Erfolgsprämie" für Stamm arbeiter gestrichen. Auch durch die Prämie können die Löhne gesenkt werden: Sie beträgt je nach Gruppen arbeitsplatz für Unterschreitung der "Normalleistung" 7 Pf/Min. Durch Maschinenausfall, Rohstoffmangel



Fast zwei Drittel der Belegschaft sind Frauen in den niedrigsten Lohngruppen.

also keine Intensivierung der Arbeit. Für die Abteilungen, die das Kraut in Dosen füllen und etikettieren, ist die Arbeitsleistung entsprechend erhöht worden. Hier ist der Druck besonders gestiegen, denn nach einer gewissen Gärungszeit muß abgefüllt werden, sonst verdirt ein ganzer Bottich. Da das Werk Regensburg z.T. mit den ältesten Maschinen bestückt ist, aber dennoch von allen Werken die höchsten "Leistungen" erzielt, kann man den Verschleiß der angewendeten Arbeitskraft ermessen.

Etwa 63% der Belegschaft sind Frauen in der niedrigsten Lohngruppe 4. Diese ist noch unterteilt in 4a und 4b, "ungelernte Arbeitnehmer mit Arbeiten schwieriger Art" bzw. "einfacher Art", was tariflich 40 Pf Unterschied ausmacht. Bei Hengstenberg sind Stammarbeiterinnen in LG 4a; die Differenz zu 4b wird durch übertarifliche Zulagen ausgeglichen, so daß der Grundlohn für alle, ob Saison oder Stamm, gleich ist. Effektiv liegt er bei 8,50 DM/Std., vor fünf Jahren waren es 6,70 DM. Der Bruttolohn und

usw. wird die Prämie gemindert, oder es wird gar keine erreicht. Durch Versetzung zu einem andern Band auch. (Es gibt Bänder, die fast nur mit Stammarbeitern besetzt sind und schneller arbeiten, andere, an denen vorwiegend Anfänger eingesetzt werden); wer, wie alle Neuen, ständig an verschiedene Plätze kommandiert wird, büßt seine Prämie auch größtenteils ein. Zwei am selben Band haben ungleiche Prämien, wenn die eine nur mal zwei Stunden zum Zwiebelschälen abgeordnet wurde. Die Prämie kann monatlich um bis zu 100 DM schwanken und erlaubt es, effektive Lohnkürzungen zeitweise zu verdecken. Alle Männer sind höher eingruppiert als Frauen. Sie werden, sofern ungelernt, vorwiegend zu schweren körperlichen Arbeiten eingesetzt: Kisten auf Paletten setzen, Kraut gabeln und einstampfen, Gemüsewannen oder Kisten hochstemmen. Oft arbeiten sie aber auch stundenweise dasselbe wie Frauen, oder umgekehrt: Ist kein Mann zur Hand, müssen Frauen die Kisten heben. Die Bezahlung schafft vielfältige

Spaltungslinien.

In jeder Saison passieren drei bis vier schwere Unfälle, die Verstümmelung von Gliedern, Verlust von Fingern, Brüche, Quetschungen zur Folge haben. Die Maschinen sind größtenteils nicht abgesichert. Z.B. gilt es als "Kunst", die Bohrer im Krauthaus sicher zu bedienen, ohne sich in den Finger zu bohren. Solche Unfälle sind vorgekommen. Leichtere Verletzungen sind an der Tagesordnung: Schnittverletzungen durch Messer, Konservendeckel, Glasscherben; Stürze auf nassem, glitschigem Boden. Betrieblich bedingt ist auch der Krankenstand: Essigdampf, Luftzug, schweres Heben z.B. verursachen Krankheiten der Atemwege, Wirbelsäule, Magenleiden, Allergien. Innerhalb von zwei Jahren gab es zwei Fälle von Tbc-Infektionen. Eine regelmäßige Gesundheitsuntersuchung lehnt die Geschäftsleitung ab, da diese für esigverarbeitende Betriebe nicht vorgeschrieben ist. Entsprechend übel sind die hygienischen Verhältnisse; z.B. nur 2 Klos für etwa 80 Frauen.

Ende November: die Paprikasaison

ist aus, Ende Januar dann die Krautsaison. Die Geschäftsleitung sucht aus, für wen das befristete Arbeitsverhältnis früher endet, welche Saisonarbeiter in den Stamm "übernommen" werden. Zu jedem Saisonschluß werden auch Stammarbeiter gekündigt, ältere oder kranke oder welche, die "nicht mehr mittun". In einigen Fällen hat der Betriebsrat widersprochen. Aber ohne dieses ganze System der "Verjährung des Arbeiterkörpers" bis zum Arbeitsgericht hin anzugreifen, wird der Betriebsrat hier nur wenig ausrichten. Die Ablehnung von Überstunden und Samstagsarbeit durchzusetzen angesichts der Erpressung durch verderbende Rohwareberge, erfordert gemeinsames Handeln mit dem Gesamtbetriebsrat, um bei den Produktionsplänen ansetzen zu können; auch die Einigungsstelle würde bei einem Saisonbetrieb wahrscheinlich eher zu ungünstigen der Arbeit entscheiden. Nur etwa 10% der Belegschaft sind gewerkschaftlich organisiert, Mitgliederversammlungen, Vertrauensleute gibt es nicht. Der Druck der Geschäftsleitung gegen ei-

ne Betriebsversammlung während der Saison war bisher beim Betriebsrat erfolgreich. Ein weiteres Problem ist, daß der Betriebsrat in seiner Größe nur der Zahl der Stammarbeiter entspricht und nur von diesen gewählt ist, obwohl die Saisonarbeiterzahl größer ist und diese drei Viertel vom Jahr im Betrieb sind. So repräsentiert er nicht die ganze Belegschaft. Auch ausländische Arbeiter sind nicht vertreten. In den letzten Jahren wurden viele Ausländer gekündigt, die schon lange als Stammarbeiter beschäftigt waren, teilweise bis zu neun Jahre. (Ab zehn Jahren entsteht der Anspruch auf Betriebsrente). Einige haben beim Arbeitsgericht erfolgreich geklagt, und Wiedereinstellung bzw. Abfindungssummen erreicht.

Quellenhinweis: ARBlattei zur Saisonarbeit, 15.9.1972, 15.10.72, 15.2.73, 15.7.75; Manteltarifvertrag für die Arbeitnehmer der obst- und gemüseverarbeitenden Industrie von 1982; Tarifvertrag über die Berufsgruppeneinteilung der obst- und gemüseverarbeitenden Industrie in Bayern 1981 - (rew)

## SAISONARBEIT: BESTIMMUNGEN

### Kündigungsschutz

Meistens sind Saisonarbeiter weniger als sechs Monate im Betrieb beschäftigt. Damit gilt für sie § 1 des Kündigungsschutzgesetzes (KSchG) nicht. Der Betriebsrat kann einer solchen Kündigung nicht widersprechen, weil sie "sozial ungerechtfertigt" ist. Saisonarbeitsverhältnisse sind meist auch von vornherein befristete Arbeitsverhältnisse. Mit Saisonende "läuft" das Arbeitsverhältnis "ab". Eine Kündigung muß nicht ausgesprochen werden, der Betriebsrat muß nicht angehört werden. Das Saisonende muß laut Manteltarifvertrag (MTV) 6 Tage zuvor bekanntgegeben werden. — Die Anzeigepflicht für Massenentlassungen entfällt laut § 22 KSchG für Saison- und Kampagnebetriebe. In der Praxis kann der Kapitalist zum Saisonbeginn befristet Arbeiter einstellen, und dann mehrere "Saisonschlüsse" festsetzen, zu denen nach Bedarf überschüssige Arbeitskräfte abgestoßen werden. Z.B. Ende der Gurken-, dann Ende der Krautsaison. Gleichzeitig kann er ständig aus dem Angebot der Saisonarbeiter junge, kräftige Arbeitskräfte, die "sich bewährt haben", in den Stamm übernehmen und Stammarbeiter aufgrund "mangelnder Leistung" dafür entlassen. Als Kündigungsgrund wird dann z.B. "Arbeitsmangel" genannt, was zum Saisonschluß je naheliegend erscheint. — Der MTV sieht für Saisonarbeiter eine vierwöchige Probezeit mit eintägiger Kündigungsfrist

vor und danach ordentliche Kündigung mit sechstägiger Frist. Damit gelten für Saisonarbeiter kürzere Kündigungsfristen als die gesetzlich geregelten 14 Tage für Arbeiter, auch wenn sie länger als drei Monate arbeiten. Einzelvertraglich kann das laut BGB § 622 (4) nicht vereinbart werden.

### Arbeitszeit

Schon die bisherige Arbeitszeitordnung (AZO) von 1938 sieht vor: Arbeitszeitverlängerung an 30 Tagen im Jahr bis zu zehn Std. täglich; bei "dringendem Bedürfnis" Verlängerung durch das Gewerbeaufsichtsam; ständig zehn Stunden, wenn Putz- und Instandsetzungsarbeiten anfallen; ständig über zehn Stunden, wenn diese durch betriebsfremde oder andere



Für Saisonarbeiter gelten viele Tarif- und Arbeitsschutzbestimmungen nicht.

Arbeiter nicht ausgeführt werden können. Die Vorschriften der §§ 1-13 über Dauer der Arbeitszeit, arbeitsfreie Zeit und Ruhepausen finden nach § 14 "keine Anwendung auf vorübergehende Arbeiten in Notfällen und in außergewöhnlichen Fällen, die unabhängig vom Willen der Betroffenen eintreten und deren Folgen nicht auf andere Weise zu beseitigen sind, besonders, wenn Rohstoffe oder Lebensmittel zu verderben oder Arbeitserzeugnisse zu mißlingen drohen." Dies ist ein Notstandsparagraph. Im § 15 (3) heißt es, daß auf Verfügung des Arbeitsministers die Überstundenzuschläge in Saisonbetrieben gestrichen werden können, "soweit die Mehrarbeit durch Verkürzung der Arbeitszeit in den übrigen Zeiten des Jahres ausgeglichen wird." Nach Blüms Entwurf für ein "Beschäftigungsförderungsgesetz" sollen befristete Arbeitsverträge künftig bis zu einem Jahr auch ohne sachliche Begründung möglich sein. Und § 8 gestattet den Tarifvertragsparteien ausdrücklich Abweichungen vom Gesetz zum Nachteil von Teilzeitarbeitern. Diese Regelungen würden die Arbeitsbedingungen für Saisonarbeiter nochmals verschlechtern.

### Gewerbeordnung

§ 105d: Der Bundesminister für Arbeit- und Sozialordnung kann durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrats das Verbot von Sonn- und Feiertagsarbeit für Saisonbetriebe ganz oder teilweise aufheben. Dies gilt dann für alle Betriebe einer Branche.

**GRAUBREMSE:****1200 DM FÜR N.U.M.**

**Heidelberg.** Anfang Oktober wurde im Hauptwerk der Graubremse eine Sammlung für die streikenden britischen Bergarbeiter durchgeführt. Die Aktion ging zurück auf einen Aufruf und eine Solidaritätsresolution, die einstimmig auf der Vertrauensleute-Sitzung am 2. 10. verabschiedet worden waren. Die Sammlung in den Abteilungen erbrachte 872 DM. Aus der Vertrauensleutekörpers-/Betriebsratskasse wurde der Betrag auf 1000 DM aufgestockt. Am 25.10. spricht ein N.U.M.-Vertreter auf einer Veranstaltung von IGM, IG Druck und GEW.

**KEINE ENTLASSUNG, LOHNERHÖHUNG**

**Dortmund.** Der Hoesch-Konzern, der innerhalb der letzten fünf Jahre die Belegschaft in den Dortmunder Konzernbetrieben um 11000 auf jetzt 17000 Beschäftigte abgebaut hat und jetzt in punkto Produktivität und Profit an der Spitze der Stahlkonzerne in der BRD steht, plant weitere Entlassungen. Die so genannten Maschinenbetriebe sollen neu organisiert werden, was nach Aussagen der Betriebsräte 600 bis 700 Arbeitsplätze kosten wird.

Der 10. Gewerkschaftstag der ÖTV forderte die Streichung des §218. Die Delegierten stimmten dem Antrag der Bezirkskonferenz Westberlin entgegen der Ablehnung durch die Antragskommission zu. Sie forderten die Aufhebung des Abtreibungsverbotes und u.a. die Bezahlung der Schwangerschaftsabbrüche durch die Krankenkassen und die Sicherstellung von Krankenhausbetten. Bild: DGB-Demonstration gegen die Familienpolitik der Bundesregierung, Bonn 18.9. 1983 – (gba)



Die Arbeiter in der Warmbreitbandstraße haben aus Protest gegen die Entlassungspläne bereits einen Streik durchgeführt. Die Belegschaft hat gegen die neuen Rationalisierungspläne einen Forderungskatalog verabschiedet, in dem sie die Rücknahme der Pläne, betriebliche Lohn erhöhungen bzw. Höhergruppierungen als Antwort auf die eingetretene Leistungsverdichtung sowie zusätzlich 13 freie Tage in 1985 als Konsequenz des Stahltarifabschlusses verlangt. Geschäftsleitung und Betriebsrat konnten sich bislang nicht über die betriebliche Umsetzung der vereinbarten 38-Stunden-Woche einigen. – (wom)

**GEW/HBV: SOLIDARITÄT MIT S. BILGIN**

**Köln.** GEW und HBV führten am 4.10. eine gemeinsame Veranstaltung zur Unterstützung der politischen Gefangenen in der Türkei durch, insbesondere des Lehrers Sakir Bilgin, der im 5. Dev Sol-Prozeß in Ankara vor Gericht steht. Zwei Mitglieder der GEW, die als Prozeßbeobachter in die Türkei gereist waren, berichteten eindringlich über die brutale Unterdrückung der gewerkschaftlichen und sozialistischen Kräfte in der Türkei. Mit über 50 Teilnehmern war die Veranstaltung gut besucht. Sie forderte Genscher auf, sich für die Einstellung der Prozesse einzusetzen. – (sch)

**MAN:IMMER MEHR ZEITVERTRÄGE**

**Dachau.** Etwa seit Abschluß des Tarifvertrags gehen die MAN-Kapitalisten immer mehr dazu über, mit 3-Monatsarbeitsverträgen junge Arbeiter im Zentralersatzteillager Dachau einzustellen. Mittlerweile sind ständig zwischen 25 und 50 solcher Arbeiter beschäftigt, das sind schon zwischen 10% und 20% der Arbeiterbelegschaft im Lager. Spürbar wird darüber der Druck auf alle Arbeiter verstärkt, ebenfalls wie diese ständig Überstunden und Samstagsarbeit zu machen. Der IGM-Betriebsrat steckt in dieser Frage in der Klemme. Auf der einen Seite bemüht er sich, gegen die Ausweitung der Überstunden anzugehen, auf der anderen Seite hat er nichts erreichen können gegen die Anrechnung der Tariferhöhung auf

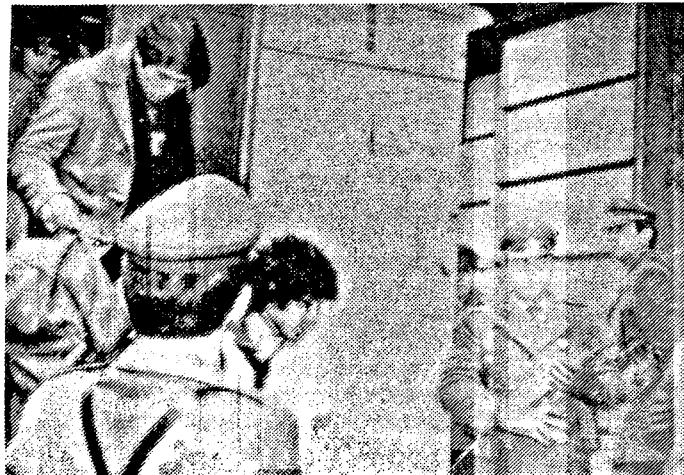
die freiwilligen Zulagen. Der Zwang, den Lohn durch Überstunden aufzubessern, wächst. Die CMV-Betriebsräte haben sowieso die breite Durchsetzung von befriesteten Arbeitsverträgen als Bestandteil ihres Programms. – (dar)

**VERANSTALTUNG AFA MÜNCHEN**

**München.** Am 21. September führte der Arbeitskreis "Freunde Azanias", München, eine Veranstaltung zur Unterstützung der schwarzen Gewerkschaften in Südafrika durch, die ca. 30 Interessierte besuchten. Für den Spendenauftruf "Ein Auto für die CUSA" wurden 250,60 DM gesammelt. Als nächstes organisiert der Arbeitskreis in Zusammenarbeit mit der AZANIA-Koordination, Münster, eine Rundreise mit einer Vertreterin der "Black Women Unite", die in München am 6.11.84, 19.30 Uhr auf einer Südafrika-Veranstaltung des HBV-Frauenausschusses im DGB-Haus sprechen wird. – (heg)

**CHLOR-AKNE BEI BOEHRINGER**

**Hamburg.** Zwei neue Fälle von an Chlor-Akne erkrankten Arbeitern des geschlossenen Boehringer-Werkes wurden bekannt. Beide haben 20 bzw. 13 Jahre lang einmal wöchentlich nur mit einer Gasmaske als Schutz HCH-Zersetzer-Rückstände aus einem Kessel geschafft. Sie leiden seit Jahren unter der Krankheit. – Ein Arzt, der 1971 der Geschäftsleitung TCDD-Funde mitteilte, bekam keine Boehringer-Arbeiter mehr zugewiesen. – (wal)



Das "Nationale Kommando der Werktagigen Chiles" (CNT), Gewerkschaftsverband von über 1 Mio. Lohnabhängigen, hat für den 30.10. zu einem eintägigen Generalstreik aufgerufen. Die 300 Delegierten, die den Aufruf zum Generalstreik beschlossen, fordern u.a. die Beendigung der Sondervollmachten Pinochets, die Auflösung der Geheimpolizei und die Aufhebung der Militärverwaltung an den Hochschulen. Um die Vorbereitungen für den Generalstreik zu stören, ordnete ein Gericht auf Antrag des Innenministeriums am 9.10. die Verhaftung von sieben Oppositionspolitikern an. 24 Stunden später waren diese wieder frei. Bild: Verhaftung von Führern der Kupferarbeiter 1983. – (rül)

## Dokumentation

## ANTIFASCHISTISCHE WOCHE IN MANNHEIM

Vom 1. bis 7.10. führten verschiedene Organisationen in Mannheim eine antifaschistische Woche durch. Die Diskussionsveranstaltungen dienten vor allem der Debatte zwischen denjenigen, die jetzt den Aufbau eines antifaschistischen Aktionsbündnisses betreiben wollen. Solche Fragen waren u.a.: der Vergleich zwischen 1933 und heute, die Auseinandersetzung um die Rolle "antifaschistischer Sozialarbeit", die weiteren Tätigkeiten. In der Veranstaltung "Faschismus und Arbeiterbewegung" erläuterte die Vorsitzende der VVN in Mannheim, daß die VVN ihre Beurteilung des Faschismus und der Aufgaben des antifaschistischen Kampfes auf Dimitroffs fünf Punkte (VII. Weltkongreß der Komintern 1935) gründet. —(rih, chc)

### Aus dem Aufruf zur antifaschistischen Woche in Mannheim:

Wir meinen ..., daß diese zunehmenden faschistischen Aktivitäten nicht verharmlost werden dürfen. Dagegen ist die Zusammenarbeit und der Widerstand aller antifaschistischen Kräfte erforderlich. Um heute das weitere Erstarken der Faschisten zu verhindern, muß die Bevölkerung über sie informiert werden und wir müssen dem Auftreten der Faschisten auch direkt entgegentreten ... Die Erfahrung zeigt auch, daß wir in der Bekämpfung der Faschisten nicht auf den Staat hoffen können! Die NPD beispielsweise wird nicht verfolgt, da ihr gerichtlich bescheinigt wurde, auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes zu stehen ... Wir meinen, daß ein enger Zusammenhang besteht zwischen dem Erstarken der neofaschistischen Kräfte und der Wirtschaftskrise. Trotz Massenarbeitslosigkeit und schon offiziell zugegebenem Real-

lohnabbau betreibt die Regierung eine Politik, die diese Belastungen weiter verstärkt ... Zur Absicherung dieser Politik und zur Unterdrückung der daraus entstehenden sozialen Konflikte werden demokratische Rechte und Freiheiten weiter eingeschränkt ... In dieser Situation lenken die Regierungsparteien und vor allem die Neofaschisten durch rassistische, antikommunistische und nationalistische Demagogie von den wirklichen Ursachen der Krise ab ... Diese Entwicklung wird durch die Gesetzgebung der Bundesregierung wesentlich begünstigt. Auch sie benutzt und fördert Ausländerfeindlichkeit. Auch sie propagiert den starken Staat. Obwohl die neonazistischen Aktivitäten ständig zunehmen, werden sie verharmlost und selbst die vorhandenen rechtlichen Möglichkeiten gegen Neofaschisten werden nicht konsequent angewandt.



Am Samstag, den 22.9. fand in Ludwigshafen-Friesenheim die dritte Demonstration gegen den Faschisten Ernst Tag statt, ca. 200 beteiligten sich. Aufgerufen hatte eine antifaschistische Aktionseinheit, die im September eine antifaschistische Veranstaltungsreihe durchführte. (Bild: vor dem Haus des Faschisten Ernst Tag). Tag und seine neu aufgebaute Ortsgruppe "Nationaler Sozialisten" hat z.B. Verbindungen zur ehemaligen ANS/NA im Raum von Mainz bis Karlsruhe. Er provoziert mit einem Telefonanrufbeantworter mit nationalistischer und rassistischer Hetze – mittlerweile ist dieser wegen Volksverhetzung beschlagnahmt und ein Gerichtsverfahren anhängig – einem Schaukasten sowie Transparenten, die er an seinem Haus anbringt. Während der Demonstration und Kundgebung waren ca. 40 seiner wehrsporterfahrenen Anhänger auf seinem Grundstück. Durch breite Informationsarbeit der verschiedenen antifaschistischen Gruppen unter der Friesenheimer Bevölkerung konnte diese weitgehend für die Unterstützung gewonnen werden.

### Presseberichterstattung über die antifaschistischen Aktivitäten

#### Aspekte des Rechtsextremismus

Durch Aufklärungsarbeit unter anderem in Jugendheimen wollen Mitglieder der Antifaschistischen Gruppe Ludwigshafen sowie Mannheimer Vereinigungen versuchen, junge Menschen aus dem Dunstkreis des Rechtsextremismus herauszuholen. Eine "Antifaschistische Woche", die heute beginnt, soll auf rechtsextreme Aktivitäten, auf die Unterwanderung von Fan-Clubs und auf Schlägereien mit Skinheads in dieser Region hinweisen.

Veranstalter sind neben der Antifaschistischen Gruppe der Bund Westdeutscher Kommunisten, Die Grünen, Mannheimer Arbeitskreis für Frieden und Abrüstung, Fortschrittliche Einheit aus der Türkei, Pumuckl, Proletarische Antifaschisten, Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg sowie VVN – Bund der Antifaschisten ... Veranstaltungen: "Faschismus und Arbeiterbewegung", "Faschismus am Beispiel der Türkei", "Der alltägliche Faschismus", "Organisationen der Neonazis im Rhein-Neckar-Raum". Außerdem gibt es am 7. Oktober eine "Antifaschistische Stadtrundfahrt" zu Stätten des Widerstandes in der NS-Zeit. ("Mannheimer Morgen" vom 25.9.)

#### Demonstration oder Kinderfest

Der Friesenheimer Kerwe-Samstag beschäftigt die Arbeitsgemeinschaft der Vereine des Stadtteils ... Denn zur selben Zeit, da im Schulhof Spatenstraße das Spielmobil für die Kinder seine Attraktionen auspacken soll, wollen Antifaschisten Luftlinie etwa 60 Meter entfernt vor dem Haus des "Nationalen Sozialisten" Ernst Tag demonstrieren ...

Die beiden SPD-Mitglieder Wilhelm Distler und Marlies Küppers erklärten, daß sie die beiden Veranstaltungen als wichtig für den Stadtteil hielten. Sie forderten die Bürger auf, sowohl an der Kerwe als auch an der Demonstration teilzunehmen. "Wir Friesenheimer dürfen nicht zulassen, daß in unserem Stadtteil offene Nazi-Propaganda und Verherrlichung des Faschismus und Rassismus betrieben wird", betonten sie. Auch durch die Vermittlung der Ortsvorsteherin Lise-Lotte Burak bemühte sich die Partei, daß Demonstration und Kinderfest zeitversetzt stattfinden könnten. Gewalt könnte, wenn überhaupt, so Marlies Küppers, nur von Seiten der "Nationalen Sozialisten" um Ernst Tag drohen. CDU-Stadtrat Josef Keller betonte den Wert der Demonstration. Er halte es für nicht so dramatisch, wenn deswegen das Spielmobil ausfallt. ("Mannheimer Morgen" vom 19.9.)

**Wochenarbeitszeit****METALLKAPITALISTEN LEGEN GRUNDSÄTZE  
FÜR BETRIEBSVEREINBARUNGEN VOR**

Die Kapitalisten in der Metallindustrie wollen die in dem neu abgeschlossenen Manteltarif enthaltenen Möglichkeiten der Flexibilisierung der Arbeitszeit auf jeden Fall nutzen. Aus der nebenstehenden Zusammenfassung einer Mitteilung des baden-württembergischen Metallindustriellenverbandes geht bis ins Detail hervor, welche Ziele die Kapitalisten in den bevorstehenden Verhandlungen mit den Betriebsräten über Betriebsvereinbarungen zur Arbeitszeit anstreben:

Die Arbeitszeit der Beschäftigten soll an die Maschinenlaufzeiten angepaßt werden. Dazu böten sich im einzelnen folgende Vereinbarungen an:

— Die Metallkapitalisten weisen auf die (regional allerdings nicht überall leicht durchsetzbare) Möglichkeit hin, die regelmäßige wöchentliche Ar-

beitszeit auf bis zu sechs Tage, unter Einschluß des Samstags auszudehnen.

— Die Kapitalisten lassen erkennen, daß sie eine Verkürzung der individuellen wöchentlichen Arbeitszeit bei bestimmten Teilen der Belegschaften nutzen wollen, um dort die Arbeitsintensität weiter zu steigern (z.B. bei Schichtarbeitern, Arbeiten mit hohen Belastungen), wobei sie für Tätigkeiten, die weniger intensiv sind, die Arbeitszeit verlängern könnten.

— Weiter behalten sich die Kapitalisten vor, Überstunden nach Belieben anzusetzen und "Freizeitausgleich" nur zu gewähren, wenn die Auftragslage entsprechend ist. Der Tarifvertrag erlaube auch, angesetzte Sonderorschichten durch verkürzte Arbeitszeit zu einem erheblich später liegenden Zeitraum auszugleichen. Die Zwei-



"Die 38,5-Stunden-Woche für jeden müssen wir durchsetzen!" — Aus der Propaganda der IG Metall. Die Betriebsvereinbarungen sollten auf jeden Fall eine Ausdehnung der Arbeitszeit auf Samstags, mehr Nacht- und Schichtarbeit, höhere Arbeitsintensität bei kürzerer Arbeitszeit verhindern.

**IG METALL ZU DEN  
BETRIEBSVEREINBARUNGEN**

"Die Auseinandersetzung um die Umsetzung der Tarifverträge zur Arbeitszeitverkürzung in der Metallindustrie wird von Gesamtmetall immer mehr angeheizt. Gesamtmetall behauptet 'ideologisch-indoktrinierte Gewerkschaftsfunktionäre' versuchten, die Flexibilisierung, die in diesem Tarifvertrag vereinbart ist, zu blockieren. In Wahrheit befürchtet Gesamtmetall, daß seine Mitgliedsunternehmen von dieser Möglichkeit des Tarifvertrages wenig Gebrauch machen möchten.

...Für unterschiedliche Gruppen von Arbeitnehmern unterschiedliche

Arbeitszeiten zu vereinbaren, die sich zu einer durchschnittlichen Betriebsarbeitszeit von 38,5 Stunden in der Woche addieren, ist in der Tat schwierig zu verwirklichen.

Auf die damit verbundenen Probleme hat die IG Metall aufmerksam gemacht. Diese absolut notwendigen Hinweise bedeuten aber nicht die Ablehnung von Vereinbarungen mit dieser Art von Arbeitszeitverkürzung ...

Anstatt deshalb die IG Metall an ihre Vertragstreue zu erinnern, sollte Gesamtmetall seine Mitgliedsfirmen auffordern, endlich auch über die Anspruchnahme der vereinbarten Vorruhestandsregelung zu verhandeln. Die bisher nahezu einhellige Weige-

Monats-Frist für einen Freizeitausgleich bestünde in diesem Fall nicht.

Die Kapitalisten halten eine Durchsetzung ihrer Flexi-Absichten in zahlreichen Betriebsvereinbarungen für möglich. Gegenüber dem von der IG Metall angekündigten Versuch, in den Verhandlungen möglichst eine einheitliche Senkung der Arbeitszeit für jeden einzelnen Beschäftigten zu erzielen, wollen die Kapitalisten gegenüber den Betriebsräten nicht nur das "Betriebsinteresse", sondern auch verschiedene "Wünsche der Arbeitnehmer" ins Felde führen: "Entlastung für den Schichtarbeiter" durch 37-Stunden-Woche, wobei einer solchen Arbeitszeitverkürzung bald höhere Stückzahlen folgen sollen. Die Lohnsenkungen der vergangenen Jahre erscheinen als "Wunsch" verschiedener Arbeiter nach "Ausnutzung der Höchstarbeitszeit". Der Druck auf die Betriebsräte wird also hoch sein.

Demgegenüber ist die Position der IG Metall (s. untenstehende Äußerungen des IGM-Vorsitzenden) beunruhigend schwach. Die Hoffnung, daß die Kapitalisten wegen "Kompliziertheit" in aller Regel auf den Abschluß von Betriebsvereinbarungen mit unterschiedlichen Arbeitszeiten für verschiedene Beschäftigte verzichten werden, ist angesichts der dabei zu erwartenden Steigerung der Ausbeutungsergebnisse sicher illusorisch. Die IG Metall betont erneut, daß durch die abzuschließenden Betriebsvereinbarungen vor allem die Beschäftigung gesteigert werden müsse. Dagegen erfolgt kein Angriff auf die Kapitalistenpropaganda vom gemeinsamen Betriebsinteresse. Samstagsarbeit verbessert die Geschäftslage und führt dann zu Neueinstellung — wäre es angesichts einer solchen Argumentation der Kapitalisten nicht gut, auf gewerkschaftliche Positionen gegen Überstunden, gegen Nacht- und Schichtarbeit, gegen die Arbeit an Wochenende hinzuweisen und so die Betriebsräte zu stärken?

Quellenhinweis: Metall, 20/84; Handelsblatt, versch. Ausgaben — (alk)

lung der Metallindustriellen ist in Wirklichkeit die Verletzung bestehender Tarifvereinbarungen.

Wenn die Sorge um die Arbeitslosigkeit bei Gesamtmetall so groß ist, wie dort immer behauptet wird, wäre es auch an der Zeit, statt weiterhin Überstunden zu fordern, mehr Neueinstellungen vorzunehmen.

Im Interesse der Beschäftigten und der Arbeitssuchenden muß der Tarifvertrag über die Arbeitszeitverkürzung in der Metallindustrie unter Beachtung gewerkschaftlicher Grundsätze mit Leben gefüllt werden. Hierzu fordert die IG Metall die Betriebsräte auf."

(Hans Mayr, Metall, 20/84)

Dokumentiert:**FLEXI-FORDERUNGEN DER KAPITALISTEN**

Verband der Metallindustrie  
Baden-Württemberg  
(nach "Handelsblatt", 24.9.1984)

Der Verband der Metallindustrie Baden-Württemberg (VMI) betont in einer Bilanz des Arbeitskampfes 1984 noch einmal die Tatsache, daß das Kompromißkonzept der Schlichter Leber und Rüthers durchaus von einer Flexibilisierung der Arbeitszeit ausgegangen sei. Man habe sich auf eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit festgelegt, die aber nur im gewogenen Durchschnitt der Arbeitnehmer eines Betriebes die neue Wochenstundenzahl von 38,5 Stunden erreichen solle.

Wie der Spitzenverband der Metallarbeitgeber Gesamtmetall erläutert, seien die bisherigen tarifvertraglichen Regelungen über die Arbeitszeit von der Deckungsgleichheit zwischen Betriebsnutzungszeit und persönlicher Arbeitszeit ausgegangen, mit der Konsequenz, daß sich die Ausnutzung der betrieblichen Anlagen und Einrichtungen nach der Arbeitszeit hätte richten müssen. Arbeitszeitverkürzungen hätten dementsprechend in der Vergangenheit stets automatisch die Verminderung der Betriebsnutzungszeit zur Folge gehabt.

Solche Regelungen hätten den heutigen Erfordernissen der im Markt- und damit Kostenwettbewerb stehenden Unternehmen an den optimalen Einsatz von Betriebsmitteln und Personal nicht mehr entsprochen. Die ab 1. April in Kraft tretenden neuen Arbeitszeitregelungen räumten daher den Betrieben einen gegenüber den geltenden Regelungen erweiterten Gestaltungsspielraum hinsichtlich Dauer und Lage der Arbeitszeit ein. Es solle daher den Betrieben ermöglicht werden, die Dauer der Arbeitszeit für Betriebsteile, Gruppen von Arbeitnehmern und einzelne Arbeitnehmer unterschiedlich festzusetzen ...

Hinsichtlich der praktischen Anwendung dieser neuen Tarifvereinbarung kämen als Gründe für die unterschiedliche Dauer der regelmäßigen Arbeitszeit u.a. in Betracht:

- Technische Bedürfnisse: Der Produktionsprozeß erfordere z.B. aus technischen Gründen durchlaufend lange Arbeitszeiten des Bedienungspersonals, während anderwärts, z.B. in Hilfs- und Nebenbetrieben, eine solche Arbeitszeitgestaltung nicht erforderlich sei, da eine Verkürzung der Arbeitszeit durch Einstellung zusätzlicher Arbeitnehmer, Schichtplangestaltung usw. ausgeglichen werden könne.

- Organisatorische Bedürfnisse: Verkaufssachbearbeiter, Kundendienstberater, Außendienstmitarbeiter usw. müßten z.B. für die Außenkontakte während der gesamten Geschäftszeit zur Verfügung stehen, ebenso z.B. Telefonistinnen, Kraftfahrer, Lagerpersonal, während dies in anderen Bereichen ohne Außenkontakte nicht erforderlich sei.

- Betriebswirtschaftliche Bedürfnisse: Die Nutzungszeit kostspieliger Anlagen müsse möglichst lang sein, ohne daß andererseits die Voraussetzungen für Mehrschichtbetrieb gegeben seien, während dies bei konventionellen Anlagen nicht erforderlich sei, bzw. wechselndes Betriebspersonal eingesetzt werden könnte.

- Besondere Bedingungen für Schichtbetriebe: Auch könnte die Ausfüllung der Betriebszeit durch mehrere Schichten eine bestimmte Arbeitszeitdauer erfordern, z.B. wegen Einhaltung der gesetzlichen Arbeitszeitvorschriften, Berücksichtigung produktionstechnischer Erfordernisse, Ermöglichung zusätzlicher Schichten, während die Arbeitszeitgestaltung für die Arbeitnehmer außerhalb der Schichtbetriebe diese Umstände nicht oder weniger berücksichtigen müßten.

- Arbeitsmarktbedingte Bedürfnisse: Arbeitnehmer mit bestimmten Qualifikation, z.B. Facharbeiter, seien vielleicht am Arbeitsmarkt nicht verfügbar, während Arbeitnehmer mit anderer Qualifikation vorhanden seien.

- Auftragsbedingte Bedürfnisse: In einer der Produktionsabteilungen sei die Auftragslage gut, während in einer anderen Abteilung Auftragsmangel herrsche und eine Arbeitszeitverkürzung Entlassungen vermeidbar machen.

Diese Bedürfnisse könnten sich natürlich im Laufe der Zeit ändern, so daß es dem Zwecke der Flexibilisierung entspreche, in solchen Fällen die Arbeitszeitstruktur neu festzulegen. Die Möglichkeit zur betrieblichen Festlegung unterschiedlicher Arbeitszeitdauer sei also nicht auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens der tariflichen Neuregelung und der Arbeitszeitverkürzung am 1.4.1985 beschränkt, sondern bestehe fort.

Es gebe im übrigen auch noch eine Reihe von arbeitnehmerbezogenen Gesichtspunkten, die für die Flexibilisierung sprächen, z.B. die Berücksichtigung unterschiedlicher Belastung der Arbeitnehmer, kürzere Arbeitszeit für ältere Arbeitnehmer, Arbeitnehmer in Schicht- und Nachtarbeit, Arbeitnehmer, die unter besonderen Arbeitserschwernissen tätig seien,

Wünsche der Arbeitnehmer, z.B. Interesse von Doppelverdiennern an kürzerer Arbeitszeit, und andererseits Wünsche von Alleinverdiennern auf Ausnutzung der Höchstarbeitszeit oder Wünsche auf kürzere Arbeitszeit zur besseren Ausnutzung der Verkehrsverbindungen ...

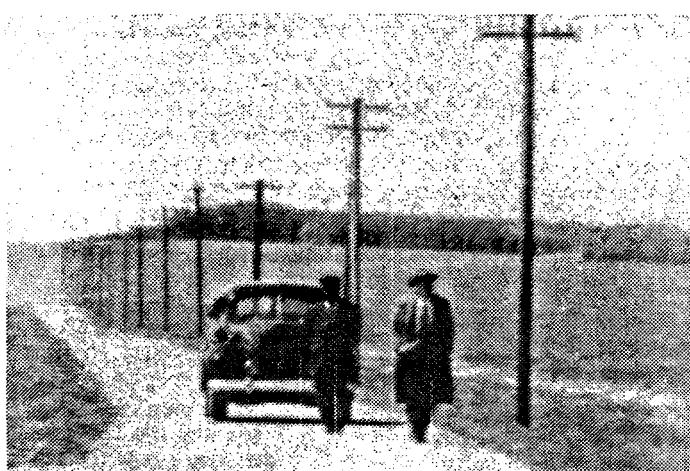
Die individuelle regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit, die aufgrund von Betriebsvereinbarungen für jeden Arbeitnehmer innerhalb der Spanne von 37 bis 40 Stunden festgelegt ist, kann nach Meinung von Gesamtmetall unterschiedlich verteilt werden:

- Verteilung innerhalb der Woche auf die Werkstage (je nach regionaler tarifvertraglicher Regelung stehen fünf Werkstage oder die Tage Montag bis Freitag zur Verfügung, jedoch unter bestimmten Voraussetzungen mit möglicher Ausdehnung auch auf sechs Werkstage bzw. auf den Samstag) gleichmäßig, d.h. mit täglich gleicher Stundenzahl, oder ungleichmäßig, d.h. mit täglich unterschiedlicher Stundenzahl, wobei als Grenze allein die gesetzlichen Vorschriften für die tägliche Arbeitszeit gelten, insbesondere also die AZO.

- Verteilung innerhalb von längstens zwei Monaten auf die Werkstage und Wochen gleichmäßig, d.h. mit gleicher täglicher und wöchentlicher Stundenzahl oder ungleichmäßig, d.h. mit unterschiedlicher täglicher oder wöchentlicher Stundenzahl, wobei als Grenzen zu beachten sind die gesetzlichen Vorschriften (insbesondere der AZO) hinsichtlich der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit und die Einhaltung der durchschnittlichen individuellen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit des jeweiligen Arbeitnehmers im Durchschnitt von zwei Monaten.

Ist die Betriebsnutzungszeit im weitesten Sinne länger als die individuelle regelmäßige Wochenarbeitszeit der betreffenden Arbeitnehmer, so könne trotzdem die tägliche Arbeitszeit entsprechend der Betriebsnutzungszeit festgelegt werden und werde der Zeitausgleich für die dementsprechend an dem einzelnen Tag zuviel geleistete Arbeit durch drei Tage durchgeführt. Der Tarifvertrag enthalte keine Zeitspanne, innerhalb derer die freien Tage liegen sollten. Die Zwei-Monats-Frist für die Einhaltung der individuellen regelmäßigen Arbeitszeit bei ungleichmäßiger Verteilung gelte hier nicht.

Freizeitausgleich: ... Die ... Neuregelung sichere ... weiterhin ein durch Mehrarbeit verfügbares zusätzliches Arbeitsvolumen: Bis 16 Stunden/Monat hänge dies allein von der Entscheidung des Arbeitgebers ab, denn er könne etwa gestellte Wünsche der Arbeitnehmer auf Freizeitausgleich ablehnen.

**Fernsehserie "Heimat"****CHAUVINISTISCHE BESINNUNG  
STATT KONKRETER GESCHICHTE**

Rückzug und Besinnung: Wer soll auf den Leim kriechen?

Rund zehn Mio. Mark kostete WDR und SFB die in ihrem Auftrag erstellte elfteilige Fernsehserie "Heimat", mit deren Produktion Regisseur und Drehbuchautor Edgar Reitz vor fünfthalb Jahren begonnen und in deren Verlauf er über 5000 Laiendarsteller an knapp 300 Drehtagen eingesetzt hat. Die mehr als 16 Stunden lange "ofenfrische" Provinzhistorie wäre ohne Fernsehmittel undenkbar. Die Rezensionen sind überschwenglich, der neudeutsche Filmemacher Reitz liegt im Trend der Zeit, der sich auf der Frankfurter Buchmesse im Boom a la Hermann Löns oder Gebrüder Grimm austobt und Serien wie *rororo* aktuell ins Abseits drängt. 12 Mio. "Heimat"-Zuschauer und begeisterte Zuschriften an die Sendeanstalten scheinen dies zu unterstreichen.

Sehnsucht nach Ruhe und Geborgenheit? Der Autor bekam bei zahlreichen Gesprächen im Betrieb keine Bestätigung für den großen Anklang. Wer überhaupt etwas gesehen hatte, fand an dem Gefühlgsgesudel nichts. Ältere Arbeiter äußerten direkt Ablehnung.

Reitz beansprucht, sich in "Heimat" mit Menschen zu beschäftigen, "die sonst nie im Fernsehen vorkommen", aber gerade deren Geschmack hat er offenbar nicht getroffen. Die Geschichte aus dem erdachten Dorf Schabbach im Huns-

rück, die nach dem 1. Weltkrieg beginnend einen Zeitraum von 60 Jahren abbildet, schildert das nächtliche Geräusch der nach Osten fliegenden Bomber als das Gebrumm größerer Insekten, an das man sich so gewöhnt hat, daß man ohne es nicht mehr einschlafen kann. Die Exekution von Partisanen an der Ostfront oder die Begegnung mit Zwangsarbeitern, auf die man zur Übung mal zielen kann, gehen ebenso beiläufig und präzise in die Darstellung ein wie jede einzelne Requisite vom Kübelwagen bis zur Margarine-schachtel. Zum Bemühen, wahr und echt zu sein, gehört auch das Mittel des Schwarz-Weiß-Films, der nur zur Übersteigerung eines Gefühlausdrucks in Farbsequenzen wechselt, um dann wieder zum "authentischen" Schwarz-weiß-Bericht zurückzukehren.

Entspräche diese Dorfgeschichte der Wirklichkeit, dann waren die Bauern und Handwerker im Hunsrück ahnunglose Würstchen, von den Schweinereien der Dorfbewohner untereinander zu sehr in Anspruch genommen, um dem Geschehen in der Welt auch noch auf den Grund gehen zu können und daher zum Glauben an die Vorsehung verdammt.

Die "Deutschlandberichte der SPD" dokumentieren über die Orte im Hunsrück, daß bei den "Wahlen" am 29. 3. 36 in einer ganzen Reihe

von Wahllokalen statt der amtlichen Stimmscheine Schulstundenpläne und Warenkaufhauszettel in den Umschlägen waren. Über den Kreis Simmern im Hunsrück heißt es 1937 in einer Denkschrift des Gaupropagandawalters Koblenz-Trier zum Erfolg der sehr uner-

bittlich betriebenen Reichsstraßensammlungen, die u. a. mit Sammelabzeichen und "Türplaketten" den einfachen Leuten das Geld abpreßten: "In ausgesprochenen Bauerndörfern ... war die Sammlung schlecht." (maw, DK-AK Nationalismus)

**Soldatinnen in der US-Armee****EIN FILM, DER INTERESSE AN DER  
US-SOLDATENBEWEGUNG WECKT**

Unter den 2,05 Millionen Soldaten, die die US-Imperialisten 1980 als "Freiwillige" in ihre Armee gepreßt hatten, waren 150000 Frauen. Der Film "Soldier Girls" – das ZDF sendete ihn am 25.9. im Abendprogramm – zeigt Auszüge aus der "Grundausbildung", der diese Frauen unterworfen werden. Daß diese "Grundausbildung" aus dem planmäßigen Versuch der Ausbilder besteht, jeden Widerstand dieser Frauen gegen das militärische System von Befehl und Gehorsam zu brechen und ihnen den Verstand zu rauben, dokumentiert der Film eindringlich. So etwa, wenn die Frauen auf "Ausbildungsläufen" immer wieder singen müssen: "Ich will morden, töten, plündern, vergewaltigen, ich will verstümmeln, rauben und niederbrennen." Die US-Bourgeoisie braucht solche Soldaten und Soldatinnen, deren Wille gebrochen ist und die zu jedem Verbrechen einsetzbar sind. Auffällig an dem Film war der hohe Anteil von Schwarzen unter den Frauen. Viele hatten offenbar gehofft, durch den

Wehrdienst ihre elende Lage verbessern zu können. Andere Frauen waren mit Drohungen und Täuschungen zum Wehrdienst getrieben worden und leisteten nun heftigen Widerstand, der ebenfalls im Film gezeigt wurde. Dieser Widerstand der "Freiwilligen" in der Armee senkt die Kampfkraft der US-Armee erfreulicherweise auch heute noch spür-



Unter den Frauen in der US-Armee sind auffällig viele Schwarze

bar. Der Film weckt Interesse an der Entwicklung der Soldatenbewegung in den USA zehn Jahre nach der US-Niederlage in Vietnam. (rül)

**Badische Kammerschauspiele****V.i.S.d.P.: BUNDESVER-  
TEIDIGUNGSMINISTERIUM**

Die Badischen Kammerschauspiele, Emmendingen (Südbaden), verstehen sich als zeitkritisch. Man befragte sein Publikum und erhielt von 42500 ein Kreuzchen zu dem vorgeschlagenen Thema "Bundeswehr" für den nächsten Spielplan. Theaterdirektor Weth trat

an die offenkundig für dieses jugendliche Problem Sachverständigen heran: das Bundesverteidigungsministerium. Einen Autor hatte man schon gefunden: Journalist Thilo Koch, dessen Selbstverständnis wiederum strikt promilitaristisch ist. Das Bundesverteidigungs-

ministerium machte hocherfreut 700000 DM für die Schauspielgruppe locker, denn es ginge darum, "dem enormen Mediengeräusch (der Friedensbewegung) und wachsenden Ängsten in der Bevölkerung" sozusagen von den Public Relations her entgegenzuwirken.

Zur Premiere am 27.9. in Stetten a.K. Markt wurden 500 Rekruten abkommandiert. Weiterhin erschienen ziemlich junge Schüler und 200 Ehrengäste. Handlung: Klaus ist Soldat. Seine Freundin Pazifistin. Sein Freund grün. Sie verlangen, Klaus soll desertieren. Großer Seelenkonflikt. Klaus entschließt sich fürs Vaterland: "Wehrdienst ist Friedensdienst." Aus.

Soldaten und Schüler äußerten sich anschließend ablehnend: "Klischehaft, überheblich." Autor Koch hat sich inzwischen distanziert, das Stück sei durch



Journalist Thilo Koch wirbt für die Bundeswehr.

die Überarbeitung seitens des Verteidigungsministeriums zu "linkslastig" (!) geworden. Die Gruppe geht auf Tournee und ist bis Ende Dezember ausgebucht (Termine und Orte liegen d. Verf. vor). – (ads)

## Selbsthilfe

### IN KONFLIKT ZWISCHEN AUTONOMIE UND STAATLICHER INTEGRATION?

Jakob Grimm, Mitglied der Deutschen Nationalversammlung 1848, verstand unter Selbsthilfe: "Selbsthilfe bedeutet die eigenmächtige Durchsetzung eines Rechtsanspruchs, wenn die gesetzliche Hilfe nicht rechtzeitig zu erlangen ist, und zwar mit Umgehung oder im Widerspruch zur Obrigkeit." Heute hat der Begriff "Selbsthilfe" wenig mit der Deutung eines Rechtsanspruchs zu tun. Vielmehr könnte man Selbsthilfe verstehen als *privater*, auch vereinsmäßiger Zusammenschluß Betroffener im Gegensatz zu einer politisch verstandenen Organisierung zur Durchsetzung öffentlicher Leistungen. Anlaß zur Bildung von Selbsthilfegruppen ist der Mangel oder der Wegfall öffentlicher Einrichtungen. Beispiele hierfür sind Selbsthilfegruppen im Gesundheitswesen, Arbeitslosenselbsthilfen und "Eltern helfen Eltern", die Krabbelstuben, Nachbarschaftshilfen usw. bereitstellen.

Die private Antwort der Selbsthilfe auf öffentliche Mängel und Mißstände hat eine materielle Seite: Der konkrete Arbeitsablauf der Gruppen muß organisiert und finanziert werden. Selbsthilfegruppen geraten dort mit staatlichen Institutionen in Konflikt, wo finanzielle Zuweisungen an Bedingungen geknüpft sind. Oft werden staatliche Zuschüsse gar nicht gewährt oder eingestellt.

Ein historisches Beispiel von Arbeitslosenselbsthilfe in den USA, die COOP-Bewegung 1929–1936, verdeutlicht die Beschränktheit dieser Projekte: Durch die Wirtschaftskrise 1929 wurden große Bevölkerungssteile in den USA von Arbeitslosigkeit erfaßt und wegen fast fehlender Arbeitslosenunterstützung in materielle Not gestürzt. In dieser Lage entstanden die sogenannten Cooperativen, Organisationen gegenseitiger Hilfe, die ökonomisch auf dem direkten Warenausch oder dem Tausch einer Dienstleistung gegen Ware basierten. Die COOPs konnten nur bei scharfer Ausbeutung ihrer Mitglieder gegenüber der Konkurrenz bestehen und waren bald auf staatliche Zuschüsse angewiesen. Als der Bankrott alle Bereiche der Gesellschaft erfaßt hatte, wurden die Zuschüsse eingestellt und die COOPs der US-Krisenbehörde unterstellt.

Die neue Selbsthilfegruppenbewegung in der BRD ist, wie die demokratische Bewegung, aus der ökonomischen und politischen Krise Ende der 60er Jahre entstanden. Aus der Kritik an der Verselbständigung des Staates gegenüber dem Bürger formulierte auch konservative Theoretiker wie Schelsky ihre demagogische Anklage des "entmündigten Versorgungsstaates" oder des "Moloch Staat", der den Bürger erdrücke. Schelsky meint damit keineswegs die Unterdrückungsmaschinerie des Staates, sondern er plädiert für Abschaffung der Sozialversicherungen.

Die Zahl der Selbsthilfegruppen wächst, ihr Bedürfnis nach staatlichen Zuschüssen wird seit einigen Jahren öffentlich diskutiert. Alle etablierten Parteien bewerten die Arbeit der Selbsthilfegruppen als Verbilligung des Sozialstaats. Gesundheitspolitiker loben Selbsthilfegruppen, weil sich durch Übernahme gesundheitspflegerischer und sozialer Aufgaben eine gewisse Kostendämpfung erreichen ließe. Welchen Platz der Staat im Rahmen der Haushaltskonsolidierung den Selbsthilfegruppen zuzuweisen gedacht, verdeutlichen Landtagsprotokolle von 1980–1983 aus Baden-Württemberg. 1983 brachte die SPD den Antrag im Landtag ein, Modellversuche mit Selbsthilfegruppen im Sozialsektor zu unterstützen. Die Stellungnahme von Schlee, Minister für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung (CDU), beinhaltet in Kurzform die gesamte Argumentationskette der CDU zu diesem Thema. Die CDU ist gegen Zuschüsse für besagte Modellversuche. "Vielmehr bedarf es – entsprechend dem Grundsatz der Subsidiarität und daher ohne staatliche Planung – des ... schon jetzt praktizierten eigenverantwortlichen Zusammenwirkens der frei-



Jugendliche im Bundesministerium der Verteidigung



Alarm für den "Verteidigungs"fall bei der Bundeswehr

en und öffentlichen Wohlfahrtsverbände mit der Organisation der Selbsthilfegruppen." Für die CDU sowie die katholische Soziallehre ist der Grundsatz der Subsidiarität staatstragend. Die Familie erscheint als grundlegende materielle und soziale Instanz; ihr nachgeordnet (subsidiär) sind Kommunen, Land und Staat. Ein Mittel gegen den Zerfall dieser Gliederung erscheint der christlichen Reaktion die Existenz von Selbsthilfegruppen. Das Bedürfnis der Selbsthilfegruppen nach Autonomie wird demagogisch aufgegriffen, um die Ansprüche der Bevölkerung auf öffentliche Leistungen als "Anspruchsdenken" zurückzuweisen. "Zum Selbstverständnis von Selbsthilfegruppen gehört neben der Freiheit von staatlichen Planungsvorhaben auch der Einsatz eigener finanzieller Mittel. Eine unmittelbare Förderung einzelner Selbsthilfegruppen kommt für das Land daher nicht in Betracht" (Stellungnahme Schlee).

Quellenhinweis: Dr.med. Mabuse, Frankfurt 1981; versch. Landtagsprotokolle Baden-Württemberg 1980-1983; Johannes Degen, Diakonie und Restauration, Darmstadt 1975. – (and)

### Chinesische Revolution

#### ANTIJAPANISCHER KRIEG UND ANTIFASCHISTISCHE WELTFRONT

Vor 50 Jahren, am 16. Oktober 1934, durchbrach die chinesische Rote Armee den Einkreisungsring, den die Truppen der von den USA und Großbritannien unterstützten Kuomintang unter Tschiang Kai-schek um die "Sowjetrepublik Kiangsi" in Südchina gezogen hatten. Mit rund 100000 Mann brach die Rote Armee zum "Langen Marsch" in die nordwestchinesische Provinz Shaanxi auf, um dort im Gebiet um Yanan ein neues Stützpunktgebiet zu errichten. Von Nordwestchina aus war es eher möglich, den bewaffneten Kampf gegen die japanischen Imperialisten zu organisieren, die die nordöstlichen Provinzen des Landes – die sog. Mandschurei – schon seit Jahren besetzt hatten und die sich zur Eroberung ganz Chinas anschickten. Nach einem Jahr, im Oktober 1935, erreichte die Rote Armee, dezimiert auf 20000 Mann, Yanan. Dieses Ereignis markierte den Beginn des antijapanischen Widerstandskrieges, der nicht nur zur Befreiung Chinas vom Joch des Imperialismus führte, sondern auch ein wesentlicher – hierzulande meist unterschätzter – Beitrag zum Sieg über den Faschismus war.

Ziel der faschistischen Achsenmächte Deutschland, Italien und Japan war die Neuauftteilung der Welt. Während die deutschen Faschisten die Völker Europas unterjochen und sich die britischen und französischen Kolonien in Afrika und im Nahen Osten einverleiben wollten, strebten die japanischen Faschisten nach der Herrschaft über ganz Ost- und Südostasien und den pazifischen Raum. 1936 schlossen das Deutsche Reich, Italien und Japan den Anti-Kommintern-Pakt, der von der Sowjetunion zu Recht als Bündnis zur Einkreisung und Liquidierung des Sowjetstaates mittels einer deutsch-japanischen Zangenbewegung interpretiert wurde. Die Zerschlagung des Sowjetstaates war für die faschistischen Achsenmächte unerlässlich für ihr Ziel der angestrebten Neuauftteilung der Welt, denn solange der Sowjetstaat existierte, hatte der antifaschistische Widerstandskampf eine gewaltige Reserve in der Sowjetmacht.

Schon 1927, in dem sogenannten "Tanaka-Memorandum", hatten die japanischen Faschisten ihr Expansionsprogramm formuliert: "Um authentische Anrechte in der Mandschurei und Mongolei zu erwerben, müssen wir dieses Gebiet als Basis benutzen und unter dem Vorwand der Entwicklung unseres Handels in das übrige China vordringen. Sind wir erst mit gesicherten Rechten ausgestattet, fassen wir alle Ressourcen des ganzen Landes in unserer Hand zusammen. Mit allen Hilfsquellen Chinas zu unserer Verfügung, machen wir uns dann an die Eroberung Indiens, Indo-

nesiens, Kleinasiens, Zentralasiens und selbst Europas. Aber die Kontrolle über die Mandschurei und die Mongolei an uns zu reißen, muß der erste Schritt sein, wenn sich die Rasse Yamatos im kontinentalen Asien hervorzu tun wünscht ... Zum Programm unserer nationalen Entwicklung gehört allem Anschein nach die Notwendigkeit, auf den Feldern der Mongolei erneut unsere Klingen mit Rußland zu kreuzen, um die Reichtümer der Nordmandschurei in unseren Besitz zu bringen. Solange dieses verborgene Riff nicht gesprengt wird, kann unser Schiff nicht nach vorwärts steuern ..."

Zu dem Zeitpunkt der Verabschiedung des Memorandums auf der 2. Japanischen Fernostkonferenz war Japan schon lange in China als Kolonialmacht präsent: Wie Großbritannien und die USA verfügte es über Konzessionen, extraterritoriale Gebiete, in den wichtigsten chinesischen Häfen Shanghai und Tianjin. Darüber hinaus war es im Besitz der südmandschurischen Eisenbahn, hatte große Truppenkontingente in Nordostchina zum "Schutz der japanischen Interessen" stationiert und mit Unterstützung kollaborationsbereiter chinesischer Militärmachthaber begonnen, die Bodenschätze Nordostchinas (Kohle und Eisen) auszubeuten und dort ein Zentrum der Schwerindustrie aufzubauen. Schließlich hatte sich Japan im 1. Weltkrieg die ehemals deutsche Kolonie Qingdao angeeignet und die Halbinsel Shandong zu seiner Einflußsphäre gemacht. Der Zerfall Chinas unter verschiedene Militärmachthaber nach dem Sturz des Kaiserreiches 1911 hatte die japanische Expansion erleichtert. Auch die teilweise Wiederherstellung der nationalen Einheit des Landes unter Tschiang Kai-schek berührte die japanischen Interessen kaum, zumal der hauptsächlich mit der Vernichtung kommunistischer Stützpunkte und der Ausrottung der Roten Armee beschäftigt und auf einen Ausgleich mit dem japanischen Imperialismus bedacht war, solange nur die China-Interessen der hinter ihm stehenden britischen und amerikanischen Imperialisten nicht gefährdet waren.

1931 inszenierten die bei Mukden (Shenyang) stehenden japanischen Truppen eine bewaffnete Auseinandersetzung mit der chinesischen Garnison. Diesen Vorfall nahmen sie zum Vorwand, ganz Nordostchina (die sog. Mandschurei) zu erobern. Am 1. März 1932 ließ Japan durch chinesische Kollaborateure einen selbständigen Staat in Nordostchina ausrufen namens Mandschukuo; dieser Staat war faktisch eine japanische Kolonie; als "Staatsoberhaupt" fanden die japanischen Imperialisten den 1911 abgesetzten letzten chinesischen Kaiser Pu Yi. Als es wegen der Annexion Nordostchinas in Shanghai zu antijapanischen Demonstrationen kam, ließ Japan die chinesischen Stadtviertel von Shanghai bombardieren. Die anderen imperialistischen Mächte beließen es bei Protesten. In den folgenden Jahren besetzten japanische Truppen die Innere Mongolei und einen Teil der Provinzen nördlich und westlich von Peking, ohne auf nennenswerten Widerstand zu stoßen. Sie bedrohten auch die 1921 gegründete Mongolische Volksrepublik



Soldaten der Roten Armee zerstören während des Krieges gegen die japanischen Aggressoren eine japanische Festung.

und inszenierten an den Grenzen der Volksrepublik wie auch an den Grenzen zur Sowjetunion ständig bewaffnete Provokationen.

Anfang 1937, nach einem japanischen Vorstoß an der Marco-Polo-Brücke im Westen von Peking, gingen die japanischen Imperialisten zum offenen Krieg zur Eroberung von ganz China über. In kurzer Zeit besetzten sie Nordchina und die fruchtbaren, bevölkerungsreichen ostchinesischen Küstengebiete sowie das Flusstal des Yangtse bis westlich nach Wuhan. Ihr erklärtes Ziel war es, das Tschiang Kai-shek-Regime, das die Interessen der chinesischen Kompradorenbourgeoisie und der Großgrundbesitzer repräsentierte, zur Kollaboration zu bringen und mit Tschiang Kai-shek zusammen die kommunistische Bewegung in China auszurotten. Dieses Ziel war nicht von vornherein illusorisch, hatte doch Tschiang Kai-shek in den Jahren zuvor die Kuomintang-Armee hauptsächlich gegen die Kommunisten eingesetzt und die japanische Expansion geduldet. Außerdem ging es den chinesischen Kompradorenbourgeois und Großgrundbesitzern hauptsächlich um ihren Besitz und dessen Unversehrtheit; ein chinesischer Widerstandskrieg gegen Japan, zumal unter kommunistischer Beteiligung, mußte diesen Besitz gefährden.

Doch inzwischen war ein Ereignis eingetreten, das die japanischen Expansionspläne durchkreuzte. Die Kommunistische Partei Chinas hatte die Kuomintang unter Tschiang Kai-shek zur Bildung einer antijapanischen Einheitsfront aufgerufen und dafür garantiert, die Rote Armee umzubennen und einem gemeinsamen Oberbefehl zu unterstellen, ihrerseits alle Angriffe auf die Kuomintang und deren Truppen einzustellen, in den revolutionären Stützpunktgebieten in Nordwestchina eine neudemokratische Ordnung zu errichten unter Beteiligung aller patriotisch gesinnnten Kräfte, und schließlich die Beschlagnahme des Bodens der Grundherrn einzustellen. Dieser Aufruf entsprach den Interessen der chinesischen Arbeiter und Bauern, fand in der antijapanischen Massenbewegung im Lande allgemeine Unterstützung und wirkte bis in die Führungskreise der Kuomintang. Unter dem Druck dieser Bewegung mußte Tschiang Kai-shek diesem Angebot zur Einheitsfront zustimmen. Nicht zuletzt dazu beigetragen hatte der sogenannte Xian-Zwischenfall Ende 1936: Bei einer Inspektion der Kuomintang-Truppen in Nordwestchina wurde Tschiang Kai-shek durch Chang Hsiü-liang, einen seiner Generäle, der die Zusammenarbeit mit der Roten Armee gegen die japanischen Invasoren suchte, verhaftet. Erst durch Vermittlung Zhou Enlais kam Tschiang Kai-shek wieder frei – nachdem er mit seiner Unterschrift der antijapanischen Einheitsfront zugestimmt hatte.

Die KPCh verlangte ihrerseits für ihre Garantien von der Kuomintang 1. die Mobilisierung aller bewaffneten Kräfte gegen Japan, 2. die Mobilisierung des ganzen Volkes und die Aufhebung aller Gesetze und Maßnahmen gegen die patriotische und revolutionäre Bewegung, 3. die Schaffung einer Regierung der Landesverteidigung anstelle einer tyrannischen Regierung der Bürokraten, Kompradoren, der Feudal- und Grundherrn, 4. eine antijapanische Außenpolitik und ein Bündnis mit der Sowjetunion, 5. eine antijapanische Wirtschafts- und Finanzpolitik und die Verbesserung der Lebensbedingungen des Volkes durch Senkung des Pachtzinses und der Steuern, Erhöhung der Arbeiterlöhne usw. Wenn auch das Tschiang Kai-shek-Regime in den folgenden Jahren dieses Programm niemals erfüllte und den Kampf gegen die Kommunisten und die Rote Armee fortsetzte, so gelang es der KPCh im Rahmen der Einheitsfront dennoch, ihr Operationsgebiet auf das ganze Land auszudehnen und auf der Basis sozialer Reformen in den Landgebieten überall den Partisanenkampf gegen die japanischen Invasoren zu organisieren.

Die erfolgreiche Einheitsfrontpolitik der KPCh, die die Volksmassen zum Kampf gegen Japan zusammenschloß, führte dazu, daß fast zwei Millionen japanische Soldaten bis zum Ende des 2. Weltkriegs in China gebunden waren, daß die japanische Armee nur die großen Städte und die Eisenbahnlinien kontrollierte, daß Südwest- und Nordwest-



Marschall Ye Jianying, einer der Führer des Langen Marsches und des antijapanischen Widerstandskrieges, starb Ende September. Er galt als Verfechter des maoistischen Kurses und als Gegner der von Deng Xiaoping konzipierten marktwirtschaftlichen Öffnung des Landes.

China niemals unter japanische Besetzung gerieten und daß sich der japanische Eroberungskrieg nach den Anfangserfolgen 1937 bald festgerannt hatte. In einem Interview mit einem britischen Journalisten im Herbst 1937 erklärte Mao Zedong: "Den japanischen Eindringlingen kommt der Krieg teuer zu stehen. Sie geben dafür, wie mitgeteilt wird, täglich 20 Millionen Yen aus; ihre Verluste an Streitkräften müssen ebenfalls sehr hoch sein, wenn auch darüber vorläufig keine Zahlen vorliegen. Haben die japanischen Aggressoren in der Vergangenheit die vier nordöstlichen Provinzen fast ohne jede Anstrengung, sozusagen ohne die Finger zu rühren, einnehmen können, so gelingt es ihnen heute nicht mehr, chinesischen Boden ohne blutige Kämpfe zu besetzen. Die japanischen Eindringlinge rechneten ursprünglich damit, ihren gierigen Appetit in China zu stillen. Aber der langwierige Widerstand Chinas wird den japanischen Imperialismus selbst auf den Weg des Zusammenbruchs führen. In diesem Sinne kann man sagen, daß China den Widerstandskrieg nicht nur um der eigenen Rettung willen führt; es erfüllt auch gleichzeitig seine große Pflicht in der antifaschistischen Weltfront. Auch darin offenbart sich der revolutionäre Charakter des Widerstandskriegs gegen die japanische Aggression."

Die KPCh hatte den antijapanischen Widerstandskrieg immer als langwierigen Krieg bezeichnet, in dem aufgrund der Rüstung des Gegners und der eigenen Unterlegenheit keine kurzfristigen Erfolge möglich waren. Dennoch wurde die japanische Kriegsmaschinerie soweit geschwächt, daß sie sich nicht an dem faschistischen Überfall auf die Sowjetunion beteiligen konnte, sondern im Sommer 1941 in Indochina und später in Burma einmarschierte mit dem Ziel, den Nachschub für den chinesischen Widerstandskampf über Vietnam und die Burma-Straße zu unterbinden. Selbst der japanische Überfall auf Pearl Harbour und der japanische Pazifikkrieg waren wesentlich dadurch ausgelöst, daß die USA an ihrer halbherzigen Unterstützung des chinesischen Widerstandskrieges festhielten und zudem eine Handelsblockade gegen das rohstoffarme Japan verhängt hatten. Der von der KPCh organisierte antijapanische Krieg hat den Faschismus zermürbt, während die US-Imperialisten in den Kampf gegen Japan erst eingriffen, als der Gegner schon angeschlagen war und der Sieg greifbar war.

Quellenhinweis: Mao Zedong: Gespräch mit James Bertram, und: Über den langwierigen Krieg, in: Ausgewählte Werke Bd. II; Storry: Geschichte des modernen Japan, München 1962; Krieger: Das sowjetisch-japanische Verhältnis 1931–1941, Mainz 1970 – (wom)

Junge Union Deutschlands (JU)

## REAKTION BETREIBT ANGLEICHUNG VON NEOKONSERVATIVISMUS UND NEOFASCHISMUS

### Einzelfälle?

Am 17. Juni 1983 veranstaltete die Junge Union, die gemeinsame Jugendorganisation von CDU und CSU, einen Aufmarsch zusammen mit der "Konservativen Aktion" in Westberlin. Veranstaltungsmotto: "Einigkeit in Recht und Freiheit". Hauptredner: Gerhard Löwenthal. Am 18. Juni wird unter Mitwirkung von JU-Mitgliedern die "Konservative Jugend Deutschlands (KJD)" gegründet.

— In seiner Ausgabe vom Januar/Februar 1984 schreibt das Organ der so-nannten "Neokonservativen", die Zeitschrift "Criticon": "Schüler-Union Saar: Die vielzitierte 'Wende'

steller gelesen werden, die die Träger des deutschen Kulturgutes sind."

— Am 21. September berichtet die "Goslarer Zeitung": "Versöhnungspolitik torpediert: Elmo Schwandke, auch in Kreisen der Jungen Union umstrittener Rechtsaußen, hat wieder einmal zugeschlagen. In einer Diskussion bei der JU Vienenburg, in Anwesenheit von CDU-MdL Schwenke de Wall, vertrat er die Ansicht, 'die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze führe zur Zementierung der Deutschen Frage.' Daß der Kreisvorsitzende der JU keineswegs allein steht, dokumentiert die gleiche Zeitung in einem Bericht zum "Deutschlandpolitischen Papier", einem Antrag zum "Deutschlandtag"

der Jungen Union.

### Politik der Reaktion

Über die politische Tragweite dieser Entwicklung der Jungen Union und der Schüler-Union berichtete aus der Sicht eines JU-Reaktionärs schon im Juni 1983 ein "Markus Motschmann, 18 Jahre, Berlin", in der bereits zitierten Zeitschrift "Criticon" (Ausgabe Mai/Juni 1983): "... Immer weniger Mitglieder zeigen Verständnis für die Politik des derzeitigen Landesvorstandes, und die Zahl der konservativen Mitglieder wächst kontinuierlich an. In 7 von 13 Kreisverbänden ist der Einfluß des 'Reformflügels' bereits gebrochen. Die Tage der Vorherrschaft des JU-'Reformflügels' scheinen – zumindest in Berlin – gezählt zu sein."

Zu einigen Hintergründen teilt der Rechtsanwalt Dr. Dietrich Berger, "Vertriebenen"funktionär und Sprecher des "Konservativen Kreises München" in "Criticon" (Oktober 1982) mit: "Durchaus ernst zunehmende Politologen unterscheiden in der Union häufig eine mehr christlich-politische, eine mehr freiheitliche und eine mehr konservative Richtung ... Die Konservativen stellen gegenwärtig etwa ein Drittel der Mitglieder der C-Parteien und sind unter ihren Wählern eher noch etwas stärker vertreten."

Verschiedene Punkte sind an diesen Äußerungen aufschlußreich:

Die Richtung der Jungen Union und der Schüler-Union, die eine direkte Übernahme faschistischer Propaganda vorbereitet und betreibt, wird von ihren Ziehvätern bezeichnet – und bezeichnet sich selbst – als "Konservative". Dazu muß man berücksichtigen, daß unter der Richtung der "Konservativen", bzw. der "Neokonservativen", seit Beginn der 70er Jahre eine Organisierung "kämpferisch-konservativer" bis neofaschistischer Programmatis betrieben wird. Propagandazentren sind z.B. der Herderverlag und eben die Zeitschrift "Criticon". Kristallisierungsfiguren sind u.a. – so weit sie als Autoren der Zeitschrift "Criticon" auftauchen – notorische Altfaschisten, reaktionärste Chauvinisten und Kriegstreiber wie Diewald, Mohler, Motschmann, Schrenck-Notzing, Lübbe und durch öffentliche Ämter ausgewiesene Ehrenpersonen wie Prof. Schoeck, Prof. Ortlib, Hanna-Renate Laurien. Über Einzelautoren – wie z.B. Hans-Dietrich Sander – sowie über Buchbesprechungen und würdigende Artikel über Einzelreaktionäre findet wiederum ein direkter Austausch und ideologischer Abglei-



Die Schülerzeitung "Phönix", herausgegeben mit Unterstützung der CDU, hofft auf erneute "Anschlußbewegungen" in Österreich. Bild: Faschistische Kundgebung nach der Einverleibung Österreichs 1939

in der CDU vollzieht sich vorerst (und wenigstens) in den Jugendorganisationen Junge Union und Schüler-Union. Nach dem spektakulären Erfolg der sog. Knochenkonservativen bei den Vorstandswahlen im vergangenen Jahr in Berlin ist ein entsprechender Trend aus dem Saarland zu melden ... Die Schüler-Union Saar hat in ihrer Mehrheit eingesehen ..., daß die konservative Idee die Zukunft gestalten wird."

— In ihrer Ausgabe vom August 1984 berichtet die "Münchener Stadtzeitung" über die Landesversammlung der Schüler-Union Bayern, die Mitte Juli abgehalten wurde: "Übertroffen wurde der Landesvorsitzende an Deutlichkeit lediglich von dem Delegierten Josef Wild ... 'Die Schüler-Union Bayern fordert, daß an allen bayerischen Schulen wieder Schrift-

1984 (siehe Kasten S. 38). Daß auch Schwandke seine Politik von langer Hand vorbereitet, zeigt die Tatsache, daß er bereits 1982 in "Criticon" zum Thema schrieb: "Konservative Schüler, die Organisationsfrage bleibt noch zu lösen."

— In Weinheim/Bergstraße meldet der Studienrat Günther Deckert eine "Deutsche Liste" zu den Gemeinderatswahlen 1984 an. Deckert war führendes NPD-Mitglied, trat dann aus der NPD aus, weil sie ihm zuwenig faschistisch war. Er ist Gründer und Vorsitzender zahlreicher neofaschistischer Vereine, einer der Hauptautoren des Faschisten-Organs "Nation Europa" und Mitglied des Weinheimer Gemeinderates. Hauptthema seiner "Deutschen Liste": Ausländerhate. Auf der Liste kandidieren mit Deckert NPD-Mitglieder und zwei Mitglieder

## UNTERSTÜTZUNG AUS DER CDU FÜR FASCHISTISCHE UMTRIEBE IN DER JU

Die im folgenden aufgeführten Zitate stammen aus der Zeitschrift "Phönix - Konservative Zeitschrift junger Menschen", als deren Herausgeber der Kreisvorsitzende der Jungen Union Goslar, Elmo Schwandke, fungiert. Die Zeitschrift wird vor allem an Oberschulen verbreitet. Der niedersächsische CDU-Landtagsabgeordnete Uwe Schwenke de Wall unterstützt das Unternehmen. Er äußerte sich in einer Pressemitteilung an die "Goslarsche Zeitung" anerkennend:

"Es sei wohltuend — im Vergleich mit Juso- und Falken-Presseorganen — den 'Phönix' zu lesen." (Goslarsche Zeitung v. 26.10.83)

Der Zweck der Zeitung ist die Verbreitung faschistischen Gedankenguts in enger Verbindung mit anderen konservativ-reaktionären Strömungen. So propagiert z.B. ein Autor unter der Überschrift "Staat, Staatsmacht und der Bürger in der Demokratie" faschistische Parlamentarismus- und Demokratie-Kritik:

"Seit Menschen existieren, haben sie das Bestreben, in einer Gemeinschaft zu leben, um sich so vor Gefahren zu schützen. Ebenso lange, wie es solche Gemeinschaften gibt, bestehen auch Verhaltensregeln, ohne die ein geordnetes Leben nicht vorzustellen ist.

Über die Einhaltung dieser Gesetze muß natürlich eine hierzu befähigte Instanz wachen, da Menschen in der Regel Zwängen und Beschneidungen ihrer Freiheit auszuweichen versuchen.

Diese 'Gesetzesküter' waren und sind in kleineren Gemeinschaften wie Familie, Sippe oder Stamm Personen, die auf Grund ihrer persönlichen Fähigkeiten (Kraft, Intelligenz, Erfahrung, Mut, Durchsetzungsvermögen, etc.) zwangsläufig in eine solche Rolle drängen oder gedrängt werden, da es in einer gesunden und gut funktionierenden Gemeinschaft nur selbstverständlich ist, daß derjenige als Führungspersönlichkeit anerkannt wird, dessen Entscheidungen ein Höchstmaß an Sicherheit und Wohlfahrt gewährleisten.

Je größer ein Menschenverband ist, umso schwieriger wird es jedoch für Einzelpersonen, die umfangreichen Aufgaben eines Führers allein zufriedenstellend zu erfüllen.

In dieser Situation müssen Teile der Führungsaufgaben auf Führungshelfer verteilt werden...

Bezogen auf die heute bestehenden Staatsgebilde bedeutet das folgendes: An der Spitze eines Staates steht entweder eine Einzelperson oder eine Personengruppe, die auf

Position gelangt sind (durch Wahlen, Putsch, etc.)...

Es ist dringend notwendig, daß in diesem Staat, der Bundesrepublik Deutschland, die Menschen endlich die große Gefahr erkennen, die für ihre Gemeinschaft in der Gestalt der Vertreter totalitärer Ideologien besteht.

Hat man diese Erkenntnis erst einmal gewonnen, dann ist es nur eine zwangsläufige Folge, daß man wieder Vertrauen in den Staat mit seinen Ordnungskräften gewinnt und sich in der Gemeinschaft des eigenen Volkes geborgen fühlt." (Phönix, 8/83)

In dieses Staats- und Führerverständnis fügt sich die Propaganda für die Degradierung der Frau zur Gebärmaschine und Familienhüterin nahtlos ein. In einer Polemik gegen Publikationen der Frauenbewegung schreibt "Phönix":

"Jedem einigermaßen in der Weltgeschichte Bewanderten ist klar, daß in der Menschheitsgeschichte kein Patriarchat festgelegt ist, aber in der deutschen Geschichte. Die gewissenlose Zerstörung auch der letzten überlieferten Werte zu Familie, Mutter- und Vaterschaft bedeuten einen weiteren Schritt auf dem Weg zum 'Untergang des Abendlandes' ... Es ist dringend an der Zeit, daß sich Frauen und Männer ihrer durch Geschichte und Kultur vorgegebenen Rolle klar werden (die Frau als Freundin, Gehilfin, Gebärerin, Familienhaupt, Verwalterin und vielleicht abgesondert vom Manne als Selbständige in Geschäft oder Amt. Der Mann muß sie in diesen Aufgaben unterstützen), um den angedeuteten Kampf der Geschlechter zu verhindern. Die Erziehung in Familie, Schule oder Medien hat die Frauen über ihren Standort und ihre Verantwortung in der Gesellschaft im unklaren gelassen. Desorientierung und Unsicherheit oder auch Trotz prägen viele junge Mädchen, wenn man sie nach ihrer Zukunft als Mütter fragt." (Phönix, Nr. 6/82)

Denn schließlich ist der Mann — so versucht "Phönix" zu beweisen — biologisch zum "Führer" bestimmt. Die Begründung findet "Phönix" in den Theorien des Biologen Lorenz:

"Immer wieder betont Lorenz an verschiedenen Stellen, daß Tiere unbewußt in ihrer Erbmasse Schlüsselerlebnisse vieler Vorfahren überliefert bekommen, was sie in die Lage versetzt, Gefahren, die sie eigentlich überhaupt nicht 'kennen' können, auszuweichen. Auch der Mensch hat solche überlieferten Fähigkeiten Erbmasse erhalten. Er ist in seinem Verhalten z.B. darauf angewiesen, sich an einer 'Vaterfigur' zu orientieren, zu

der er aufblicken und die er lieben kann. Diese findet sich im allgemeinen in der überlieferten Kultur und im speziellen im Vater. All das wurde jedoch nach dem II. Weltkrieg systematisch zerstört. In der Geschichte gefundene Werte wurde insbesondere in Deutschland lächerlich gemacht, die Einheit von Liebe und Verehrung gegenüber einer Vaterfigur werden als Verbrechen gebrandmarkt." (Phönix Nr. 6/82)

Von Anfang an war "Phönix" ein Organ, in dem Schwandke und seine Mitstreiter imperialistische Großdeutschlandpläne propagierten. Beschränkten sie sich zu Beginn ihrer Propagandatätigkeit noch auf die Forderung nach "Deutschland in den Grenzen von 1937", so sehen sie sich inzwischen ermuntert, für noch viel größere "Deutschlandpläne", nämlich die Einverleibung Österreichs, aufzutreten. Schwandke schreibt:

"Niemand wird wohl ernsthaft bestreiten wollen, daß die Österreicher Deutsche sind. Gemeinsame Geschichte und gemeinsame Tragik verknüpft die drei nach dem Krieg entstandenen deutschen Republiken miteinander. Und die jüngst sehr imponierend in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ausgetragene Diskussion, ob die Österreicher Deutsche seien, hat bewiesen, daß auch hierüber noch nichts entschieden ist. Der Wille zum Anschluß Österreichs mag zur Zeit dort nicht überwältigend sein, ganz einfach deshalb, weil niemand mehr ernsthaft an die Möglichkeit einer freien Entscheidung für eine geeinte Nation glaubt. Durch seine Randlage spürt Österreich natürlich auch längst nicht so wie die Bundesrepublik und die DDR die Tragik der Teilung ...

Wenn fast alle deutschen Politiker freilich vor einem neuen Nationalismus warnen und den Anspruch auf Wiederherstellung der deutschen Einheit nur noch aus wahlaktischen Gründen aufrechterhalten, dann darf es niemanden verwundern, wenn der unnatürliche Zustand der deutschen Nation als natürlich akzeptiert wird ...

Das bisher Beschriebene gibt eigentlich wenig Veranlassung zu Freudentauemel ... Einzig das konservative Spektrum gibt Mut, das Thema Nation wieder aufzugreifen. In der Presse wird wieder gefragt, wo Deutschland liegt (vergl. FAZ v. 1. Dezember 1983, "Wo liegt Deutschland", Reden über das eigene Land), und selbst das Zweite Deutsche Fernsehen lieferte mit der Stern-TV-Serie 'Dokumente deutschen Daseins' nach einer Idee von Wolfgang Venohr den stichhaltigen Beweis; wie aktuell und attraktiv ein Rückblick in die eigene Vergangenheit sein kann." (Phönix, Nr. 10/84)

chungs- und Angleichungsprozeß mit "Nation Europa" und damit dem "offiziellen" Faschismus und schließlich dem ganzen neofaschistischen Blätterwald ("Nationalzeitung", "Deutschlandmagazin", usw. usf.) statt.

Über die Zielsetzungen des "Neokonservativismus" läßt "Criticon" niemanden im Unklaren.

Die wichtigsten programmatischen Zielsetzungen lassen sich in etwa unter die folgenden Schlagworte fassen: 1. - "Sicherheit vor Freiheit", 2. - "Deutsche Nation gegen sowjetischen Feind", 3. - "Wiederaufrichtung des abendländischen Europas", 4. - "Freiheitlich-konservative Kultur- und Schulpolitik", und zwar unter dem Thema: "Wer sind wir als Deutsche und Europäer? Wer wollen wir heute und morgen sein?" (K. Hornung), 5. - Schluß mit dem gesellschaftspolitischen "Dekadenzprozeß", deshalb: "Eigenleistung" und "Umverteilung für Entwicklungsinvestitionen", 6. - "geistig-moralische Erneuerung durch Rückkehr zu Familie, Nation, Religion" (H. Lübbe).

### DEUTSCHLANDTAG DER JUNGEN MUNTER FASCHISTEN

Dem im November tagenden "Deutschlandtag 1984" der Jungen Union liegt eine Beschußvorlage des Bundesvorstandes mit dem Titel "Im Interesse der Menschen: Für eine Stärkung der deutsch-deutschen Verantwortungsgemeinschaft" vor. Die Deutschlandpolitik ist eines der wichtigsten Betätigungsfelder von Jungfaschisten in der Jungen Union. Deshalb ist aufschlußreich, daß der Vorstand diesen in Zukunft mehr Bewegungsspielraum geben will.

So schreibt er in These 12 seiner Beschußvorlage: "Der Einfluß der Mächte von außen hat oft und lange Ohnmacht bei den Deutschen hervorgerufen, die über Jahrhunderte die Einheit verhinderte, dauerhafte staatliche Aufsplitterung bewirkte und Deutschland nicht selten zum Spielball des europäischen Mächtekonzerts machte. Das 20. Jahrhundert hat zwei Anläufe der Deutschen gesehen, um aus dem beherrschenden Einfluß der Mächte auszubrechen: Das Kaiserreich strebte an seinem Ende nach Vormacht in Europa und Hitler suchte für die Deutschen eine Vormachtrolle. Als Ergebnis dieser politischen Versuche standen zwei Weltkriege und schließlich die Teilung ... Wir suchen nach einer Lösung der deutschen Frage im europäischen Rahmen."

Mit dieser These fördert der Vorstand der Jungen Union direkt neofaschistische Propaganda:

– Er wäscht die Faschisten von jeglicher Kriegsschuld rein. Die Fa-

schisten haben danach keinen verbrecherischen Eroberungskrieg im Auftrag der deutschen Imperialisten geführt, sondern einen verzweifelten, aber anerkennenswerten Versuch gestartet, die Unterdrückung Deutschlands durch ausländische Mächte zu beenden.

– Wer lückenlos an die Politik des Faschismus anknüpfen will, sieht sich mit dieser These bestätigt: Die Junge Union verfolgt dasselbe Ziel nur aussichtsreicher, zusammen mit "unseren westlichen Freunden". Durch solche Passagen in der Vorstandsentschließung ermuntert, treten jetzt Kräfte in der Jungen Union auf, denen die Entschließung noch nicht weitgehend genug ist. Im Entwurf des Bundesvorstandes steht: "Dabei stellt sich die Junge Union bewußt auf den Boden des Verfassungs- und internationalen Rechts. Danach bestehen die Grenzen des 31. Dezember 1937 völkerrechtlich fort... Nach den Verträgen der Bundesrepublik Deutschland mit der Sowjetunion und Polen bildet die Oder-Neiße-Linie die Westgrenze Polens. Damit ist aber nichts über die endgültigen Grenzen Deutschlands gesagt." Dem Kreisvorstand der JU Goslar ist diese revanchistische Position nicht weitgehend genug. Er will auf dem Deutschlandtag vertreten: "Eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige Westgrenze Polens bedeutet eine nachträgliche Anerkennung des Unrechts der Vertreibung von Millionen Menschen aus ihrer Heimat."

Quellenhinweis: Goslarer Zeitung, 21.9.84



17. Juni 1983: gemeinsame Kundgebung von Junger Union, Konservativer Aktion und der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte.

Bedeutung, da der Angleichungsprozeß und Verbindungsprozeß zwischen Konservativismus und Faschismus – wie aus der Geschichte bekannt – seine Vorbereitung in persönlichen Verbindungen und mehr oder weniger geheimbündlerischen Organisationen vorbereitet, bevor er seine Wirkung öffentlich durchsetzt. Auf drei immerhin öffentlich bekannte Tatsachen wäre in diesem Zusammenhang hinzuweisen: Seit dem Regierungswechsel geben Regierungsmitglieder in jeder Nummer des "Deutschlandmagazins" Interviews oder schreiben Artikel, u.a. Blüm, Stoltenberg, Späth. Über die einschlägigen Beziehungen von Franz-Josef Strauß und seiner CSU-Anhänger wurde in zahlreichen Veröffentlichungen anlässlich der letzten beiden Bundestagswahlen berichtet. Unwidersprochen sind soweit uns bekannt u.a. der Nachweis direkter Beziehungen zwischen Strauß bzw. namentlich bekannten CSU-Mitgliedern, dem "Witikobund" und der Wehrsportgruppe Hoffmann. Die kulturpolitische Säuberungspolitik des baden-württembergischen Kultusministers Mayer-Vorfelder schließlich wird in einer Sondernummer von "Nation Europa" zur "Jugendpolitik" aus dem Jahre 1983 als Aufforderung zum neofaschistischen Vormarsch an den Schulen richtig verstanden.

Zu dieser Angleichung zwischen Neokonservativismus und Neofaschismus gehört aber genauso die gemeinsame Abgrenzung zum "historischen" Hitlerfaschismus und die Abgrenzung von methodisch falschen Aufrufen zur "gewaltsamen Zerstörung" der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" – statt ihrer dementsprechenden Sicherung. Nicht nur betreibt die Reaktion auf diese Weise – z.B. in der Verbotsverfügung gegen die ANS oder in Gerichtsurteilen zur NPD – den Einschluß des Neofaschismus unter die "Sicherung der FDGO", die Neofaschisten selber ziehen am gleichen Strang eines "antinazistischen Neo-

### JU: ANTI PARLAMENTARISCHE STAATSTHEORIE

Der jetzige Vorsitzende der Jungen Union Christoph Böhr hat 1982 gemeinsam mit anderen Führungskräften aus RCDS und dem Jugendverband der CDU/CSU den Sammelband "Pluralismus im Widerstreit" mit programmatischen Aufsätzen herausgegeben. Pluralismus ist die Staatsauffassung, daß verschiedene Interessen existieren, die von gesellschaftlichen Gruppen (Verbänden) zum Ausdruck gebracht würden. Das Gemeinwohl käme dann zustande durch Vereinbarungen zwischen diesen Gruppen. Voraussetzung für das Funktionieren des Pluralismus sei aber, daß sich diese Gruppierungen nicht grundsätzlich kontrovers gegenüber stünden, sondern ein gemeinsamer Konsens, ein gemeinsamer Wertekodex bestünde. Gesellschaftliche Gruppen außerhalb dieses Konsenses seien nicht zulässig.

Der Unionsnachwuchs geht davon aus, "daß der Konsens in wichtigen

Grundfragen der Politik und der Gestaltungsmöglichkeiten des menschlichen Zusammenlebens für jeden spürbar zurückgegangen ist". "Dieser Prozeß zwingt, darüber nachzudenken, wie politisches Handeln ... zukünftig möglich bleibt." (Böhr)

Von Interesse ist, daß die Jungunion-Funktionäre die erneute Herstellung einer gemeinsamen gesellschaftlichen Wertverständnisses (etwa auf Basis der christlichen Religion) kaum als gangbaren Weg ansehen. Sie knüpfen vielmehr an die unter konservativ-reaktionären Professoren seit einiger Zeit stattfindenden Debatte über die schwindende "Regierbarkeit" (W. Hennis, Kielmannsegg, Siemens-Stiftung) an.

Das Problem des mangelnden Konsenses werfe die Frage der Regierungsform, von Verfahren zum Erhalt der Regierungsfähigkeit des Staates auf. Jürgen Fuchs schreibt: "Demokratien sind für ihren Zusammenhalt auf praktische und normative Ressourcen angewiesen; einfacher ausgedrückt: auf Zustimmung zu den Werten und Zielen

und auf ökonomische Leistungsfähigkeit." Die "gemeinschaftlichen Zustimmungsmotivationen" seien dünner und brüchiger geworden. "Was aber geschieht, wenn nun auch noch die ökonomischen Ressourcen, die materiellen Werte knapp werden oder gar ausfallen?"

Die Antwort: Eine Diktatur sei dann eben nötig. "Wenn ein Mindestmaß an geordnetem Zusammenleben der Menschen nicht mehr aus gesellschaftlichen Wertüberzeugungen heraus gewährleistet ist, muß der Staat mit seinen Machtmitteln als Garant dieser Ordnung einspringen, wenn nicht der Kollaps des Systems riskiert werden soll." Zustimmend wird Hennis zitiert: "Das Schwert ... drängt sich im modernen Staat mit Macht nach vorne."

Die Öffnung der Programmatik der Jungen Union für anti-parlamentarische Staatsvorstellungen schafft Möglichkeiten, faschistische Kräfte zu sammeln und heranzubilden. (Chr. Böhr u.a., Pluralismus im Widerstreit, Sinus-Verlag, 18,80 DM)

faschismus". So fordert z.B. der Jugendverband der NPD, die "Jungen Nationaldemokraten", das Verbot "nazistischer Provokateure". Ebenso fordern die neofaschistischen "Nationalrevolutionäre" in der letzten Ausgabe ihrer Zeitschrift "wir selbst" das Verbot "nazistischer" Organisationen.

### JU und SU ein Instrument

Die Junge Union und die Schüler-Union (gegründet 1972) sind gemeinsame Organisationsinstrumente von CDU und CSU, statutarisch und durch personelle Kaderung an der Kette beider Parteien. Vorstandsfunktionen können in den beiden "Jugendorganisationen" nur Parteimitglieder ausüben. Der Vorsitzende der JU kann nur mit Zustimmung der Generalsekretäre der Parteien gewählt werden. Bei einem Eigenbeitrag im Schnitt von 12 DM pro Mitglied pro Jahr wird die Junge Union zu 46 Prozent aus dem

Bundesjugendplan finanziert, zu 29 Prozent direkt von den "Mutterparteien" und zu 18 Prozent aus Spenden.

Die Richtungsentwicklung der Jungen Union und der Schüler-Union läuft parallel mit den programmativen Parteirichtlinien der CDU-Parteitage 1975 (der "Mannheimer Erklärung") und 1978 (der "jugendpolitischen Wende"), sowie den Auseinandersetzungen um die Kanzler-Kandidatur von Strauß. Seit Mitte der 70er Jahre hatte die Junge Union für ihre heutige und die weitere Politik und für die strategische Zielsetzung der Reaktion weitreichende Programmpositionen aufgebaut: Erstens die "Strategie des Dritten Weges" (1972/73). Sie wurde damals im "Sinne der Verwirklichung der sozialen Marktwirtschaft" interpretiert. Heute kann sie dafür bruchlos in den "Dritten Weg" der Neofaschisten übergehen. Der besteht – wie die "Jungen Nationaldemokraten"

in ihren "24 Thesen zum Nationalismus" von 1977 feststellen – im Nationalismus. Zweitens hat die Junge Union parallel zur CDU ihre Familienpolitik festgeschrieben. Drittens schließlich hat sie ihre Programmatik um die Ansätze zur Entwicklung einer ständischen Gesellschaftsordnung erweitert – u.a. mit Betriebsgruppen außerhalb der Gewerkschaften und gegen die Betriebsräte – die weit in die Zukunft geplant sind.

Die "jugendpolitische Wende" der CDU, die Programmatik der Neokonservativen, die Politik der Faschisten und Neofaschisten an den Schulen und unter der Jugend, der Rekrutierungszuwachs von Faschisten, Neofaschisten, Junger Union und Schüler-Union unter Jugendlichen zwischen 14 Jahren und Anfang 20 – vieles deutet darauf hin, daß der Versuch einer neokonservativ/neofaschistischen Vereinigungs- und Rekrutierungswelle an den Schulen erst bevorsteht. Alles spricht dafür, ihm auch hier zu begegnen.

Quellenhinweis: Jgge. 1981/82/83, I. Halbj. 1984 von "Criticon" und "Nati on Europa"; Politische Jugendorganisationen, Programmatik, Opladen 1976; C.P. Grotz, Die Junge Union, Kehl 1983; Meyer/Rabe, Unsere Stunde, die wird kommen, Bornheim 1980; Pomrin/Junge, Die Neonazis, Dortmund 1978; W. Benz, Hrsg., Rechtsextremismus in der BRD, Frankfurt 1984; Meyer/Rabe, Einschlägige Beziehungen von Unionspolitikern, Bornheim 1980; Drewitz, Hrsg., Strauß ohne Kreide, Hamburg 1980; PDI-Sonderheft 13, Die Union und der Neonazismus, München 1980. – (chc, alk, clm, uld)



Reisebegleiter von Kohl und Carstens: der Herausgeber des "Deutschlandmagazin", Kurt Ziesel, ehemals NSDAP-Mitglied und Kriegsberichterstatter.



### Blüms Behindertengesetz

Blüms Versuch, die Anerkennung von 4 Mio. Schwerbehinderten infrage zu stellen und diese noch einmal zum entwürdigenden Gang zum Amtsarzt zu zwingen, stößt auf Widerstand. Reichsbund und VdK, die beiden großen Behindertenorganisationen, sowie viele gewerkschaftliche Vertrauensleute von Behinderten verlangen die

ersatzlose Streichung dieser Bestimmung in der Vorlage zum neuen Schwerbehindertengesetz. Weitere Bestandteile der Blümschen Vorlage: Senkung des Zusatzurlaubs für Behinderte, Anrechnung von Kuren auf den Zusatzurlaub, keine Anerkennung von "alterstypischen" Behinderungen. Können Gewerkschaften und Behindertenverbände eine Änderung des Gesetzentwurfs erzwingen?

### Südafrika: Dachverband unabhängiger Gewerkschaften

Seit zwei Jahren verhandeln die unabhängigen Gewerkschaftsbünde in Südafrika/Azania über die Bildung eines gemeinsamen Dachverbandes, um Kapitalisten und Regierung besser gegenübertragen zu können. CUSA, FOSATU und einige andere Gewerkschaften haben sich auf Grundsätze geeinigt, die einen Zusammenschluß ermöglichen. Die azanischen Arbeiter, die in diesem Jahr in mehr und größeren Streiks gegen die Kapitalisten als im Jahr 1982 gekämpft haben, wollen die Zersplitterung überwinden. Die Entwürfe für gemeinsame Grundsätze halten an der Ablehnung der Registrierung fest. Ein Ziel soll die Organisierung der azanischen Arbeiter sein.



### Was nützt den Mülladern?

Schwere Arbeit und hohes Arbeits tempo bringt die Müllader an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit und bedeutet enormen Verschleiß der Arbeits- und Lebenskraft. Trotzdem sind viele gezwungen, eine Nebentätigkeit aufzunehmen. Sie bringen einen Brutto-Monatslohn zwischen 1800 und gut 2200 DM nach Hause (ohne Sozialzu-



schlag). Der niedrige Lohn wirkt so als Peitsche zu höchstmöglichen Arbeitstempo, als Zwang, eine zweite Arbeit anzunehmen und damit den Arbeitstag ins Unerträgliche zu verlängern. Die Lohnforderung der ÖTV mit einem Mindestbetrag von 110 DM ist bei weitem nicht ausreichend, um die Lage der Müllader zu verbessern, ein Abstrich daran würde eine weitere untragbare Verschlechterung bringen.

### Israel: Mit chauvinistischer Mobilisierung aus der Krise?

Das israelische Siedlerregime befindet sich in der tiefsten ökonomischen Krise seit Gründung des Siedlerstaates. 450% Inflation, gigantische Auslandsschulden, dezimierte Währungsreserven und wachsende Vereelung kennzeichnen die Situation. Die Annexion des Libanon ist gescheitert, die israelischen Besatzungstruppen sind in einen verlustreichen Guerillakrieg verstrickt. Welche Ziele verfolgt die neue Regierungskoalition aus Likud und Arbeiterpartei? Steht eine neue chauvinistische Mobilisierung bevor, um die Widersprüche im Inneren zu überdecken? Welche Folgerungen ziehen die US-Imperialisten aus der Krise des von ihnen finanzierten Siedlerstaates?



**Politische Berichte**  
Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

**Nachrichtenhefte**  
erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- Stahl- und Metallindustrie
- Druckindustrie
- Chemie und übrige Industrien
- Handel, Banken, Versicherungen
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- Schul- und wehrpflichtige Jugend
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)  
5000 Köln 1, Kamekestr. 19  
Tel.: 0221/51 73 76

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.  
5000 Köln 1, Kamekestr. 19  
Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:  
**Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle** – herausgegeben vom Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen:  
Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM. Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:  
GNN Verlagsgesellschaft  
Politische Berichte m.b.H.  
5000 Köln 1, Kamekestr. 19  
Tel.: 0221/51 74 57  
Postcheckkonto Köln,  
Konto-Nr. 104 19-507  
Bankleitzahl 370 100 50

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Claus Udo Monica, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76  
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 2-13): Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung (S. 14-19): Wolfgang Müller; für Reportagen und Berichte regional (S. 20-29): Günter Baumann; für Sozialstatistik (S. 30-31): Alfred Küstler; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge (S. 32-35): Angela Lux; für Spezialberichte (S. 36-39): Ulrike Detjen. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.